

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.80 M. - Durch die Post bezogen 2.- M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postcheckkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphisch: Leipzig
Telefon 72208. - **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72-01

Inseratenpreise: Die 10 gelbte Kolonelle 35 Pf., bei Wabvorläuf 40 Pf. Stellenangebote 10 gelb. Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 gelb. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 M. Inzerate v. ausw. die 10 gelb. Kolonelle 40 Pf. bei Wabvorläuf 50 Pf. Reklamezeile 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Im Zeichen der „Freundschaft“!

„Französische Wirtschaftsspionage“

Drei Verhaftungen

TU Ludwigshafen, 16. August

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sind kürzlich 3 Angestellte der französischen Geheimpolizei, der sogenannten „Surete“ im besetzten Gebiet, verhaftet worden. Die Verhafteten sind drei Angestellte der J. G. Farben-Industrie in Ludwigshafen und zwar der Laborant Frh. Hellmann, der Laborant Richard Müller, beide aus Ludwigshafen und der Techniker Franz Schwarzwälder aus Mannheim. Bei der gleichzeitig in den Wohnungen der Verhafteten vorgenommenen Hausdurchsuchung fiel ein erdrückendes Beweismaterial in die Hände der deutschen Polizei, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß die drei Angestellten im Dienste der französischen „Surete“ standen und für die von ihr systematisch betriebene Wirtschaftsspionage in der deutschen chemischen Industrie benutzt wurden. Die französische Wirtschaftsspionage erstreckte sich in der Hauptsache auf das Werk in Ludwigshafen und Oppau der J. G. Farben-Industrie, aber auch auf die Leunawerke in Merseburg. Die Beziehungen der Verhafteten zu dem französischen Spionagedienst reichen bis zum Dezember 1927 zurück. Das Ziel der französischen chemischen Wirtschaftsspionage war darauf gerichtet, neue wichtige und erfolgversprechende Betriebsgeheimnisse auf Gebieten, die für die

deutsche Wirtschaft weittragende Bedeutung haben, und geeignet sind, die deutsche Volkswirtschaft vom Auslande unabhängig zu machen, auszufundstücken und der französischen Industrie auszuliefern. Obwohl es im letzten Augenblick gelang, die Maschinenkästen der „Surete“ aufzudecken, konnte leider nicht verhindert werden, daß bereits einige Betriebsgeheimnisse in die Hände der Gegenseite geraten sind.

Zu der Verhaftung können noch folgende Einzelheiten mitgeteilt werden: Die Auftraggeber der verhafteten Agenten sind der kommandierende Chef, der Chefinspekteur und einige Inspektoren der französischen Geheimpolizei. Diese wurden sachmännlich angeleitet und unterstützt von einer Persönlichkeit, die ihre Bureaus in Paris hat. Die Befehlshaber der Agenten für ihre Spionagetätigkeit richtet sich nach dem Ergebnis der Prüfung. Aus Aufzeichnungen der Surete-Beamten gegenüber den verhafteten Agenten geht hervor, daß der sachmännliche Leiter der Wirtschaftsspionage an gewissen zentralen Stellen in Paris ein und aus geht. Die Surete-Beamten gingen bei der Anwerbung ihrer Agenten und Helfershelfer ohne alle Scheu im Vertrauen darauf, daß sie als Mitglieder der Befehlshaberarmee dem Zugriff der deutschen Justiz entzogen sind, vor.

Durch die Aufdeckung der Spionage in den Werken Ludwigshafen und Oppau in der J. G. Farben-Industrie ist einwandfrei festgestellt, daß das französische amtliche Spionagewesen über ganz Deutschland ausgebreitet ist.

Der Panzerkrieg der Gegner

Wir haben in den letzten Tagen Stimmen aus der harten Protestbewegung wiedergegeben, die gegen den Beschluß, den Panzerkreuzer zu bauen, spontan entstanden ist. Beiwieitem nicht alle; noch immer werden von Parteiorganisationen Entschlüsse gefaßt, in denen die Empörung über die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Ausdruck kommt. Sie spiegeln nur die Stimmung wider, die heute ganz allgemein in der Arbeiterschaft und vor allem unter den sozialdemokratischen Funktionären vorhanden ist. Nicht nur in jenen Gegenden, in denen die Opposition gegen die sich gelegentlich zu stark an die bürgerlichen Parteien anlehende Politik von jeher zu Hause ist, sondern auch dort, wo die sozialdemokratischen Genossen dem Parteivorstand stets willig gefolgt sind, hat die Stellungnahme der Minister in diesem Falle wie eine Bombe eingeschlagen. Wahrscheinlich haben die sozialdemokratischen Minister - der Reichsanwalt Hermann Müller ist ja auch noch Parteivorstand - eine solche Wirkung nicht erwartet. Daß die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau sie doch ausgelöst hat, das zeigt, daß man den sozialdemokratischen Arbeitern zwar vieles, sehr vieles zumuten kann, aber doch nicht zu viel. Und das offene Eintreten für den Panzerkreuzer ist unerträglich für die Arbeiter und unerträglich für die gesamte sozialistische Bewegung.

Der Sturm im Lande konnte nicht durch die Rechtfertigungserklärungen abgewälzt werden, die erst durch den sozialdemokratischen Pressedienst und dann offiziell von der Reichsregierung herausgegeben wurden. Beide Erklärungen enthalten so viel Falsches, daß sie auf die Arbeiterschaft ohne jede Wirkung geblieben sind. Es muß sehr schlecht um die Argumente der vier Genossen in der Reichsregierung bestellt sein, wenn sie jetzt der Partei einreden wollen, daß es für sie gar keine andere Möglichkeit gegeben hätte, als die, dem Panzerkreuzerbau keine Schwierigkeiten zu bereiten. Und ebenso schlimm ist, wenn sich der Vorwärts als Zentralorgan der Partei zum Sekundanten dieser völlig falschen Auffassung degradiert und versichert, daß der bisherige Glaube, als sei die endgültige Entscheidung für den Bau in die Hände des neuen Kabinetts und des neuen Reichstags gelegt, sich als falsch herausgestellt habe. Merkt denn der Vorwärts gar nicht, wie er mit solchen Schreibern die eigene Fraktionsführung und die Mitglieder der preussischen Regierung, auf deren Initiative der Reichsrat seinerzeit den Einspruch gegen den Panzerkreuzer erhob, fast zu Trotteln herabwürdigt, die nicht wissen, was in den Beschlüssen steht, die unter ihrer eigenen Mitwirkung zustandekamen? Die in Frage kommenden Genossen sollten sich gegen eine solche Darstellung selbst wehren. Falsch ist nicht jener Glaube, sondern falsch ist, was der Vorwärts jetzt schreibt. Die Reichsregierung hatte die Möglichkeit, wegen des Baues des Panzerkreuzers erneut an den Reichstag heranzugehen. Daß die neun Millionen in dem Etat des Jahres 1928 stehen, verpflichtet das Kabinett nicht, diese Summe auch auszugeben. Es kann den Reichstag um die Herabsetzung eines Beschlusses bitten, diese Position im Etat nachträglich einzusparen. Statt dessen werden jetzt die ersten neun Millionen in das Wasser geworfen, für ein Marinbauprogramm, das insgesamt 500 Millionen Mark verschlingen wird.

Aber diese etat- und formalrechtlichen Gründe können für die Haltung der sozialdemokratischen Minister und noch weniger für die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei nicht ausschlaggebend sein. Sie muß die allgemein politische und grundsätzliche Bedeutung würdigen, die dem Bau des Panzerkreuzers zukommt. Im alten Reichstag und im Wahlkampf hat die Sozialdemokratie ihre ablehnende Haltung scharf zum Ausdruck gebracht. Weiß sie nicht für die Aufrüstung, sondern für Abrüstung ist, deswegen kämpfte sie gegen den Panzerkreuzer. Und ihre Stellungnahme konnte sie vor den Wählern in so glänzender und erfolgreicher Weise damit rechtfertigen, daß sie in ihren Aufrufen und auf ihren Plakaten bildlich darstellte, wie die Panzerkreuzeranwärter wohl Millionen für neue Kriegsvorbereitungen übrig haben, aber keinen Pfennig für die Ernährung hungernder Kinder. Wer will bestritten, daß der sozialdemokratischen Partei dieser so plastisch hervortretende Gegensatz erheblich zu ihrem großen Erfolg am 20. Mai verholfen hat? Das Zentrum, das zu den Panzerkreuzeranhängern schon im alten Reichstag gehörte, hat Hunderttausende von Arbeiterwählern verloren. Es ist ihm jetzt leicht gemacht, sie zurückzuholen, nachdem die sozialdemokratischen Minister das gleiche getan haben, weswegen sich so viele Arbeiterwähler vom Zentrum losgelöst hatten. Wenn diese mehr taktischen Erwägungen für die sozialdemokratischen Minister nicht ausreichend genug waren, um sie zu einer anderen Haltung zu veranlassen, so sollten es die grundsätzlichen Verpflichtungen sein, denen sie solange unterliegen, solange sie im Auftrage der sozialdemokratischen Partei das Amt eines Ministers ausüben. Da mußten sie wissen, daß Sozialdemokraten nie ihre Zustimmung zur Aufrüstung des neuen deutschen Imperialismus geben können, da mußten sie weiter wissen, daß gerade an dem gleichen Tage, an dem sie ihre empörende Stellung bezogen, die sozialistische Internationale in Brüssel alle ihr angeschlossenen Parteien verpflichtete, mit allen Kräften für die Abrüstung zu wirken. Nun sie aber alles in den Wind geschlagen und die Partei einer schweren Belastungsprobe ausgeführt haben, muß die Partei sprechen:

Kriegserklärung eines Sowjetstaates

WTB London, 17. August.

Der Korrespondent der Morning Post in Chargin meldet vom 16. August: Die äußere (Sowjet)Mongolei hat dem Staat Barga den Krieg erklärt. Ein von Urga, der Hauptstadt der Sowjetmongolei, gefandenes Ultimatum, in dem ein Wiederausgleich verlangt wurde, ist von dem Herrscher von Barga, dem Fürsten Gulju, abgelehnt worden. Eine starke Abteilung mongolischer Kavallerie, die von Russen ausgebildet wurde, hat, einer Meldung zufolge, die Grenze überschritten. Die Chinesen senden in Eile Truppen in der Richtung auf Hailar. Automobile sind für militärische Zwecke mit Beschlag belegt worden. Die chinesische Ostbahn und japanische Bergbau- und Holzinteressen sind in Mitleidenschaft gezogen. Mongolische rote Kavallerie hat die Stationen Unur und Barim an der chinesischen Ostbahn besetzt und die Strecke zerstört. Die telegraphische Verbindung ist unterbrochen. Transsibirische Expresszüge sind vorfristig in Chargin angehalten worden. Morning Post bemerkt dazu, diese Bedrohung Bargas werde möglicherweise eine Wirkung auf die anschließende Wandschauerei und somit indirekt auf Japan ausüben, welches wichtige Interessen in dieser Provinz habe.

Einschränkung des Militarismus

WTB London, 16. August.

Der Beklinger Korrespondent der Times meldet zu der Schlussung der Kuomintang, daß von ihr auch Vorschläge betreffend Vereinfachung der militärischen Verwaltung, Einführung eines Rekrutierungssystems und Herabsetzung der Streitkräfte angenommen wurden. Die Ausgaben für das Heer sollen nicht mehr betragen als die Hälfte der Gesamteinnahme des Landes, und die demobilisierten Truppen sollen als Arbeiter Verwendung finden. 26 Mitglieder wurden in den Zentralen Politischen Rat gewählt. Unter ihnen befinden sich fast alle militärischen und zivilen Führer und mehrere andere, von denen bekannt ist, daß ihre Gefinnung kommunistisch ist, falls sie nicht überhaupt Mitglieder der Kommunistischen Partei sind.

Die Nanjingregierung gibt nach

WTB London, 17. August.

Der chinesische Gesandte in Tokio sprach am Donnerstagabend im japanischen Außenministerium vor und erklärte, daß die Nanjingregierung bereit sei, die Mitteilung über die Aufhebung der Verträge mit Japan zurückzuziehen und in ordnungsmäßige Revisionverhandlungen über die Verträge einzutreten. Das bedeutet, daß die Nanjingregierung vor dem starken Druck der japanischen Regierung zurückgewichen ist, nachdem Japan mit „geeigneten Maßnahmen“ gedroht hatte, falls die Zurückziehung nicht erfolgen sollte.

Deutsche Montagearbeiten in Rußland

TU Wien, 16. August.

Wie die Korrespondenz Herzog meldet, werden von der AG, Berlin, in den nächsten Tagen wieder Maschinen nach Sowjetrußland geliefert werden, wo sie von deutschen Ingenieuren, unter denen sich auch der aus dem Schachtproseß bekannte Ingenieur Otto befinden soll, zur Aufstellung gelangen sollen.

Partei und Panzerkreuzerbau

Weitere Proteste aus Sachsen

SPD Dresden, 17. August. (Radio.)

Der Bezirksvorstand Groß-Dresden nahm am Donnerstag eine Entschlieung an, in der es heißt: „Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zu dem Bau des Panzerkreuzers A ist eine unbegreifliche, mit dem Interesse und der Auffassung der Reichstagsfraktion und der gesamten Partei nicht in Einklang zu bringende Handlung, gegen die entschiedenster Protest eingelegt werden muß. Die Gründe, die parteiförmig und halbamtlich von Regierungsseite für das Verhalten der sozialistischen Minister angeführt werden, sind in keiner Weise haltbar, sie kompromittieren die Sozialdemokratische Partei nur noch mehr.“

Der Kabinettsbeschluss zum Panzerkreuzerbau ist um so schärfer zu verurteilen, als die Verbesserung der Krisenlösung sowohl es sich um die versprochene Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen handelt, ausgeht.

Die Versammlung erwartet von der Reichstagsfraktion eine klare Stellungnahme, die eine Mitverantwortung der Partei für die Bewilligung der ersten Rate zum Panzerkreuzer A ausschließt. Gleichzeitig aber ist die Bewilligung der weiteren Raten für den Panzerkreuzer A und die Kreuzer B, C und D zu verhindern. Die Reichstagsfraktion hat sofort die Einberufung des Reichstages zu verlangen, damit eine Entscheidung des Reichstages über den Bau des Panzerkreuzers gefaßt werden kann. Hält die Mehrheit des Reichstages an dem Bau des Panzerkreuzers fest, so hat die Sozialdemokratie ihre Vertreter aus der Reichsregierung zurückzuziehen. Wir fordern die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag.

Eine Entschlieung gleichen Inhalts wurde von einer Funktionärskonferenz für den Unterbezirk Groß-Dresden, in der Genosse Aufhäuser referierte, angenommen.

Chemnitz, 16. August.

Zur Baubewilligung des Panzerkreuzers A durch das Reichskabinett hat die Chemnitzer Bezirksleitung der SPD. einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die Bezirksleitung des Bezirkes Chemnitz-Erzgebirge hat mit Entrüstung von dem Abstimmungsergebnis in der Reichsregierung über den Panzerkreuzer-Bau Kenntnis genommen. In der Tatsache, daß selbst die sozialdemokratischen Minister entgegen dem Beschluß der früheren Reichstagsfraktion dem Bau des Panzerkreuzers zugestimmt haben, erblickt die Bezirksleitung eine schwere Schädigung der Partei. Die Partei fordert von den maßgebenden Parteitagungen, die Parteigenossen sofort aus der Reichsregierung zurückzuziehen. Vom Landesarbeitsausschuß Sachsen der SPD fordert die Bezirksleitung die sofortige Einberufung der Landesinstanzen.

Ente über Trotski

SPD Berlin, 17. August (Radio.)

Die Berliner Volkshaus der Sowjetunion dementiert die Meldung, daß sich Trotski in Berlin oder in der Umgebung von Berlin aufhält. Trotski befindet sich nach wie vor in Mittelasien, also in der Verbannung.

Der Konflikt im Nahen Osten

Keine polnisch-litauische Konferenz in Genf

SPD Romno, 16. August.

Die litauische Regierung hat ihre Antwort auf den Vorschlag Polens, die nächste polnisch-litauische Konferenz in Genf abzuhalten, nunmehr veröffentlicht. Die Antwort, die an Königsberg als Konferenzort festhält, zeigt eine außerordentliche Angst des litauischen Diktators, in Genf während der Tagung des Völkerbundes das litauisch-polnische Problem zu erörtern. Er benutzt deshalb die verschiedensten Ausflüchte und Redewendungen, um eine Tagung in Genf zu verhindern. Aus jedem Satz seiner Rede spricht das schlechte Gewissen der litauischen Diktatur.

Der polnische Außenminister Jazelski ist von seinem Urlaub aus Frankreich nach Warschau zurückgekehrt. Am 25. verläßt er

Die Luftmanöver über London

U. London, 16. August.

Der dritte Tag der britischen Luftmanöver hat wiederum den Bombengeschwadern starke Erfolge gebracht. Nach den Mitteilungen des Luftfahrtministeriums seien die Verluste der Angreifer zwar schwer, der von ihnen angerichtete Schaden jedoch noch bedeutend erheblicher. Seit Beginn der Manöver seien theoretisch das Luftfahrtministerium, wichtige Material- und Benzinlager sowie das ganze Außenviertel Londons vernichtet worden. Von sachmännlicher Seite wird erklärt, daß die Luftverteidigung Londons noch immer keinen völligen Schutz gegen Angriffe verbürge.

Diskussion über die Rheinlandräumung

SPD Paris, 16. August.

Der Liberté meldet, daß die alliierten Regierungen auf die von der deutschen Regierung in Paris, London, Brüssel und Rom unternommene neue Rheinlanddemarche nunmehr geantwortet haben. Danach wird die aus Anlaß der Unterzeichnung des Antikriegspactes in Paris stattfindende Ministerzusammenkunft schon mit Rücksicht auf die Anwesenheit des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg, der ausdrücklich erklärt habe, daß er nicht in die Debatte europäischer Angelegenheiten hineingezogen zu werden wünsche, für eine Wiederaufnahme der Diskussionen über die Räumung der besetzten Gebiete als wenig günstig betrachtet. Das Blatt behauptet weiter, die französische Regierung habe in ihrer Antwort zu verstehen gegeben, daß sie gegen entsprechende Kompensationen und Garantien zur Freigabe des linken Rheinufers geneigt sein würde, die deutsche Regierung aber Verhandlungen darüber inständig mit dem Hinweis ausweiche, daß sie auf Grund der in Locarno gemachten Konzessionen ein moralisches Recht auf bedingungslose Räumung habe.

Viel Lärm um eine Bagatelle

SPD Berlin, 17. August (Radio).

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat es dieser Tage endgültig abgelehnt, die Erlaubnis zu einem Erweiterungsbau der Bahnhofsanlagen in Rüsselsheim zu geben. Dieser Bau ist mit Rücksicht auf die steigende Produktion der Firma Opel unbedingt notwendig. Militärische Gründe dagegen können keineswegs in Betracht kommen. Kein Wunder, wenn jetzt die Person aufsteht, dahinter der Entscheidung der französischen Instanzen die französische Automobilfirma Citroën stecken soll. Darüber berichtet die Volkszeitung:

Man spricht in eingeweihten Kreisen ganz offen davon, daß die Automobilfabrik Citroën, die auf ihren deutschen Absatz sehr bedacht ist, sich dafür interessiert, daß der Rüsselsheimer Konkurrent, der in bezug auf Preislage und Produktionsapparat den Citroën-Werken am nächsten kommt, ihre Hand mit im Spiele hat. Natürlich kann hierfür kein zwingender Beweis erbracht werden, aber weder die Interalliierte Rheinlandkommission noch die Völkervereinigung hat bisher für die nichterhellte Bauverweigerung stichhaltige Gründe ins Feld zu führen vermocht und damit Vermutungen wie der obigen Tür und Tor geöffnet.

Dieser Rüsselsheimer Fall, eine fast lächerliche Bagatelle, ist ein klassisches Beispiel für die Unhaltbarkeit der Besetzung.

Soldatenselbstmorde

SPD Saarbrücken, 16. August.

In dem in Saarburg stationierten 25. algerischen Schützenregiment der Rheinbelagerungsarmee haben seit Mai dieses Jahres sechs Soldaten ihrem Leben ein Ende gemacht, weil sie angeblich einen außerordentlich strengen Dienst zu versehen hatten. Die Mannschaften sollen wiederholt die Dienstentlassung der schuldigen Offiziere gefordert haben.

Kammerpräsidentenwahl in Belgien

SPD Brüssel, 17. August. (Radio).

Die belgische Kammer wählte am Donnerstag an Stelle des zurückgetretenen sozialistischen Präsidenten Brunet den Katholiken Tippau, der bisher erster Vizepräsident war. Die Sozialisten mußten sich mit dem Amt des dritten Vizepräsidenten begnügen.

„Antirevolutionäre“ in Mexiko

SPD Mexiko-Stadt, 15. August.

Die im November v. J. anlässlich des niedergeschlagenen Militärputsches zersprengte „Antirevolutionäre Partei“ hat am Mittwoch die Reorganisation ihres Parteiapparates und die Wiederaufnahme der Parteiarbeiten angekündigt. Sie betont in einem Manifest, daß sie für die Wiederherstellung der ursprünglichen Verfassung eines früheren Präsidenten verbietenden Verfassungsklausel eintreten wird. Diese Klausel wurde seinerzeit zugunsten Obregons abgeändert. Die „Antirevolutionäre Partei“ beabsichtigt im Parlament einen entsprechenden Antrag einzubringen. Die von ihr geplante Aktion richtet sich zweifellos gegen die hochsitzige Wiederwahl von Calles und provoziert damit die politische Lage des Landes aufs neue.

Warschau, um sich nach Paris zur Unterzeichnung des Kellogg-Pactes zu begeben. Von Paris aus fährt der Minister nach Genf zur Ratstagung.

Wachsende Nervosität in Romno

DE. Romno, 16. August.

Die nach Bilsudis Wilnaer Rede in Romno eingetretene Beruhigung scheint nicht lange anhalten zu wollen. Die Presse beginnt wieder ihrer Besorgnis zu weiteren polnischen Umtrieben Ausdruck zu geben. Die „sanft störenden Töne“ in Bilsudis Rede erregen sogar besonderes Mißtrauen, weil man hinter dieser Reserve des polnischen Marshalls allerlei geheime Pläne vermutet. Die sieben litauischen Journalisten, die mit Erlaubnis der polnischen Behörden an der Legionärstagung in Wilna teilnehmen konnten, tragen nach ihrer Rückkehr durch Berichte über ihre Beobachtungen dazu bei, die Stimmung wieder nervöser zu machen. Nach den Lietuvos Intios haben diese Journalisten sich in Wilna davon überzeugen können, daß in einem Umkreise von 10 Kilometer um Wilna Erdbarbeiten vorgenommen werden, die nach ihrer Meinung als Vorbereitungen zum Bau von Festungswerken anzusehen sind. Von polnischer Seite wird erklärt, daß es sich um den Bau einer Ringbahn handelt. Ferner sollen die Repressalien gegen die Litauer des Wilnagesiets gerade jetzt sehr verschärft worden sein. Die Wiedereröffnung des Wilnaer litauischen Lehrerseminars ist von den polnischen Behörden endgültig verweigert worden, so daß das Wilnagesiet ohne litauischen Lehrernachwuchs bleibt.

Alles eilt!

W. B. Riga, 16. August.

Die Konferenz der Minister des Neuen Reichs und Estlands hat beschlossen, nach der Pariser Unterzeichnung des Kellogg-Pactes, den die Minister grundsätzlich begrüßen, übereinstimmende Schritte zum Beitritt der beiden Länder zu dem Pakt zu unternehmen.

Zur thüringischen Krise

Ein Köder für die Demokraten

Die Teil-Union bringt folgende Meldung aus Weimar: Wie verlautet, hat sich die interfraktionelle Sitzung, die Anfang der Woche hier stattfand, mit der Lösung der Regierungskrise befaßt. Dabei ist der Gedanke aufgetaucht, der jetzigen Regierung eine erweiterte Basis nach der Mitte hin zu geben, indem man einen vierten Ministerposten schafft, der den Demokraten zufallen soll. Das Einverständnis der bürgerlichen Parteien soll bereits vorhanden sein. Man dürfte voraussichtlich das unter Dr. Paulsen vereinigte Doppelministerium so teilen, daß Minister Paulsen das Innenministerium behält, während ein weiterer wirtschaftlich orientierter Demokrat das Wirtschaftsministerium vorüberhalten bleibt.

Die Meldung, die von der Teil-Union übrigens unter Vorbehalt wiedergegeben wird, ist nicht recht klar. Es ist nicht einzusehen, wie die Basis der Regierung erweitert wird, wenn die Demokraten, die bereits in der Regierung vertreten sind, einen weiteren Sitz erhalten. Im übrigen darf man annehmen, daß die Thüringer Demokraten, wenn ihnen ein solches verlockendes Angebot gemacht werden sollte, nicht widerstehen könnten, und bereit sein würden, um den Preis eines weiteren Ministerpostens auch weiterhin alle reaktionären Streiche mitzumachen und zu decken. Die Entscheidung wird der demokratische Landesparteitag treffen, der am nächsten Sonntag zusammentritt. Am 23. August soll über den Antrag der Sozialdemokraten auf Landtagsauflösung im Landtag entschieden werden.

Volkentscheid über den Panzerschiffbau?

Ein neues kommunistisches Entlarvungsmanöver

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei beschloß am Donnerstag, alle Schritte zur schleunigen Durchführung eines Volkentscheides über den Panzerkreuzer A einzuleiten und beauftragte die kommunistische Reichstagsfraktion, sofort alle vorbereitenden Maßnahmen für ein Volksbegehren zu treffen.

Die verfassungsrechtliche Lage zu diesem Beschluß ergibt sich aus Artikel 73 der Reichsverfassung. Dort heißt es:

„Über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Befehlsbefugnisse kann nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen.“

Die erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers A ist vom Reichstag nicht durch einfaches Gesetz, sondern im Rahmen des Haushaltsgesetzes für 1928 bewilligt worden. Ein Volksentscheid gegen dieses Gesetz könnte nach Artikel 73 der Reichsverfassung nur durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden. Darüber sind sich auch die Kommunisten klar. Den eigentlichen Zweck des kommunistischen Antrages enthält die rote Fahne selbst, indem sie schreibt: „Unparlamentarische Mobilisierung zur proletarischen Einheitsfront gegen die Kriegsvorbereitungen der SPD-Minister des Trustkapitals.“ — „Entlarvung der Sozialdemokraten“ — das ist das A und O aller kommunistischen Politik. Die Kommunisten wollen im Trüben fischen. Sie hoffen, daß ihnen jetzt sozialdemokratische Arbeiter in der Erregung über den falschen Entschluß der vier sozialdemokratischen Minister in Massen zuströmen werden. Darin werden sie sich aber täuschen. So scharf die Haltung der vier Minister in weitesten Kreisen der Partei mißbilligt wird, so weiß die Arbeiterschaft doch zu genau, daß die Kommunisten die am wenigsten zuverlässigen Kämpfer für den Frieden sind. Die Kommunisten, deren bolschewistischen Freunde in Moskau den deutschen Militaristen Granaten liefern und die selbst ihren ganzen Parteiapparat in Bewegung setzen, um diese Lieferungen zu verheimlichen, können sich nicht als Schlichter des Friedens gegen die angebliche Kriegspolitik der Sozialdemokraten aufspielen. Und die Kommunisten, die ihre ganze Hoffnung auf den neuen Weltkrieg setzen, weil er die Weltrevolution auslösen soll, werden die Sicherung des Friedens nicht durchsetzen. Sie haben deshalb auch jetzt ein Recht, gegen die Panzerkreuzerfrage und die angebliche Kriegspolitik der SPD zu protestieren.

Von der Amnestie ausgeschlossen

SPD Die 2. Ferienkammer des Landgerichts I in Berlin hat die Anwendung der Reichsamnestie auf den Zusammenhang mit der Schlageter-Uffäre wegen Meineids zu einem Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilten Göhe abgelehnt. Göhe war seinerzeit unter Anklage gestellt worden, weil er in einem Verleumdungsprozeß behauptet hatte, daß er, Schlageter und Hauenstein nicht in das besetzte Gebiet gelangt habe, um sie an die französische Militärbehörde zu verhaften. Das Gericht verurteilte ihn, weil es den Verrat an Hauenstein als erwiesen erachtete.

Kar und unzweideutig! Würde jetzt eine Urabstimmung in der Sozialdemokratischen Partei über den Beschluß der Minister vorgenommen werden, eine scharfe Verurteilung durch die Parteimitgliedschaft wäre so sicher wie nur irgend etwas. Darum erwarten wir auch, daß die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß, die morgen zusammentreten, dieser Auffassung der überwältigenden Mehrheit der Parteigenossenschaft entsprechend beschließen.

Für dieses Verbrechen, das der Bau des Panzerkreuzers am Volke darstellt, darf der Sozialdemokratie keine Verantwortung aufgeschleppt werden. Als vor wenigen Wochen die Reichstagsfraktion den Kampf um die Senkung der Lohnsteuer führte, da lehnten die bürgerlichen Parteien ihren heftigsten Widerstand entgegen. Die ungünstige finanzielle Lage des Reiches wurde in den Vordergrund gehoben, um eine wirksame Lohnsenkung zu verhindern. Ein Bemühen, das sie mit Erfolg unternommen haben, denn was am Ende dabei herauskam, war wirklich recht recht winzig. Und die gleiche ungünstige finanzielle Lage muß herhalten, um die Verlängerung der Unterhaltungsbauer der Arbeitslosen in der Krisenfürsorge immer weiter hinauszuschieben. Um die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, die lange, lange arbeitslos sind, fast 20 Wochen lang zu unterstützen, dazu hat diese Republik nicht genügend Geld. Der Reichsfinanzminister Hilferding hat sich bisher über die Finanzlage nicht rechtlos offen ausgesprochen, aber es ist kein Geheimnis, daß die Ausgleichung des kommenden Etats Schwierigkeiten bereitet und daß die Absicht, gewisse Steuern zu erhöhen, noch immer nicht aufgegeben ist. Handelt es sich aber um den Panzerkreuzer, dann verstummen alle die finanziellen Sorgen.

Von den sozialdemokratischen Befürwortern dieser Koalition ist auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, nach dem Wahlausfall vom 20. Mai eine entscheidende Wendung in der Reichspolitik des Bürgerblods herbeizuführen. Deshalb mußte die Sozialdemokratie nach ihrer Auffassung mit den bürgerlichen Parteien in eine Regierung eintreten. Natürlich, so sagten sie, müßten die Sozialdemokraten die Führung haben. Und während der Verhandlungen zur Bildung einer Regierung und nach dem Zustandekommen des Kabinetts wurde von ihnen immer wieder verkündet: Die Sozialdemokratie, Hermann Müller, führt! Wir haben uns die sozialdemokratische Führung ganz anders vorgestellt, obwohl wir uns im klaren waren, daß in einer Koalition unter diesen Verhältnissen die anderen die Nehmenden sein werden. Aber nach all dem, was die Regierung bisher geleistet hat, und nach dem überaus leichtem Sieg, den die bürgerlichen Parteien in der Panzerkreuzerfrage heimgetragen haben, scheint uns kein Zweifel darüber mehr zulässig, daß nicht die Sozialdemokratie führt, sondern daß die führende Partei die Deutsche Volkspartei mit dem Zentrum geworden ist. Von der Deutschen Volkspartei hängt der Bestand dieser Regierung ab. Da die sozialdemokratischen Minister sie vier Jahre halten wollen, so hat sie es jederzeit in der Hand, mit der Drohung, die Regierung aufzulösen zu lassen, die Sozialdemokratie zum Nachgeben zu zwingen. Dabei ist gar nicht nötig, daß diese Drohung in jedem einzelnen Falle offen ausgesprochen wird. Es genügt schon die Gewißheit der sicheren Konsequenz, um eine nachgiebige Haltung der sozialdemokratischen Minister zu erreichen.

In der Panzerkreuzerfrage haben sie unter dieser Drohung gestanden. Die bürgerlichen Parteien jubeln darüber, daß sie die Sozialdemokraten so schnell untergekrigt haben. Helle Schandenfreude triumphiert in ihren Zeitungen. Sie haben die Sozialdemokratie da, wohin sie sie haben wollen, um sie neuen Niederlagen auszuliefern. Der Spruch der Partei muß ihnen zeigen, daß sie zu früh jubeln haben. Trotz der Haltung der Minister muß die Reichstagsfraktion durch eine parlamentarische Aktion in letzter Stunde erneut versuchen, den Panzerkreuzerbau zu verhindern. Die Möglichkeit besteht, und es ist durchaus nicht sicher, ob von vornherein eine Mehrheit gegen einen solchen Gesetzesantrag zustande kommt. Entschließt sich die Fraktion dazu, und die Mehrheit des Reichstages spricht sich gegen ihr Verlangen aus, dann muß sie ihre Minister zurückziehen, wenn sie nicht vorher schon von selber zurückgetreten sind.

Der Panzerkreuzer erteilt eben die eindringliche Lehre, daß die Bourgeoisie die Sozialdemokratie in der Feindregierung nur dazu haben will, um mit ihrer Hilfe ihre Machtposition zu stärken. Daß dazu die Sozialdemokratie nicht da ist — das gilt es durch eine Tat zu zeigen!

Na'geber, die nichts zu wissen brauchen

Noch immer, wenn die Sozialdemokratische Partei eine wichtige Entscheidung zu fällen hatte, waren es die politisch völlig bedeutungslos gewordenen Demokraten, die ihr in recht aufdringlicher Weise gute Ratschläge erteilten. Unsere Partei hat sie nie darum gebeten, aber dennoch kehren sie bei jeder Gelegenheit wieder, auch diesmal. Die Entscheidung der morgen zusammentretenden Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses ist zwar ausschließlich eine innerorganisatorische Angelegenheit der Sozialdemokratie, trotzdem ist in den Organen, die den demokratischen Parteieninteressen unterstehen, zu sehen, wie sich die Sozialdemokratische Partei entscheiden soll. Die Neue Leipziger Zeitung will dabei nicht fehlen und sie erteilt der Sozialdemokratie für ihre Sonnabendberatung die Lösung: Mitarbeit und nicht abwärtschauen lassen. Das heißt, die Sozialdemokratie soll unter allen Umständen in dieser Regierung bleiben. Daß ein demokratischer Zeitungsschreiber von den Dingen über die er die Leser unterrichten will, selbst nicht unterrichtet zu sein braucht, dafür liefert der Leitartikel der Neuen Leipziger Zeitung wieder einmal den Beweis. Er behauptet, daß die lächerlichen Sozialdemokraten der Meldung des sozialdemokratischen Pressedienstes, wonach der Parteiausschuß am 6. Juni einstimmig die Beteiligung an der Regierung beschlossen haben soll, nicht widersprochen habe. Dabei ist in der Leipziger Volkszeitung und auch in den übrigen sozialdemokratischen Blättern Sachens kurz nach dem Stattfinden der Parteiausschusssitzung das Unrichtige dieser Meldung fest und dabei richtiggestellt worden, daß im Parteiausschuß alle lächerlichen Parteivertreter gegen die angenommene Entscheidung für die Koalition gestimmt haben. Das ist nun eigentlich erst zwei Monate her und trotzdem kann ein bürgerlicher Zeitungsschreiber nach so kurzer Zeit den Lesern solche leicht nachweisbare Unwahrheiten unterbreiten.

Nachspiel zum Anriger Landbundkrawall

Am 1. wird mitgeteilt, daß die wegen der Ausschreitungen bei der Kundgebung des Landbundes in Anrigh am 12. März 1928 geführte umfangreiche gerichtliche Voruntersuchung abgeschlossen ist. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Geschäftsführer des Landbundes Ostpreußen und dreißig Mitangeklagte Anklage wegen schweren und einfachen Landfriedensbruchs, Aufruhrs und Verleumdung erhoben. Wegen weiterer Einzelanschreitungen sowie wegen Aufforderung zum Steuerstreik sind noch zahlreiche weitere Strafverfahren eingeleitet worden.

Gegen die Kolonialflaverei

Beschluß des Brüsseler Kongresses zur Kolonialfrage

Der Brüsseler Kongress der S.M.Z. hat folgende Resolution einstimmig angenommen:

I. Einleitung.

Die Kolonialpolitik war eines der Mittel der Expansion des Kapitalismus über die ganze Erde.

Sie hat die Naturkräfte der rückständigen Gebiete erschlossen, die moderne Produktion und die modernen Verkehrsmittel in ihnen entwickelt und so die Rohstoffbasis der Weltwirtschaft ungeheuer erweitert und die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung außerordentlich gefördert. Aber diese gewollte Entwicklung der Produktivkräfte, dieser gewaltigen Fortschritt der Zivilisation ist erkauft worden damit, daß in den meisten Fällen die einheimischen Völker brutaler Fremdherrschaft und schamloser Ausbeutung und Plünderung durch fremdes Kapital preisgegeben, in vielen Fällen ihres Bodens beraubt und unter die Peitsche fremder Herren zur Zwangsarbeit angehalten worden sind. Die Profite, die aus der Ausbeutung der Naturkräfte der Kolonien und der Arbeit der Eingeborenen gewonnen werden, fließen vielfach in das Mutterland ab, wodurch die Entwicklung der Naturkräfte und der Ausbau der modernen Produktion im Lande selbst verhindert wird.

Andererseits aber hat die Entwicklung der modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Kolonien in den Kolonialvölkern eine moderne soziale und kulturelle Entwicklung ausgelöst und sie dadurch modernen, demokratischen, nationalen und sozialen Ideen zugänglich gemacht.

In diesem Entwicklungsprozeß haben die verschiedenen Kolonialvölker verschiedene Entwicklungsstufen erreicht. Alle Kulturvölker haben unter der Fremdherrschaft ihre technische und gesellschaftliche Rückständigkeit bereits in hohem Maße überwunden. Im Schoße dieser Völker haben sich bedeutende nationale Bewegungen entwickelt, die die völlige Befreiung von der Fremdherrschaft und die Entwicklung eines selbständigen nationalen Lebens erstreben. In diesen Gebieten kann jetzt schon die Fremdherrschaft beseitigt werden, ohne daß dieselben deshalb aus der kapitalistischen Entwicklungssphäre in eine ältere, primitivere zurückfallen müßten, ohne daß die modernen Produktions- und Transportmethoden in ihnen zerstört würden und ohne daß sie aus dem internationalen Warenaustausch ausschließen.

Auf dem entgegengesetzten Pol stehen Kolonialvölker, die vor der fremden Eroberung auf sehr primitiver Entwicklungsstufe standen und diese auch unter der Fremdherrschaft noch nicht wesentlich überschritten haben. In diesen Gebieten beruhen die modernen Produktions- und Transportmethoden nur hauptsächlich auf der Fremdherrschaft. Deshalb würde die sofortige Befreiung dieser Herrschaft hier noch nicht den Fortschritt zu einer nationalen Kultur, sondern noch den Rückfall in primitive Barbarei, noch nicht die Entwicklung einer nationalen Demokratie, sondern die Unterwerfung der Volksmassen unter die Herrschaft entweder einer Minderheit von weißen Anführern oder einheimischen Despoten, oder die Eröffnung einer neuen Ära kapitalistischer Beutezüge und kolonialer Kriege bedeuten.

Zwischen diesen beiden Polen stehen die verschiedenen Kolonialvölker auf verschiedenen Stufen der Entwicklung.

Der Sozialismus lehnt die politische Beherrschung der Kolonialvölker grundsätzlich ab. Er betrachtet die Befreiung der kolonialen Herrschaftsformen als eine Voraussetzung einer internationalen Völkergemeinschaft.

Er unterstützt daher die Befreiungsbestrebungen derjenigen Kolonialvölker, die bereits die Voraussetzungen einer selbständigen modernen Kultur erreicht haben und fordert für sie die vollständige Befreiung von der Fremdherrschaft, oder, wenn sie es wünschen, völlige rechtliche, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichstellung mit dem Mutterland.

Er fordert für die anderen Kolonialvölker, die diese Entwicklungsstufe noch nicht erreicht haben, wirksamen Schutz gegen Unterdrückung und Ausbeutung, planmäßige Erziehung dieser Völker zur Selbständigkeit und Hand in Hand damit fortschreitende Erweiterung ihrer Selbstverwaltung bis zur schließlich vollständigen Selbstbestimmung.

Neben der nationalen Befreiung, die in erster Linie das Ergebnis der eigenen Kräfte der Kolonialvölker sein muß, ist es notwendig, die Entstehung und Entwicklung einer sozialistischen Arbeiterbewegung in diesen Ländern zu fördern. Bei der Bestimmung der Form dieser Bewegung ist es notwendig, den Institutionen und der Mentalität der Eingeborenen Rechnung zu tragen und ihren Kampf für ihre nationale Befreiung zu verknüpfen mit ihrem Klassenkampf gegen die fremden und einheimischen Ausbeuter, aber auch die Arbeitermassen der Kolonialvölker dazu zu erziehen, unbeschadet ihres Kampfes für ihre nationale Befreiung, die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder zu erkennen und alle nationalen Sonderinteressen den gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse der Welt unterzuordnen.

II. Unterstützung der unterdrückten Völker in ihrem Kampfe um Unabhängigkeit und in ihren Forderungen nach Freiheit und Recht.

Die S.M.Z. unterstützt die Befreiungskämpfe der unterworfenen Völker, gleichgültig ob ihre Unterwerfung in der Form der kolonialen Herrschaft erfolgt ist, oder ob sie unter Wahrung des Scheines ihrer völkerrechtlichen Selbständigkeit durch ein System militärischer Interventionen, wirtschaftlicher Durchdringung und ungleicher Verträge in tatsächliche Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten gebracht sind.

Die S.M.Z. fordert volle Unabhängigkeit und internationale Gleichberechtigung für China und Befreiung der das chinesische Volk bedrückenden ungleichen Verträge.

Die S.M.Z. anerkennt das Recht der indischen Völker auf volle Selbstbestimmung und unterstützt ihre auf deren Erreichung gerichteten Bestrebungen. Sie begrüßt die Entwicklung der indischen Gewerkschaftsbewegung und fordert die Arbeiter und Bauern Indiens auf, ihre eigene Partei zu gründen, um nach Erreichung der politischen Freiheit auch die wirtschaftliche zu erlangen. Sie unterstützt die Forderung nach völliger Unabhängigkeit Ägyptens.

Die S.M.Z. fordert, daß Spanien und dem Irak unverzüglich volle Unabhängigkeit zugestanden werde und daß sie als Mitglieder in den Völkerbund aufgenommen werden. Sie verlangt das Selbstbestimmungsrecht für die Philippinen, Korea und Annam. Sie bekämpft die Politik der ökonomischen Unterwerfung und militärischen Intervention der Vereinigten Staaten in den Republiken Haiti, San-Domingo und Kuba.

III. Kolonien mit entwickelter Kultur.

Die S.M.Z. fordert, daß den Kolonien mit kulturell fortgeschrittener Bevölkerung, das ist den Kolonien mit europäisierter oder mit orientalisierter Kultur, wie insbesondere den britischen Kronkolonien (mit Ausschluß der afrikanischen und der Kolonialgebiete in der Südsee), den französischen, italienischen und spanischen Kolonien in Nordafrika, dann Niederländisch-Indien, Madagaskar um jenes Maß von Selbstverwaltung oder solche Formen der Verwaltung unverzüglich gewährt werden, das die eingeborene Bevölkerung dieser Gebiete selbst verlangt.

Die sozialistischen Parteien der diese Kolonien besitzenden oder als Mandate verwaltenden Länder verpflichten sich, mit all ihren Kräften für jede Maßnahme einzutreten, die das Selbstbestimmungsrecht der eingeborenen Völker in den Kolonialländern herbeiführen, sichern und erweitern kann.

Dazu gehört an erster Stelle die Freiheit der Eingeborenen, sich zum Zwecke der Eroberung und der richtigen Ausübung dieser Selbstverwaltung zu organisieren, wobei die Formen dieser Organisation sich den Institutionen der Eingeborenen anpassen und ihrer Mentalität Rechnung tragen können.

Zu den Maßnahmen zur Entwicklung der Selbstverwaltung gehören:

a) Eine von der ganzen Bevölkerung gewählte Volksvertretung, ohne deren Zustimmung der Bevölkerung keine Lasten auferlegt und keine Natur- und Bodenschätze an kapitalistische Unternehmer ausgeliefert werden dürfen. Gewählte Vertreter sollen der Regierung für Verwaltungsgewerbe beigegeben werden.

b) Die Gemeinde- und Bezirksverwaltungen sind so zu gestalten, daß sie den Eingeborenen überlassen werden, wobei die Rechtsprechung der nichteingeborenen Minderheiten gewährleistet werden soll.

c) Den Fremden werden keine gesetzlichen Vorrechte gewährt.

d) Alle Stellen in der politischen und in der Selbstverwaltung, auch die höchsten, müssen den Eingeborenen zugänglich sein.

IV. Kolonien mit unentwickelter Kultur.

In den weniger zivilisierten Teilen der Welt, insbesondere im tropischen und subtropischen Afrika und im Stillen Ozean, haben die europäischen Regierungen als Mittel ihrer Politik der Ausbeutung der dortigen Wirtschaftskräfte im Interesse verschiedener kapitalistischer Gruppen vielfach folgende Maßnahmen angewendet:

a) Sie haben den Staat zum Eigentümer eines großen Teiles von Grund und Boden dieser Länder erklärt, wobei vielfach die dort wohnenden Eingeborenen ihrer Heimstätten enteignet und vertrieben wurden oder für die Erlaubnis, dort wohnen zu bleiben, hohen Pachtzinsen zahlen mußten.

b) Sie haben angebotliche Verträge in Kraft gesetzt, durch welche ungeheure Reichtümer an Land oder Bodenschätzen zu absurden Preisen europäischen Abenteurern ausgeliefert wurden.

c) Sie haben Zwangsarbeit für öffentliche Arbeiten der Gemeinden und Dörfer eingeführt und haben die Eingeborenen zu Arbeiten für Privatunternehmer ohne gesetzliche Ermächtigung gezwungen, bzw. solche Arbeiten legalisiert. Sie haben durch verschiedene Mittel die Hauptlinge korrumpiert, um ihre Autorität für die Einführung der Zwangsarbeit zu gebrauchen.

d) Sie haben die Eingeborenen durch Auferlegung direkter Steuern gezwungen, für Europäer zu arbeiten. Um ein ständiges Angebot fähiger Arbeitskräfte zu si-

Die Opposition in der Deutschnationalen Partei

Die deutschnationalen Zeitungen sind noch immer bemüht, die Dinge so darzustellen, als sei in Ostwestfalen und Lippe eine erhebliche Strömung gegen den Reichstagsabgeordneten Hugenberg nicht vorhanden. Daß sie vorhanden ist, beweist jeder Tag, und daß auch der Ausschlußantrag gegen Hugenberg ordnungsmäßig gestellt und weitergegeben ist, gibt der Vorstand der Ortsgruppe Detmold der Deutschnationalen Volkspartei durch die Veröffentlichung der folgenden Erklärung in der Lippschen Tageszeitung zu:

„Es entspricht den Tatsachen, daß dem Vorstand der Ortsgruppe Detmold der DNVP ein Antrag auf Ausschluß des Reichstagsabgeordneten Hugenberg aus der Partei ausgegangen ist. Der Ortsgruppenvorstand hat, da er selbst nicht zuständig ist, den Antrag an den Vorstand des Landesverbandes Lippe weitergegeben.“

Damit wird die Darstellung, die Hugenbergs Tel.-Union zu dem Fall gab, als falsch gekennzeichnet. Uebrigens drohen die deutschnationalen Angestellten in Lippe und im östlichen Westfalen, in öffentlichen Versammlungen zum Fall Hugenberg Stellung zu nehmen, falls noch weiter in herabsetzender Weise gegen die deutschnationalen Parteimitglieder Stellung genommen wird, die Hugenbergs Ausschluß beantragt haben. Es ständen nicht nur deutsch-nationale Wähler aus Angestelltenkreisen hinter dem Ausschlußantrag gegen Hugenberg, sondern es hätten auch zahlreiche Bauern, Handwerker und selbständige Kleinrentner das Treiben Hugenbergs in der Deutschnationalen Partei gründlich satt.

Wie die DNVP meldet, hat der ausgeschlossene deutschnationale Abgeordnete Lambach gegen das Urteil des Landesverbandes Potsdam II Berufung bei der obersten Parteinstanz eingelegt.

Zu der Vorlesung Lambachs bemerkt das Organ des Jungdeutschen Ordens, der bekanntlich seit längerer Zeit mit Hugenberg in heftiger Feindschaft liegt:

„Die Kampfront selbst hat sich so rasch und so klar entwickelt, daß selbst für den Fall einer Aufhebung des erstgerichtlichen Urteils gegen Lambach der Kampf in der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr zu führen ist, zumal auch von Seiten Hugenbergs und seiner Freunde weder der Wille noch die Möglichkeit besteht, auf die Dauer mit Lambach und seinen Gefolgsleuten zusammenzuarbeiten. Hugenberg hat ziemlich deutlich erklärt, daß er in eine Fraktionsgemeinschaft mit Lambach nicht mehr eingehen könne. Bleibt Lambach in der Partei, so müßte eigentlich Hugenberg die Konsequenzen ziehen und aus der Partei auscheiden, zum mindesten aber wird dann der Kampf in der Partei selbst von beiden Seiten fortgesetzt werden.“

Was im allerchristlichsten Köln üblich ist

Aus Köln wird dem Soz. Pressedienst geschrieben: Die Kölner Stadtverwaltung sieht trotz des Sieges der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl noch immer unter stärkstem Einfluß des Zentrums, das sich viel auf seinen christlichen Charakter zugute tut. Über christlich wird in der Stadtverwaltung von Köln leider noch immer nicht in allen Fällen gehandelt. Einem Wohlfahrtsempfänger in Köln-Deutz, der mit einer fünfköpfigen Familie ein Zimmer bewohnt, starb kurz nach der Geburt ein Kind. Sein Antrag auf Lieferung eines Sarges wurde von der Kreiswohlfahrtsstelle abgewiesen mit der Begründung, daß er das tote Kind in eine Kiste legen, diese junageln und dann zum Friedhof bringen soll. Das sei bei Arbeitern so üblich! Einer Helferin der Arbeiterwohlfahrt, an die sich der unglückliche Vater schließlich wandte, wurde von dem Bezirksbeamten heißt, daß es gang und gäbe sei, Arbeiterkinder, die nicht lange lebten, einfach in Kisten zu beerdigen. Im übrigen habe er nur nach Anweisung gehandelt. In anderen Kölner Kreisstellen werde ebenso gehandelt.

Im heiligen Köln scheinen demnach wenig christliche Zustände zu herrschen. Nach der frommen Sage hat ja wohl der Kaiser geahnt, man solle die Rindlein zu ihm kommen lassen, da ihrer das Reich Gottes harre. Daß Proletariatier aber in Holzstühlen dorthin speziert werden, entspricht unseres Wissens nicht seinem Willen. Diese Beförderungsart „gang und gäbe“ werden zu lassen, blieb der allerchristlichsten Stadtverwaltung von Köln vorbehalten.

In Spalato wurde eine Aktion zur Errichtung eines Denkmals für Stephan Nadtsch eingeleitet. Die kroatische Bauernpartei unterstützt den Plan. Das Geld soll durch Sammlungen aufgebracht werden.

hern, haben sie die Registrierung der Eingeborenen gesetzlich vorgeschrieben und ihnen verboten, sich in ihrem eigenen Lande frei zu bewegen. Auch Bodenraub und einschränkende Maßnahmen in bezug auf die Bebauung des Landes haben oft demselben Zweck gedient.

e) Sie haben durch Gesetz Rechtsminderungen für die Eingeborenen durchgeführt, haben die Verwendung Eingeborener zur gelehrten Arbeit an Maschinen verboten, haben das unerlaubte Fernbleiben der Eingeborenen von der Arbeit zu einem mit Geld oder Gefängnis strafbaren Kriminaldelikt gemacht und sie auf diese Weise des Streikrechtes beraubt; sie haben schließlich Versammlungen der Eingeborenen und jeden Austausch von Meinungen verboten, die nach Ansicht der Europäer geeignet sein können, die Eingeborenen gegen ihre Unternehmer „aufzureizen“.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale fordert daher:

1. In allen diesen Kolonien im tropischen und subtropischen Afrika und im Stillen Ozean soll der ganze, noch nicht von den Europäern in Besitz genommene Grund und Boden als unzeräußerliches Eigentum der Gemeinschaft der Eingeborenen anerkannt werden.

2. Jeder eingeborenen Familie soll der für ihren Lebensunterhalt erforderliche Grund und Boden gesichert werden.

3. Den Eingeborenen sollen keine Steuern oder Lasten irgendwelcher Art auferlegt werden, außer dem Zwecke der Verwaltung öffentlicher Dienste, die unmittelbar den Eingeborenen zugute kommen.

4. Insbesondere soll keine so hohe Steuer zulässig sein, daß der Eingeborene sie nicht zahlen kann, ohne daß er seine Heimstätte verlassen muß, um Arbeit bei einem Kapitalisten zu nehmen.

5. Jede Form der Zwangsarbeit oder der langfristigen Kontraktarbeit (indentured labour) und jede Art der Beutenutzung oder des Drucks, um die Eingeborenen zur Annahme von Lohnarbeit zu zwingen, soll abgelehnt werden.

6. Alle Arbeitsverträge sollen nach Musterverträgen abgeschlossen werden, die die Regierung zu entwerfen und kundzumachen hat; diese Musterverträge sollen u. a. auch folgende Bestimmungen enthalten: Die Vertragsdauer und die Erneuerungsbedingungen des Vertrages, die Lohnhöhe und die Art der Lohnauszahlung, Arbeitsort, Maßnahmen, die der Unternehmer zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter zu treffen hat, (Errichtung von Schulen und Beistellung ärztlicher Hilfe), Entschädigung für die Arbeiter oder deren Angehörige bei teilweiser oder gänzlicher Arbeitsunfähigkeit, die aus Unfall oder Krankheit, welche durch Arbeitsverhältnisse verursacht wurde, entstanden ist.

Die Festlegung der Art und der Menge der Lebensmittel und nähere Bestimmungen der Wohnungsbedingungen, für die der Unternehmer zu sorgen hat, überall dort, wo es notwendig wäre.

Bürgerliche Jugend und Friedensbewegung

SPD Amsterdam, 16. August.

Ein Weltfriedenskongress der Jugend trat am 16. d. M. in dem Ortsteil Urd, unweit Ammen, zusammen. Es handelt sich hier um die Fortsetzung des großen Jugendkongresses, der 1926 in Bierville (Frankreich) stattfand und wo zum erstenmal nach dem großen Krieg Jugendliche verschiedener Richtungen, aber voll einmütiger Friedensgesinnung einander die Hand reichten. Dem Kongress liegt das Bewußtsein zugrunde, daß es nicht mehr bei dem rein gefühlsmäßigen „Nie wieder Krieg“ bleiben darf, sondern wirklich ernste Friedensarbeit verrichtet werden muß. So entschlossen sich die Britische Jugendföderation, die Deutsche Weltjugendliga, die französische Gruppe Le Trait d'Union, die Amerikanische Jugendgenossenschaft und die niederländische Friedensbewegung der Jugendlichen, gemeinsam diesen Kongress zu organisieren.

Der Kongress wird in zehn Ausschüssen arbeiten, die Nationalität, Gesellschaft, Volkswirtschaft, Koloniale Probleme, Völkerbund, Abrüstung, Religiöse Probleme, Erziehung und Presse, Politische Probleme und Zusammenarbeit der Jugendlichen behandeln sollen. Jedem Ausschuss sind bestimmte Fragen vorgelegt worden. Der Arbeitsausschuss wird die Fragen bearbeiten, ob Abrüstung notwendig und wünschenswert ist, und ob man 1. teilweise oder völlige Abrüstung, 2. allgemeine oder einseitige Abrüstung und 3. individuelle Abrüstung durch Verweigerung der militärischen Dienstpflicht vertreten soll. Dem Ausschuss für religiöse Probleme wurde die Frage unterbreitet, wie die Religion zu einer Sanktion für den Weltfrieden werden könnte.

Die Zahl der Kongressteilnehmer beträgt 500 wovon 325 aus Europa, 100 aus Amerika und 75 aus den Fernen Osten entsenden.

Offensive der amerikanischen Imperialisten

TU London, 16. August.

Wie der Washingtoner Times-Korrespondent von unterrichteter Seite erfährt, hat die amerikanische Regierung die Absicht, der ägyptischen Regierung baldigt den Entwurf eines amerikanischen-Schiedsgerichtsvertrages zu übermitteln. Der amerikanische Schritt in Kairo soll erfolgen, sobald der neue amerikanische Gesandte sich mit den Behörden vertraut gemacht hat. Der Vertragsentwurf wird im wesentlichen mit dem amerikanisch-italienischen Vertrag übereinstimmen.

Notizen

Dr. Rühl im Vorstand des Reichsstadtebundes. Nachdem der bisherige demokratische Landtagsabgeordnete Bankdirektor Wiglow infolge seines Ausscheidens aus dem Preussischen Landtage seine Mitgliedschaft im Gesamtverband des Reichsstadtebundes niedergelegt hat, ist an seiner Stelle der Reichstagsabgeordnete Reichsminister a. D. Dr. Rühl-Dresden in den Gesamtverband gewählt worden.

Nach Meldungen aus Washington ist im amerikanischen Staatsdepartement am Donnerstag durch Staatssekretär Kellogg und den österreichischen Gesandten Edgar Prochnik der amerikanisch-österreichische Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Kurt Günther in Leipzig.

Verantwortlich für den Inhaltsteil:

Hugo Seyditz in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!

Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Über 5000 Ärzte erkennen die hervorragende Wirkung des Togonal.

Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis Mk. 1.40.

(48 Chm. 12,6 Lith. 74,8 Acid. acot. sat. ad 100 Amyl.)

Für die Abonnenten von V.-Schönfeld und Umgebung liegt der heutigen Nummer ein Handzettel vom Mäner- und Gewerkschaften Chor-Hoffnung bei, den wir besonderer Beachtung empfehlen.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Gewaltige Umsätze beweisen billigste Preise!

Unser Sonderangebot dieser Woche!

Kinder-Spangenschuhe schwarz Rindbox, breite, bequeme Form, für die Schule 31, 35, 39, 43	Kinder-Sandaletten durchlässig, leicht und bequem, in rot und blau für die Schule 31, 35, 39, 43
Damen-Spangenschuhe schwarz R'Chevr. Block- sohle z. sehr solid schöne moderne Form, alle Größen	Herren-Halbschuh braun Rindbox, weiß gedoppelt, schöner Straßenschuh, solid und fest Größe 40/46
Lack mit Block- und L.-XV.- Absatz, moderne bequeme Form alle Größen	Herren-Stiefel schwarz Rindbox, genagelt, mit Doppelsohle, solide Verarbeitung, bequeme Form Größe 40/46 nur
Frau m. L.-XV.-Absatz , schöne moderne Form, gediegene Verarbeitung, alle Größen	Eine Gelegenheit!

Schwarzschuhhaus

Königsberg

Leipzig und Halle

Verkaufsstellen: Königsplatz 7, Täubchenweg 18, Kolonnenstr. 32
Hallisches Tor (gegenüber Maßhaus Union), Kleinzschocher, Dieskaustraße 21

Total-Ausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe - - Um schnell zu räumen

Preise nochmals herabgesetzt!

Damen-Mäntel, -Kostüme, Herren-Anzüge, Mäntel, Sport-Anzüge, Hosen Burschen- u. Knaben-Anzüge Imprägnierte Leinen-Anzüge Windjacken. Mädchen - Mäntel etc.

Alfred Hermsdorf
Grimmaischer Steinweg 8, I

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Vau Leipzig Tel. 198 44
Geschäftsstelle: Leipzig, Gellertstraße 7/8.

Ortsverein Leipzig, Abteilung bis VII. Sonntag, den 19. Aug. 1928, vormittags 7.30 Uhr: Stellen mit Handwerkszeug zur Pflichtarbeit auf dem Sportplatz am Bismarck-Erntedankfest.

Solide **Möbel**

aller Art, aus eigener Fabrik
Matratzen, Sofas
Kinderwagen, Decken
Auf Teilzahlung!

FR. GRODZINSKI
Petersstraße 30, I,
gegenüber ALTHOFF
Hutmüllerhaus

Nähmaschinen
zu denkbar günst. Zahlungsbedingungen
Köhler-Nähmaschinen GmbH.
Passage Specks Hof, Laden 40, Eingang von der Nikolaistraße

Familien-Nachrichten

Nach langem, schwerem Leiden entschlief unsre

Annelies Tauschke

Noch können wir es nicht fassen, daß sie von uns gegangen ist. Ihre schlichte Art und ihr sonniges Wesen werden uns unvergessen bleiben.
Leipzig, am 16. August 1928.

Das Jugendorchester Leipzig-Ost.

Sämtliche **Restaurations-Bureau- und Garten-Möbel** für Gewerkschaften, Volkshäuser und Turnerhelme liefert

Wilh. Hertlein
Leipzig
Gottschedstraße 19

Nach einem arbeitsreichen Leben und mit großer Geduld ertragenem Leiden entschlief heute vormittag 1/2 12 Uhr im Alter von 53 Jahren und einem Tag meine liebe gute Frau, die Gastwirtschefrau

Amalie Auguste Schmid

geborene Bretschneider
In tiefster Trauer
Otto Schmidt, zugleich im Namen der Hinterbliebenen
Leipzig, C. I. Katharinenstraße 19, am 16. August 1928

Die Beerdigung findet Montag, nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Kapelle des Lindener Friedhofes aus statt. Es wird gebeten, freundl. zugeordnete Blumenspenden in der Beerdig.-Anst. „Pietät“, Matthäikirchhof 28, niederzulegen.

Bekanntmachung

zur Regelung des Verkehrs während der Herbstmesse 1928.

A. Technische Messe.

I

Von Sonnabend, den 25. August bis mit Sonnabend, den 1. September, werden von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags für den Verkehr mit Personenkraftfahrzeugen gelehrt:

- der Grimmaische Steinweg in der Richtung vom Augustusplatz zum Johannsplatz;
- die Reichenhainer Straße zwischen Ostplatz und Kiebedstraße in dieser Richtung.

II

Von Sonnabend, den 25. August, bis mit Sonnabend, den 1. September, haben von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags alle Fahrzeuge auf dem Grimmaischen Steinweg und in der Reichenhainer Straße, zwischen dem Friedhofsweg und der Kiebedstraße, sowie die Reichenhainer Straße nach Ziff. III nicht nur besonderen Fahrbeschränkungen unterworfen ist, in der Reihe zu fahren, und zwar bekannte Fußwege, Radfahrer und Handwagen (sogar rechts und Straßenzüge mehr nach der Straßennitte zu).

Das Überholen von Fahrzeugen der gleichen Art ist verboten.

Fahrzeuge aller Art dürfen auf dem Grimmaischen Steinweg nur so lange halten, als unbedingt zum Ein- oder Aussteigen von Fahrern oder zum Ent- und Beladen erforderlich ist.

III

Von Sonntag, den 26. August bis mit Mittwoch, den 29. August, wird die Reichenhainer Straße zwischen der Kiebedstraße und dem Friedhofsweg und die Philipp-Rosenthal-Straße zwischen der Karl-Stigismund-Str. und Reichenhainer Str. in südlicher Fahrtrichtung von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags und in nördlicher Fahrtrichtung von 4 bis 7 Uhr nachmittags für den gesamten Durchgangsverkehr mit Ausnahme der Anfahrts am Partplatz am Völkerschlachtdenkmal gelehrt.

IV

Die Anfahrts an der Technischen Messe hat zu erfolgen:

- Für Privatfahrzeuge:**
 - für aus der inneren Stadt kommende Privatfahrzeuge an den Eingängen in der Reichenhainer Straße und in der Straße des 18. Oktober.
 - Zur Anfahrts vom Hauptbahnhof und aus der inneren Stadt sind zu benutzen die Georgiring oder die Goethestraße, die Fahrbahn vor dem Museum, der Köhler-, die König-, Stephan-, Viebin-, Vinnéstraße und Straße des 18. Oktober bzw. Philipp-Rosenthal-Straße. Die Anfahrtsstraßen sind durch gelbe Schilder mit schwarzer Aufschrift kenntlich gemacht;
 - für die aus der Südvorstadt und aus der Preußenstraße kommenden Privatfahrzeuge auf dem Partplatz am Völkerschlachtdenkmal.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Kaiserin-Augusta-Straße gelehrt ist, so daß zur Anfahrts die Meusdorfer Straße benutzt werden muß.

- Für Kraft- und Pferdewagen:**

Am Eingang an der Straße des 18. Oktober oder durch das Gut Thonberg leittlich des Einganges in der Reichenhainer Straße. Für die Anfahrts vom Hauptbahnhof und aus der inneren Stadt sind die unter Ziff. I a Abs. 2 angegebenen Straßen zu benutzen.

 - Als Kraftwagenshallenplatz wird der südliche Teil der Straße des 18. Oktober zwischen Bismarck- und Ausstellungsgegend gelehrt. Der Platz ist durch Tafeln gekennzeichnet;
 - als weiterer Kraftwagenshallenplatz wird der Platz im Gute Thonberg bestimmt.

Die unter 2 angeführten Hallenplätze dürfen nur von Kraft- und Pferdewagen befahren werden.

V

Alles Parken in der Straße des 18. Oktober westlich des Ausstellungsgegendes, Steiner- und Tiroler Straße ist verboten.

VI

Die Omnibusse der Großen Leipziger Straßenbahn halten in der Karl-Stigismund-Straße und zwar in der Mitte der Straße, Linien Nr. 6. Die Karl-Stigismund-Straße zwischen der Straße des 18. Oktober und Philipp-Rosenthal-Straße wird für jeden üblichen Fahrverkehr gelehrt.

VII

Personenfahrzeuge ist von Sonntag, den 26. August bis mit Sonnabend, den 1. September von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags verboten:

vor den Eingängen an der Straße des 18. Oktober u. der Reichenhainer Str. außer zum Abiegen der Fahrgäste zu halten;

in der Straße des 18. Oktober von ihrer Teilung vor der Deutschen Bäckerei bis zum Eingang in das Ausstellungsgegend, in der Karl-Stigismund-Straße von dem genannten Ausstellungsgegend bis zur Philipp-Rosenthal-Straße, in der Philipp-Rosenthal-Straße zwischen Karl-Stigismund-Straße und Reichenhainer Straße und in der Reichenhainer Straße von der Philipp-Rosenthal-Straße bis zum Friedhofsweg zu parken, unbeschadet der unter Ziffer IV getroffenen Regelung für Kraft- und Pferdewagen;

in der Reichenhainer Straße zwischen Philipp-Rosenthal-Straße und Friedhofsweg zu wenden.

Das Wenden hat auf der Reichenhainer Straße an der Einmündung des Friedhofsweges zu erfolgen.

Zum Zwecke des Parkens ist sofort nach dem Abiegen der Fahrgäste an den oben genannten Eingängen der Partplatz am Völkerschlachtdenkmal aufzusuchen. Die Fahrt nach ihm erfolgt durch die Reichenhainer Straße und den Fried-

hofsweg. Die Auffassung auf dem Partplatz, das Verbleiben des Fahrzeuges auf dem Partplatz und ihre Abfahrt regelt das Besondere. Den diesbezüglichen Anweisungen der Angeleiteten des Reichsamtes ist Folge zu leisten.

VIII

Die Rückfahrt vom Eingang in der Reichenhainer Straße und vom Partplatz am Völkerschlachtdenkmal hat von Sonntag, den 26. August, bis mit Mittwoch, den 29. August, in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags durch die Güntz-, Stötter-, Kiebed- und Oststraße zu erfolgen. Im übrigen hat die Rückfahrt nach der inneren Stadt über die Reichenhainer, Ostplatz-, Stephan- und Königstraße oder die Philipp-Rosenthal-Straße und die Straße des 18. Oktober zu erfolgen und sodann unter Benutzung des für die Anfahrts unter Ziffer IV a vorangezeichneten Weges.

Die Abfahrts von Kraft- und Pferdewagen von dem Halteplatz am Eingang in der Reichenhainer Straße hat ausschließlich durch das Gut Thonberg zu erfolgen.

B. Innere Stadt.

I

Von Sonnabend, den 25. August, bis mit Mittwoch, den 29. August, sind von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags für den Verkehr mit Personenkraftfahrzeugen gelehrt:

- die Petersstraße und die Grimmaische Straße in beiden Richtungen;
- die südliche Fahrbahn des Marktes in der Richtung nach der Grimmaischen Straße.

Ausgenommen sind Personenkraftwagen, die zur Beförderung schwer erkrankter oder verletzter Personen oder zur Mitbeförderung armerer Menschen und anderer Reisegesellschaften, bzw. auf vorher ergangene Bestellung diesen Zwecken dienen sollen.

II

Während der unter I genannten Tage darf die Thomasingasse von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags von Personenkraftwagen nur in Schrittschwindigkeit und in der Reihe befahren werden.

III

Während der unter I genannten Tage ist von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags das Befahren der Grimmaischen Straße und der Petersstraße mit unbesetzten Pferdewagen verboten. Unbesetzte Pferdewagen, die nach einer der beiden Straßen bestellt sind oder dort Fahrgäste absetzen haben, dürfen diese Straßen nur soweit unbedingt nötig benutzen.

IV

Während der unter I genannten Tage ist der Neumarkt von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags für den durchgehenden Fahrverkehr gelehrt.

V

Von Sonnabend, den 25. August, bis mit Sonnabend, den 1. September, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags ist unterlagt:

- der durchgehende Fahrverkehr in der Petersstraße, Hauptstraße, auf dem Peterskirchhof und in der Magazingasse;
- der übrige Fahrverkehr in der Petersstraße und Hauptstraße in der Richtung vom Köhlerplatz nach dem Brühl;
- die Kutschfahrt in allen innerhalb des Brommendorfer Ringes gelegenen Straßen;
- das Durchfahren der Petersstraße, Grimmaischen Straße, Hauptstraße, Kiebedstraße und des Neumarktes mit Kinderwagen.

VI

Inmitten eines beengenden Verkehrs, wie beim Zutreffen einer größeren Anzahl von Fußgängern oder Wagen, sowie beim Fahren über stark belebte Straßenkreuzungen darf nur langsam, bzw. im Schritt gefahren werden, nötigenfalls ist anzuhalten.

VII

Zum Verkauf bestimmte oder als Mehrzweck dienende Kraftfahrzeuge dürfen nur mit Genehmigung des Wohlfahrtskommissars auf den Straßen und Plätzen der Stadt aufgestellt werden.

Die Vorführung der als Mehrzweck dienenden Kraftfahrzeuge hat ausschließlich auf dem Gelände der Technischen Messe unter Beachtung der hierfür von der Leipziger Messe- und Ausstellungs-Aktiengesellschaft erlassenen Vorschriften zu erfolgen.

VIII

Der Umzug der Plakatträger und der Reklamewagen wird verwehrt auf den Peterskirchhof, die Petersstraße, das Preußergäßchen, den Neumarkt, das Gewandgäßchen, die Unioeritätsstraße, die Schillerstraße, den Neumarkt zurück zum Peterskirchhof.

Das Ausruhen ist den Plakatträgern im allgemeinen nur auf der Südseite des Peterskirchhofes gestattet. Einzelnen Gruppen wird zu diesem Zwecke die Magazingasse von den Aufsichtsbekannteten besonders zugewiesen werden.

Bei dem Ausruhen müssen Fußwege, Gehsteige und Grundstücke, sowie Schaufenster freigehalten werden.

Das zweifache Stehenbleiben Schaulustiger auf den Fußwegen des Peterskirchhofes und der Magazingasse wird verboten.

Im übrigen wird auf die besondere, die Teilnahme an dem Plakatträgerumzug regelnde Bekanntmachung des Rates der Stadt Leipzig hingewiesen.

IX

Von Sonntag, den 26. August bis mit Donnerstag, den 30. August, wird das Parken von Personenkraftfahrzeugen auf dem Peterskirchhof, im Preußergäßchen, Gewandgäßchen und auf der Fahrbahn vor dem Museum verboten.

X

Als Partplatz für Personenkraftfahrzeuge wird von Sonntag, den 26. August, bis mit Sonntag, den 2. September, bis 7 Uhr nachm., der Teil des Augustusplatzes vor dem neuen Theater bestimmt.

derselben zwischen den drei Fahnenmästen und den zwei Lichtmästen befindet. Anfahrts von der Goethestraße - Abfahrt Richtung Volktra. Das Kreuzen des Fußweges vor dem neuen Theater darf nur in Schrittschwindigkeit erfolgen.

C. Besondere Umleitungen des Verkehrs.

Von Sonntag, den 26. August bis mit Mittwoch, den 29. August, wird der gesamte Fahrverkehr in der Richtung aus der inneren Stadt nach Probstzella-Borna-Grimma und umgekehrt durch die Ost-, Kiebed-, Stötter- und Schönbachstraße und von der Dresdener Straße in der Richtung nach dem Hauptbahnhof durch die Salomon-, Dörrien-, Gellertstraße und von der Hospitalstraße in der Richtung nach dem Augustusplatz und dem Hauptbahnhof durch die Stephanstraße, Königstraße und den Georgiring umgeleitet. Die Umleitung ist durch gelbe Schilder mit schwarzer Aufschrift kenntlich gemacht.

D. Strafbestimmungen.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden nach § 30 der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 18. März 1928, verbunden mit § 21 des Reichsgesetzes vom 3. 5. 1909 bzw. nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bestraft.
V. R. II 3396

Leipzig, den 15. August 1928
Das Polizeipräsidium.

Bekanntmachung.

Der Fuß- und Radfahrer zwischen der Joppenstraße und der Magister Straße sowie das auf der westlichen Seite des Hauptplatzes zwischen der Frankfurter Straße und dem sogenannten Waisenmehrfeld gelegene Gelände, einschließlich des dort am Hochflutboden entlangführenden Fußweges werden anlässlich der am Sonntag, den 19. August 1928, stattfindenden Auerregatta von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags für allen Verkehr gelehrt.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden, sofern nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine härtere Strafe verurteilt ist, nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
Leipzig, den 15. August 1928.
V. R. II 3449 **Das Polizeipräsidium.**

Polizeistunde betr.

Anlässlich des Rot-Frontkämpfer-Treffens wird für Fuß- und Schrittwagen die Polizeistunde für die Nacht vom 18. zum 19. August d. J. aufgehoben.

Für Kantinenwirtschaften gilt diese Regelung nicht.

Die für Musikdarbietungen allgemein auf 11 Uhr bzw. auf 12 Uhr festgesetzte Schlußstunde bleibt bestehen.
Leipzig, den 16. August 1928.
L. R. 1895 **Das Polizeipräsidium.**

Krankenpflegerin

zum baldigen Antritt zur Durchführung der städtischen Krankenpflege und Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege sucht:

Bedingung: Kaatliche Prüfung als Krankenpflegerin, Erfahrung und Fortbildung in der Wohlfahrtspflege. Anstellung erfolgt auf Privatdienstvertrag nach Gruppe 17 der Kaatlichen Besoldungsordnung. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften umgeben, spätestens bis 25. August 1928 erbeten.
Stadttrat Taucha, Bez. Leipzig.

Seehäulen

Für die etwa 5 Wochen dauernden Plasterarbeiten in der Hauptstraße wird aller durchgehender Fahrverkehr ab 16. August d. J. gelehrt.
Seehäulen, den 15. August 1928.
Der Bürgermeister.
Fischer.

Gemeindeparkaffen.

Böhlitz-Ehrenberg
Engelsdorf-Mölkau
Eythra
Gautzsch
Knauthain-Knauffseeberg
Lindenthal
Oetzsch-Markleeberg
Thekla
Wiederitzsch

5% für tägliches Geld
6% bei vierwöchiger Rindtauna
7% bei vierteljährlicher Rindtauna.
Rückzahlung auf aufgewertete Spareinlagen erfolgen nach Maßstäben.

Gute Druckerarbeiten

von der einfachsten bis zur modernsten, geschmackvollsten Ausführung in ein- sowie mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Private und Behörden, Handel und Gewerbe, auch Massenaufgaben (im Flachdruck und im Rotationsbetrieb hergestellt), bei äußerst billigster Preisberechnung

Leipziger Buchdruckerei AG
Friedrichstraße 19/21
Fernsprecher Nr. 726 06

Typhus in Potsdam

SPD Berlin, 17. August. (Radio.)

Die Zahl der Typhuskranken in Potsdam und Umgebung hat sich inzwischen auf 22 erhöht, darunter befinden sich einige Fälle, in denen nur Typhusverdacht vorliegt.

Der Segelflug durch Europa

SPD Berlin, 16. August.

Der bekannte Sport- und Segelflieger Diplomingenieur Artur Martens ist am Donnerstagvormittag kurz nach neun Uhr mit dem Segelflugzeug „Ma“ auf dem Tempelhofer Feld zu einem Rundflug durch Europa gestartet; er traf um 12 Uhr 15 Minuten auf dem Flughafen in Hannover ein und setzte von dort die Fahrt nach Köln fort. Der Flug soll in erster Linie sportlichen Aufgaben dienen, gleichzeitig soll die Reise aber eine Werbefahrt für die vom 7. bis 28. Oktober auf dem Berliner Messegelände stattfindende „Internationale Luftfahrt-Ausstellung Berlin 1928“ (Ma) darstellen. Der Pilot Martens ist durch zahlreiche Sports- und Segelflüge bekannt geworden, er hat manchen Rekord auf seinen Flügen erzielt. Mit seinem jetzigen Flug will er gleichzeitig einen Landstrecken-Rekord für Kleinflugzeuge aufstellen. Die von ihm benutzte Maschine ist ein zweiflügeliges Sportflugzeug, das mit einem 35-PS-Argoni-Motor ausgerüstet ist. Sie wiegt 280 Kilogramm, und kann mit zwei Mann Besatzung eine Geschwindigkeit von 120 Stundenkilometern erzielen. Als Begleiter hat Martens seinen ehemaligen Kriegspilgerkameraden, den Piloten Weber, mitgenommen. Die zurückzulegende Gesamtstrecke beträgt rund 13 000 Kilometer.

Der Europaflug soll zunächst von Köln über Paris nach London, dann zurück nach Brüssel, Amsterdam und über Lissabon nach Königsberg vor sich gehen. Von Königsberg will Martens nach Breslau, Wien bis Budapest fliegen. Dann soll es nach Triest, Venedig, Rom, Mailand, Nizza, Marseille, Barcelona, Madrid gehen. Von Madrid soll die Flugbahn zurück nach Bordeaux, Lyon, Genf, Zürich über Deutschland bis Hamburg führen. Von Hamburg wollen die Piloten Kopenhagen, Oslo, Stockholm, Helsinki, Abo, Smolensk und Moskau anfliegen. Von Moskau erfolgt dann der Rückflug nach Deutschland.

Martens und Weber haben als Werbematerial Prospekte der „Ma“ in den Hauptwellsprachen mitgenommen. Der Apparat ist mit dem Propagandaplakat der Ausstellung mehrfach überklebt. Auf dem Seitenflügel steht neben dem Namen Martens und dem Heimathafen der Maschine die Aufschrift: „Jeder einmal in Berlin“.

Eisenbahnunglück in Südschweden

Bisher 20 Tote geborgen

U Belgrad, 16. August.

Auf der Strecke Nis—Stopsje entgleiste am Donnerstagmorgen infolge Gleisbruchs ein Personenzug und stürzte über die Böschung ab. 13 Wagen wurden zertrümmert. Nach den ersten Meldungen sind über 100 Personen teils getötet, teils schwer verletzt unter den Trümmern begraben worden. Nach den letzten Berichten wurden bereits 20 Tote und 30 Schwerverletzte geborgen.

Wie weiter gemeldet wird, ereigneten sich im jugoslawischen Eisenbahnwesen innerhalb der letzten 24 Stunden noch zwei weitere schwere Unfälle. So explodierte der Dampfessel der Lokomotive eines Schnellzuges, der von Belgrad nach Nis unterwegs war, als man eine neue Kohlenart ausprobierte. Der Lokomotivführer und ein höherer Eisenbahnbeamter wurden getötet, 2 Beamte lebensgefährlich verletzt. Bei Stopsje entgleiste ferner am Donnerstag eine Eisenbahnlokomotive und stürzte um. Vier Eisenbahnbeamte wurden schwer verletzt.

Ein Dampfer auf Grund gelaufen

U New York, 16. August.

In der Nähe von Kap San Lazaro (Kalifornien) ist der Postdampfer Ecuador mit 200 Personen an Bord auf Grund gelaufen. Mehrere Schiffe sind zur Hilfeleistung unterwegs.

Eine norwegische Munitionsfabrik in die Luft geschoßen. Am Donnerstagvormittag brach in der Armeemunitions- und Waffenfabrik bei Kongsberg ein Brand aus, der zu einer Explosion großer Munitionsvorräte führte. Etwa 20 000 Granaten sowie Benzin- und Schwefeltrichter flogen in die Luft. Mehrere Gebäude wurden völlig zerstört. Drei Arbeiter sind verletzt worden.

Der ungetreue Bankier. Der dieser Tage in Budapest verhaftete Berliner Bankier Rudolf Carbone hat auch in Berlin zahlreiche Geschäftsleute und Kapitalisten geschädigt. Carbone ist der Sohn eines Elektrotechnikers, der u. a. eine neuartige elektrische Bogenlampe erfunden hatte, und dessen zahlreiche Erfindungen auf elektrotechnischem Gebiet von großen Firmen angekauft worden waren. Der junge Carbone gab vor, daß er Kapitalisten zur Verwendung der Erfindungen seines verstorbenen Vaters suchte. Zahlreiche Gutgläubige ließen sich durch den in Aussicht gestellten hohen Gewinn zur Herabgabe größerer Gelder bewegen. Carbone hatte zahlreiche Helfer, die für ihn auf die Geldsumme gingen. Der Schwindler verbrauchte die ergaunerten Gelder für sich.

Wesiger Waldbrand im Baikalschicht. Im Baikalschicht in Sibirien wütet seit zwei Wochen ein riesiger Waldbrand. Alle Versuche, das Feuer zu lokalisieren, sind erfolglos geblieben. Der Brand hat sich viele Kilometer weit verbreitet.

Ein weiblicher Domela

Das honette Bürgertum wieder mal großzügig angeschmiert!

Eine niedliche Hochkapler-Geschichte hat sich im Laufe der vergangenen Monate in Bad Ems abgespielt; sie hat die beteiligten Einwohner dieses exklusiven Weltbädchens um rund zwöfstausend Emmchen gebracht. Eine „Adlige“, „augenblicklich“ etwas „in Verlegenheit“, erlucht den Herrn X. und die Frau Y. sowie einige andere Spieler von gleicher Güte „um die Liebeshörigkeit...“ und X. wie Y. kommen selbstverständlich „höchst geschmeichelt“ und „mit dem größten Vergnügen“ dieser Bitte nach! Hinterher freilich, wenn sie zu bemerken nicht umhin können, daß sie gründlichst angeschmiert worden sind, stellen sie es dann stets mit Vorliebe und Ungeschick so dar, als ob „die betreffende Person“, d. h. die sich zu einer „ganz gewöhnlichen Bürgerlichen“ verputzt habende Gräfin, besonders gerissen, über alle Maßen „raffiniert“ gewesen sei. Es gibt halt niemand gern zu, daß er ein Quadratesel und Abgottsbild ist und fürs ganze Leben zu bleiben gedent!

Die „ordinäre Person“, die in diesem Falle so ordinär war, daß sie einer echten Gräfin „zum Verwechseln ähnlich sah“, erschien eines Tages in Begleitung ihres „Prinzipalrates“, vermutlich eines approbierten Handlungsgehilfen, in einer feudalen Kurpension Bad Ems und mietete sich ein. Mit Hochachtung und dadurch renoviertem Selbstbewußtsein las der Inhaber auf dem polizeilichen Meldebettel, daß er der Ehre teilhaftig geworden war, die „verwitwete Marianne von Kintowström, geb. von Kintowström aus Hasenpöth in Rurland“ zu beherbergen. Nun galt es, sich dieser seltenen Auszeichnung würdig zu erweisen, und die Gelegenheit dazu kam bald! „Unbegreiflicher Weise“ war nämlich das „längst erwartete Geld“ immer noch nicht eingetroffen, und so

mußte die Gräfin „wohl oder übel“ bei ihrem Gastgeber um Kredit ersuchen. Kein Gott, es war sehr peinlich, aber der Mensch kann manchmal in die merkwürdigsten Lagen geraten. Jedenfalls begriff Herr X. sofort, daß er sich keinen Ruf als Kavaliere für ewig verhängen würde, wenn er die lumpigen viertausend Mark, auf die die Rechnung langsam angewachsen war, nicht fundete. Und so stundete er mit einer Routine, als ob er in seinem ganzen Dasein nichts anderes getan hätte.

Inzwischen hatten auch andere Einwohner des Kurortes an die achttausend Emmchen auf dem Altar ihrer Spieler-Vorniertheit geopfert. Sie freuten sich über die Ehre, einer „richtiggehenden Adligen“ mal helfen zu dürfen, und außerdem über die Aussicht auf eine stattliche Belohnung, wenn erst der kurländische Zister angekommen sein würde. Eines Tages war jedoch die Gräfin verschwunden, wirklich verschwunden, und in weniger als vierundzwanzig Stunden verwandelte sich die „vornehme, elegante Dame aus altem Hause“ in den angstlichen Gemütern ihrer bislangigen Anbeter zu einer „Person“, ja hier und da sogar zu einer „Schlampe“ und verglichen mehr. Mit verständlichem Entsetzen erschauern schließlich all die Esel dieses Kaffs, daß sie devot zu Füßen der zweiundvierzigjährigen Schusterstochter Mariechen Basenitzowki aus Stettin in Verehrung erstarben waren!

Nun bemühte sich die Kriminalpolizei mit Geheiß im Herzen um die Bekanntschaft „von die Dame, wo ne Fräsin sein will un nich is“ und erreichte schließlich auch ihr Ziel; man traf sich unter den Linden, besuchte zwecks besserer Unterhaltung ein stadtbekanntes Lokal; das Polizeipräsidium „und stellte freudig bemerkt fest, daß man sich schon seit langem kannte, aber — leider nur selten gesehen hatte. Es ergab sich des weiteren, daß Mariechen inzwischen auch in Berlin erfolgreich um die Hebung der Intelligenz ihrer Mitmenschen bemüht gewesen war, indem sie einer ihr bis dahin völlig unbekanntem Ingenieurin fünfshundert Emmchen abknöpfte, die bereitwillig glaubte, die illegitime Tochter eines Prinzen (Discretion Ehrenfache!) vor sich zu haben. Auch ein Hotelportier besah hundertundsechzig Mark, mit denen er nichts Besseres anzufangen wußte, als sie der „Gräfin“ zu pumpen.

Wohlgut, daß es von jener Sorte, die nicht alle wird, so viele und größtenteils auch wohlkultivierte Exemplare gibt! Wie sollten sonst die Intelligenzler den überflüssigen Mammon solcher vor jedem „von“ in Ehrfurcht erstarbenden Spieler in ihre eigene Tasche bestücken?! —

Ein Transozeanflug

SPD Berlin, 17. August. (Radio.)

Die amerikanischen Flieger Vert Haffel und Parker Cramer sind am Donnerstag, gegen 1 Uhr mittags, mit dem Flugzeug Greater Rockford zu einem Atlantikflug mit dem Ziel Schweden aufgestiegen. Der Abflug erfolgte von Rockford in Illinois aus.

Greater Rockford hat inzwischen seine ersten beiden Etappen zurückgelegt. Die Besatzung des Flugzeuges hofft, bis Sonnabend Grönland zu erreichen.

Magens Stellvertreter

SPD Zürich, 16. August.

In der nächsten Zeit wird die Züricher Gerichte ein Prozeß beschließen, dessen Thema schon heute bei allen „unmoralischen“ Leuten der Schweiz große Heiterkeit erregt. In einem Orte des Kantons Zürich hatte eine 19jährige Braut im lieblichen Kämmerlein Besuch durchs Fenster erhalten. Sie küßte dem nicht einmal als Silhouette deutlich erkennbaren Gast zu: „Bist du's, Mag?" und erhielt eine undeutliche Antwort, die sie als

Achtung, Zimmerer!

Die Wahl des ersten Vorsitzenden findet nicht am 17., sondern Sonnabend, den 18. August, in der Zeit von 17 bis 21 Uhr statt.

Pflicht eines jeden ist es, sich an der Wahl zu beteiligen. Jeder, dem das Gedeihen seines Verbandes am Herzen liegt, wählt morgen Kamerad

Gustav Morgenstern

Bejahung aussah. Das nun beginnende Vergnügen dauerte bis zum Morgenrauen. Als sich dann der nächtliche Freier entfernen wollte, erkannte die aus dem siebenten Himmel gefallene Braut, daß der Liebhaber nicht „der geliebte Mag“, sondern ein Nachbar war, der sich ein Schächerstündchen erkauft hatte. Die so arg betäubte reichte gegen den unerwünschten Stellvertreter Klage wegen Betruges „in einem 600 Franken übersteigenden Betrage“ ein. Der Sünder ist von der Staatsanwaltschaft wegen Fluchtverdachts in Haft genommen worden und sieht nun seiner Aburteilung entgegen.

Schiffstaupe der Bremen

Nach treudeutscher Art

SPD Bremen, 16. August.

Die Schiffstaupe der „Bremen“, die am Donnerstag vom Reichspräsidenten Hindenburg in Bremen vorgenommen wurde, war ein Ereignis für die ganze Stadt Bremen. Jung und Alt war auf den Weiden trotz des schlechten Wetters, das erst im letzten Augenblick der Sonne wieder den Weg freigab. Die ganze Stadt war festlich beflaggt und stand im Banne des Festes des Norddeutschen Lloyd, dessen Heimat Bremen ist. Tausende wanderten die Bremerhavener Straße hinaus zur Werft.

Der Reichspräsident, der stürmisch begrüßt wurde, feierte den Stapellauf als ein Zeichen des Wiederaufstieges Deutschlands und vor allem der deutschen Schifffahrt, als Triumph deutscher Arbeitskraft. Mit Nachdruck versicherte von Hindenburg, es sei ihm ein lebhaftes Bedürfnis, allen, die am Zustandekommen des stolzen Schiffes beigetragen haben — den Reedern, den Ingenieuren und den Arbeitern im Namen des Reiches auf das wärmste zu danken. Die Aufgabe der „Bremen“ sei, draußen in der Welt im friedlichen Wettbewerb Achtung und Respekt vor dem deutschen Namen zu werden und zur Befriedung und Verständigung mit den Völkern jenseits des Ozeans beizutragen. Mit diesem Wunsch taufte Hindenburg das stolze Schiff. Unter den Klängen des Deutschlandliedes, dem Geheul der Sirenen und den taufendfachen Jubelrufen rollte die „Bremen“ dann die Weser hinunter.

Verhaftung eines Fememörders

WB berichtet: Der in der Fememordfache Bannier von der Staatsanwaltschaft gesuchte Leutnant a. D. Warrnick, der im Jahre 1923 nach Guatemala gegangen war, hat sich, wie eine Korrespondenz meldet, nach dem Erlaß des Amnestiegesetzes an den deutschen Konsul in Guatemala gewandt und die Mitteilung erhalten, daß durch die Amnestie auch seine Verfolgung niedergelegt sei. Darauf habe sich Warrnick entschlossen, nach Deutschland zu reisen. Er fuhr mit einem holländischen Schiff, das in Amsterdam anlegen sollte. Das auswärtige Amt, so berichtet die Korrespondenz weiter, habe an die holländische Regierung die Bitte gerichtet, Warrnick zu verhaften und an Deutschland auszuliefern. Wenige Stunden vor der Landung in Amsterdam sei Warrnick von dem Kapitän des holländischen Schiffes fest genommen und im Hafen der Polizei übergeben worden. Warrnick soll in Amsterdam in Haft bleiben, bis das Reichsjustizministerium eine endgültige Entscheidung gefällt haben wird, ob die Amnestie auf ihn Anwendung findet.

Weit herabgesetzte Preise

Herren-Sakko-Anzüge — Sport-Anzüge — Ulster

Jetzt Mk. 18.- 24.- 29.- 34.- 39.- 44.- 49.- 54.- 59.- 64.- 69.- 74.- 79.-

Curami-Mäntel 12⁰⁰ bis 39⁰⁰

Wind-Jacken ... 4⁰⁰ bis 23⁰⁰

Herren-Hosen ... 2⁰⁰ bis 19⁰⁰

Leipzig, Roßplatz 1

Friedrich Treumann

Knaben-Anzüge 4⁰⁰ bis 23⁰⁰

Leibchen-Hosen 1⁰⁰ bis 3⁰⁰

Supplimit. Leder-Hosen ... 3²⁵ bis 7⁷⁵

neben der Markthalle

Verkehrsbund zum Schlichtungswesen

Das republikanische Beamtenrecht

1. II. Freitag vormittags erfolgte eine kurze Debatte über das Referat des Genossen Körpel, die sich im wesentlichen um die Frage des Schlichtungswesens drehte. Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Körpel wurde eine Resolution gegen eine Anzahl Stimmen angenommen, von der wir Punkt 2 wiedergeben:

„Durch die Verbindlichkeitsklärung hat der demokratische Staat die Aufgabe übernommen, den Parteien Hilfe bei dem Abschluss von Tarifverträgen zu leisten. Diese Aufgabe kann nur darin bestehen, daß die Sozialinteressen und die Allgemeininteressen gewahrt werden. Hiernach kann ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung bei vorliegenden Sozialinteressen nur von den Gewerkschaften gestellt werden, nur beim Vorliegen von Allgemeininteressen ist die Einleitung eines derartigen Verfahrens von Amts wegen zulässig.“

Zweifelsohne bringt dieser Vorschlag, der von Körpel formuliert und begründet wurde, eine geringfügige Besserung der bestehenden Verhältnisse — wenn er Gesetz werden würde. Trotzdem halten wir ihn allerdings in seinen praktischen Auswirkungen für nicht wesentlich vorteilhafter als die bestehende Schlichtungspraxis. Die Entscheidung, ob „Sozialinteressen“ (ein sehr behabarter Begriff) vorliegen, würde ja nach wie vor den Schlichtern überlassen bleiben, und die Forderung dieser „Sozialinteressen“ — wie bisher — die Verbindlichkeitsklärung der für die Arbeiterschaft günstigen Schiedsprüche verhindern! Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß das „Vorliegen von Allgemeininteressen“ gerade dann angenommen wird, wenn ein Schiedspruch den Unternehmern günstig ist, mit dem einzigen Unterschied, daß jetzt die Unternehmer selbst die Verbindlichkeitsklärung beantragen, und nach dem körpelschen Vorschlag „die Einleitung eines derartigen Verfahrens von Amts wegen zulässig“ wäre. — Interessant ist, daß Körpel zwischen „Sozialinteressen“, die die Gewerkschaften vertreten sollen, und „Allgemeininteressen“, zu deren Wahrung der Staat berufen sein soll, unterscheidet. Nach der körpelschen Theorie, die Deutschland für seinen kapitalistischen Staat hält, müßten doch diese beiden Begriffe dasselbe sein. Also scheint, daß diese Theorie, die natürlich in der rauhen Wirklichkeit des Alltags schmachlich verfaßt, in dem Augenblick unkonkret wird und nicht zu halten ist, wo sie in der Praxis zur Anwendung gebracht werden soll. Körpel mag als Arbeiterrechtler der Arbeiterbewegung wertvolle Dienste leisten, wird er zum Wirtschafts- und Staatsrechtler, bekommt man es mit der Angst zu tun. Man könnte z. B. aus dem sicherlich nicht übermäßig radikal gehaltenen Jahrbuch des Deutschen Verkehrsbundes eine Reihe von Stellen anführen, die im vollen Gegensatz zu der körpelschen Wirtschafts- und Staats„theorie“ stehen. Die Erfahrungen der gewerkschaftlichen Arbeit vertragen sich eben nicht mit der Theorie eines Genossen, dessen ganzes Denken von seiner „Berufskrankheit“, der fixen Idee von dem alles revolutionisierenden „kollektivistischen Arbeiterrecht“ geleitet und beherrscht zu sein scheint.

Dann folgt unter Punkt 5 der Tagesordnung ein Referat des Genossen Dr. Hans Völter vom ADGB über die beamtenpolitische Gesetzgebung der Deutschen Republik:

Der Redner geht aus von der Forderung des Berufsbeamtenrechts und legt dar, daß, unbeschadet der Aufrechterhaltung der Weisungsrechte des Beamtenrechts, wie lebenslängliche Anstellung, Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung, doch die Stellung des Beamtenrechts im heutigen demokratischen Volkstaat eine andere sein mußte, als früher. Unter Hinweis auf die Tatsache,

daß die verfassungsmäßigen Vorschriften über die Neugestaltung des Beamtenrechts noch heute im 18. Jahre der Republik nicht ausgeführt sind,

begründet er die dringende Notwendigkeit bei der Reform der Beamtengesetzgebung die Forderungen aus dem veränderten Verfassungs- und staatsrechtlichen Verhältnissen zu ziehen. Der Redner schildert dann im einzelnen das Schicksal der verschiedenen beamtenrechtlichen Entwürfe, die im Laufe der letzten Jahre aufgestellt sind, von denen aber durch die Schuld der bürgerlichen Parteien keiner verabschiedet wurde. Er legt weiter die Forderungen des ADGB zur Reform des allgemeinen Beamtenrechts des Disziplinarrechts und der Anlaufvorsorge dar und verlangt, daß durch Schaffung von Beamtenräten, durch gesetzliche Regelung der Krankheitsvorsorge und der Dienstzeit für Beamte eine Annäherung des Beamtenrechts an das allgemeine Arbeiterrecht vorgenommen wird. Das kommende Beamtenrecht müsse vor allen Dingen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des Beamten schützen. Die, wenn auch etappenweise Durchführung dieser Ziele sei nur möglich, wenn an die mit der Ausarbeitung dieser Fragen betrauten Amtsstellen neue Männer gesetzt würden.

In Deutschland machten viel weniger die Minister und das Parlament die Gesetze als die Ministerialräte.

Man ohne für gewöhnlich, wie schwer es für das Kabinett oder den Reichstag sei, ein von den Geheimräten vorgeschlagenes Gesetz grundsätzlich zu ändern. Aus diesen Gründen sei eine Demokratisierung des Beamtenapparats von der größten Wichtigkeit.

Auf diese Ausführungen des Genossen Völter, die unseres Erachtens nicht viel Exzentrisches über das bisherige Wirken der Koalitionsregierungen im Reich boten, erfolgte nach einer kurzen Diskussion die einstimmige Annahme einer Entschließung zur beamtenpolitischen Gesetzgebung der Deutschen Republik:

„Die beamtenpolitische Gesetzgebung nach der Staatsumwälzung hat die auf die Neuordnung der Verhältnisse sich gründenden Erwartungen und Forderungen der Beamtenchaft nicht erfüllt. Grundlegende Vorschriften der Rechtsverfassung sind noch nicht verewirklicht, dringende Reformen noch nicht in Angriff genommen. Die Beamtenchaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen kann verlangen, daß im zehnten Jahre der Republik endlich mit der Neuordnung und fortschrittlichen Weiterentwicklung ihrer Rechts- und Dienstverhältnisse begonnen wird.“



Edo Himmen

Als Grundlage für diese Reform sieht der Bundestag das Beamtenrechtsprogramm des ADGB an. Das neue Beamtenrecht muß den veränderten staatsrechtlichen und politischen Verhältnissen Rechnung tragen. Es muß die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des Beamten anerkennen und seine Rechte als öffentlicher Arbeitnehmer schützen; es muß den Anstoß finden an die Entwicklung der Sozialpolitik und des Arbeiterrechts für die übrigen Arbeitnehmer.“

Wir glauben, daß die Tatsache, daß im zehnten Jahre der deutschen Republik noch derartige Forderungen erhoben werden müssen, Bände spricht und den sozialen Inhalt der Republik genügend kennzeichnet!

Die Art der Berichterstattung der Volkszeitung hatte das Mißfallen einzelner Delegierter erregt. Durch eine Erklärung des Genossen Schumann, der sich mit unserem Berichterstatter in Verbindung gesetzt hatte, wurde die Angelegenheit beigelegt.

Abwehr einer schweren Beschuldigung

Gegen den Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter sind auf der Tagung des Verkehrsverbundes schwere Anschuldigungen erhoben worden. Wir halten uns deshalb für verpflichtet, das folgende Schreiben des Verbandsvorstandes des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zu veröffentlichen, und zwar auf dessen Wunsch ohne Kürzung.

Die Leipziger Volkszeitung veröffentlichte in der ersten Beilage zu Nr. 190 vom Mittwoch, dem 15. August, u. a. über die Tagung des Verkehrsverbundes:

„Erschütternd wirkte, was Gen. Reinark-München-Glabach über den rheinischen Schifferstreik mitteilte. Nicht nur, daß nach

seiner Behauptung die Lebensmittel- und Getränkearbeiter und die Arbeiter der Metallbetriebe Streikarbeit geleistet haben und ihre Gewerkschaften nicht dagegen eingeschritten sind, Kraftfährer Angehörige der im Verkehrsbund vertretenen Branchen sind dem Streik in den Rücken gefallen. Wir glauben, diese Behauptungen, die ohne ein Wort des Widerspruches oder der Richtigstellung vom Bundestag aufgenommen wurden, sind so gravierend, daß für die beteiligten Organisationen die Notwendigkeit erwächst, sich öffentlich zu diesen Anschuldigungen zu äußern.“

Vom Schlusswort des Gen. Schumann, Vorsitzendem des Verkehrsverbundes, wird berichtet:

„Auf die Ausführungen von Reinark über die Vorgänge beim rheinischen Schifferstreik ging er mit keinem Worte ein. Ein bereites Schweigen!“

Wir würden auch ohne Aufforderung in der Leipziger Volkszeitung zu dieser ungeheuerlichen Anschuldigung gegen unsere Organisationsstellung genommen haben.

Wir stellen hiermit fest: Als dem Verbandsvorstand von unseren Ortsgruppen im Streikgebiet die Nachricht zugeht, unsere in den Mühlen beschäftigten Mitglieder werden des Streikbruchs bezichtigt, wurde das Vorstandsmitglied Kollege Köpeler in das Streikgebiet entsandt. Von ihm wurde festgestellt: Unsere Mitglieder verrichteten während des Streiks keine andere Arbeit als die, die vor Ausbruch des Schifferstreiks geleistet und die von der Streikleitung auch ausdrücklich gestattet wurde. Auf Grund dieser Feststellungen mußte auch die kommunistische Presse, die erstmals den Vorwurf des Streikbruchs gegen unsere Mitglieder erhoben hat, ihn in folgender Notiz zurücknehmen:

„Nach eingehender Prüfung des Sachverhalts müssen wir feststellen, daß wir die Mühlenarbeiter für das Ausladen der Schiffe, die trotz des Schifferstreiks in den Mühlen ankommen, nicht verantwortlich machen können, sondern, daß unentschuldigterweise der Verkehrsbund als führende Gewerkschaft die Ausladung, soweit die Mühlenarbeiter die Schiffe vor dem Streik auch selbst ausgeladen haben, ausdrücklich genehmigt hat.“

Diese Tatsachen wurden am 20. Juni dem Vorstand des ADGB unterbreitet und gleichzeitig in schärfster Weise Protest gegen die Verleumdungen des Verkehrsverbundes erhoben. Obwohl also dem Bundestag der Tatbestand bekannt war, wurde von seinem Vertreter, Gen. Graumann, gegen die ungeheuerlichen Anschuldigungen kein Einspruch erhoben. Wir bedauern dieses Schweigen außerordentlich und erörtern in diesem Verhalten nicht den uns zutreffenden Schutz vom Bundestag, wie ihn auch alle dem Bunde angeschlossenen Gewerkschaften fordern müssen.

Vom Gen. Schumann erwarteten wir in Anbetracht seines früheren gehässigen Auftretens gegen den Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter keinen Schutz.

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.
Der Verbandsvorstand.

Aussperrung der Dürener Textilarbeiter

SPD Düren, 1. August. Die beiden Textilarbeiterverbände hatten für Ende Juli d. J. das Lohnabkommen am 1. Juli gekündigt und eine 15prozentige Lohn-erhöhung gefordert. Die Unternehmer lehnten eine Erhöhung ab und meinten, eher komme ein Lohnabzug in Frage. Der bloßfertige Lohn der männlichen Facharbeiter war 73,5 Pf., für die weiblichen Facharbeiter 37 bis 40 Pf. Da die Lohnverhandlungen keinerlei Ergebnisse zeigten, kündigten die Arbeiter der Weberei der Firma Thomas Gustav Heimlich in Düren, circa 150 Personen, ihr Arbeitsverhältnis. Der Arbeitgeberverband hat daraufhin die Kündigung sämtlicher Textilarbeiter in Düren ausgeschrieben. Die Kündigungsfrist ist 14 Tage. In Betracht kommen 14 Betriebe mit circa 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiterschaft steht geschlossen hinter ihrer Verbandsleitung.

Schiedspruch für die Herrenkonfektion

Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister.

SPD Am 19. Juli wurde für die Herrenkonfektion ein Schiedspruch gefällig, der insgesamt eine Lohn-erhöhung von 11 Prozent vorsieht. Da der Schiedspruch vom Arbeitgeberverband abgelehnt wurde, beantragte der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband die Verbindlichkeitsklärung. Das Reichsarbeitsministerium hat am Dienstag die beantragte Verbindlichkeitsklärung abgelehnt. Um zur Lage Stellung zu nehmen, beruft der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband eine Konferenz der Branchenvertreter ein, die am 19. August stattfinden wird. Außerdem hat er die Beteiligten aufgefordert, an alle Unternehmer der Branche die Forderung auf Anerkennung des Schiedspruches bis frühestens Sonnabend mittag zu richten.

Soldat Suhren

28) Roman von Georg von der Brinck
Kappenberg 1927 hg. J. M. Sauer, Verlag, Berlin

Die Familie sitzt neben der Tür am Tisch und nimmt ihr Abendbrot ein, Brot mit Speck. Die kleinen Mädchen machen einen entsetzlichen Lärm, am häßlichsten schreit Katherine, die Älteste.

„Ich wiederhole meine Frage und bekomme einen Stuhl angeboten. Die Frau ist schwerfällig aufgestanden und stößt gegen einen Tisch mit Nippfiguren, die sie tanzen beginnen. Das kleinste Mädchen hat ein Stück Speck aufgespißt, zeigt es mir und lacht: „Aus Amerika, Soldat!“

Katherine schüttelt während den roten Haarschopf, welcher aussieht wie ein brennender Ballon, und sie schreit: „Mais non! Mais non!“

„Über alle kleinen Mädchen spielen ihren Speck auf und singen, indem sie die fettigen Gabeln im Takt gegen den Tisch stoßen: „Amerika! Amerika!“

„Sämtlich haben sie rote Haare, doch Katherine's Haar ist wie Feuer — sie schreit mir zu: „Papa ist nicht in Amerika, glauben Sie mir! Das ist bestimmt!“

Die lautesten Schwestern erwidern: „Amerika! Amerika!“ und weisen von ihren Speckstücken ab.

„Ich habe meine Mütze abgenommen, die innen von Schweiß durchdrungen ist, und blide in den Spiegel. Es hängen Postkarten daran, von Klagenjenny besudelt. Ueber den Postkarten sehe ich das Gesicht eines Menschen, der aus der Ferne hierhergekommen ist und nicht weiß, wozu. Braun wie Kupfer ist das Gesicht, die Augen schwarz und mutlos. Ueber jenem Gesicht aber hängen zahlreiche kleine Speckstücken an der Decke, wohl zwölf Stück. Ich sage: „Er wird aus Amerika gekommen sein, Katherine — woher sollte er sonst wohl gekommen sein?“

Sie aber antwortet, indem ihre Stimme sich überschlägt: „Das ist nicht wahr, Soldat! Ich bin die einzige, die es weiß, wo Vater ist! Die andern sind Ruten.“

Die andern vier goldrot umringelten holden Gesichter, die Pangen an der Gabel, sehen nachdenklich auf die Schwester. Die kleinste murmelt:

„Kopf, dein Rücken — bin ich's noch? Kopf, sag.“

Jetzt kommt die Frau zurück, sie will die Diele her, schwer-

atmend, ihr fettes Gesicht ist ganz kummervoll, nun sie mir ein röchliches, vollständig zerfetztes Hemd herzeigt, das noch nicht einmal gewaschen ist und dessen Schweiggeruch sich mit dem des Specks vermischt.

Es ist nicht das meine. Aber ich kenne es, es ist Max Pfeiffers.

19.

Das Briefmarkenalbum

Im gelben Stroh liegend, den Kopf auf dem Mantel, den Blick zu den Dachbalken hinaufgerichtet, fällt mir das Briefmarkenalbum ein, das ich als Junge besaß. Eben erst, als ich mein Essen holte, sah ich den, der es vor vielen Jahren von mir zum Geschenk bekam. Er heißt Bernhard Raupe, Küchenfeldat unserer Kompanie. Es ist mir jetzt unangenehm, zu denken, daß der Küchenfeldat Raupe mein Briefmarkenalbum besitzt. Ein Küchenfeldat ist notwendig, aber er ist doch ein wenig Soldat zweiten Ranges. Nicht, als ob er es leichter hätte als der Infanterist, im Gegenteil, er ist in der Frühe der Erste und abends der Letzte. Auch vom heißen Mai bekommt er sein Teil. Jeden Tag sehe ich meinen früheren Schulkameraden halbnackt und schwelchübergossen vor seinem Kübel stehen und darin ein langes Brett im Kreise bewegen. Das Essen ist ein glühender Brei, ob es nun Stedrüben, Graupen oder Dörrengemüse heißt.

Er seinerseits, Bernhard Raupe, fühlt sich ein wenig höher als die Kameraden, er fühlt sich, sagen wir, als Halbgelehrter; er steht auch auf einem hölzernen Fußgestell, wenn er an die Soldaten das Essen austeilte. Wenn sie die Kochgeschirre nicht schräg genug halten oder faunselig sind beim Hinanzitren an den Kübel, so ruft er: „Schleier den Bott und schlaf nicht!“ — oder: „Her mit dem Ding, Mensch, glaubst wohl, ich habe meine Zeit gestohlen!“

Die Soldaten sind doch nicht für ihn da, im Gegenteil, und so antworten sie: „Rege dich ab, alter Küchenbulle, wirf deinen Schlampampen noch früh genug los!“

Das steht fest, Raupe hat sich an Feldwibel Bloiboom herangemacht und es ist ihm gelungen, nach zu werden, obwohl er zu Hause kein Koch, sondern Schreiber an einer Amtsstelle ist, dazu ledig — und genug Familienvater da sind, die eine Küchenstelle eher verdient hätten. Alle wissen: der Raupe ist ein feiner Kerl. Und daß gerade er mein Briefmarkenalbum hat! Bei Raibmond hätte es mir nämlich sein können; denn es war ein schönes Ding mit über 1000 verschiedenen Marken.

Ich hatte es in jahrelangem Sammeln zusammengebracht; denn

es gab Zeiten, wo alle meine Gedanken sich um Tauschen, Säubern und Einleben von Briefmarken bewegten. Wenn die gelbe Maurilitius auch nur als schwarzes Bildchen drin zu sehen war, so besaß ich doch eine Mecklenburger Marke mit den vier Ochsenköpfen. Beim Umbältern des Buches von Land zu Land, von Insel zu Insel, von Erdteil zu Erdteil, den Atlas zur Seite und die summende Kokoleumlampe überm Kopf, war mir so wohl! Keine Ellbogen dorten sich in die Tischdecke und die Hände sich in die Schläfen ein. Meinem Großvater aber mißfiel dieser Pyramidenbau meines Oberkörpers stets, und er sagte zu den andern: „Unser Junge macht wieder das Mecklenburger Wappen.“ Worauf ich meine Hände hinten legte, aber nie zu sagen vergaß: Sieh dir mal das Mecklenburger Wappen hier an, Opa, es ist anders. Denn ich war ebenso stolz, diese Marke zu besitzen, als sie zu zeigen.

Mein Großvater sah dann über den Tisch und meinte: „Du hast recht, Georg, die Ochsenköpfe auf dem Papier sind kleiner als die wirklichen.“ Der kleine Suhren aber, der auch mit dem Vornamen ebenso hieß wie der weißhaarige Suhren, war nicht auf den Mund gefallen und sagte: Sowie ich weiß, sind die Mecklenburger Ochsen in Deutschland immer die größten gewesen. Dies Wort, das ich in meiner Anschuld hervorbrachte, gefiel meinem freitlich denkenden Großvater nicht wenig; er nickte fröhlich und dichtete den schönen Vers:

Dieser Junge
Hat eine böse Zunge.

Stolz — denn wer ist nicht stolz, wenn er wegen seiner Zunge gelobt wird — kehrte ich zu meiner geliebten Marke zurück. Sie berührte ich nie, doch kam es vor, daß ich sie heimlich berührte. Sie hatte einen alten Geruch, denn dreißig oder vierzig Jahre war das Kabinett von Tante Marie ihr Aufenthaltsort gewesen. Dort lag sie in einer Schublade, vor der eine Flasche mit Nigra-Balsam und eine Dose mit Familienpflaster standen. Der Nigra-Balsam duftete nach getrockneten Schiffen, die in der Sonne trocknen, das Pflaster nach Rosenöl und Kampfer.

Es kam eine Zeit, wo ich die Briefmarken plötzlich satt hatte. Tante Marie war gestorben, aber ich dachte nicht an die Marke, die sie mir einst schenkte, und die den Duft ihres Kabinetts, das nun ausgeräumt war, bewahrt hatte. Nein, mit keinem Gedanken, denn das Briefmarkenalbum des Sechshundertjährigen hieß: Pönde Röpfe über alles!

(Fortsetzung folgt.)

Klagen der Werstindustrie

und was dahintersteckt

In den letzten Wochen ging wieder einmal ein großes Klagen durch den bürgerlichen Blätterwald über die verschlechterte Lage der deutschen Werstindustrie. Besonders die kürzlich veröffentlichte Erklärung der Deftschmag-Veitung (Deutsche Schiffs- und Maschinenbau-V.G.) anlässlich der bevorstehenden Stilllegung der Werft von Joh. C. Tecklenborg in Wesermünde erregte die an den Maßnahmen der kapitalistischen Wirtschaft interessierten Gemüter in hohem Grade. Nach dieser Erklärung mußte die Stilllegung des Wesermündener Werkes beschlossen werden, weil die Werft in der letzten Zeit dauernd mit Verlust gearbeitet hatte, und auch der Zuwachs an Neubaufträgen seitens des Norddeutschen Lloyd, mit dem man bestimmt gerechnet hatte, ausgeblieben war. (Ein Teil dieser Neubauten ist inzwischen an die Hamburger Werft von Blohm & Voß — den Hauptwiderstand der Deftschmag — veräußert worden.) In der Erklärung wird weiter gesagt, daß die Möglichkeit, Neubaufträge zu erhalten, für alle Werften mehr und mehr schwindet, und daß auf Jahre hinaus an eine Besserung in dieser Beziehung nicht zu denken sei. In die gleiche Kerbe wie die Zeitung der Deftschmag schlägt ein großer Teil der übrigen Schiffbauindustriellen. Es wird rund herausgesprochen, daß außer den bereits erfolgten Stilllegungen (Reihersstiegswerk, Stettiner Vulcan, Störwerft und jetzt Tecklenborg) noch mehr als der dritte Teil aller heute noch bestehenden Werftbetriebe keine Pforten wird schließen müssen, bevor der deutsche Schiffbau wieder genesen könne. Daneben tauchen immer neue Versionen auf über bevorstehende weitere Zusammenschlüsse unter der Leitung der Deftschmag (Schräder-Bank), die drauf und dran ist, vorerst das gesamte Offiziersgeschäft völlig unter ihren Einfluß zu bringen. Auch das sehr bedeutende Werftunternehmen von Schichau in Elbing und Danzig soll neuerdings mit der Deftschmag verhandeln.

Was die Arbeiterschaft auf diese, alles in dunkelsten Farben malende Schilderung der Werftbetriebe und ihrer Presse zu sagen hat, ist das folgende:

Es wird ohne weiteres zugegeben, daß dem Jahre 1927, das den Werften einen alle vorher gehegten Erwartungen weit übersteigenden Zuwachs an Neubaufträgen gebracht hat, ruhigeren Zeiten gefolgt sind. Der sehr große Auftragsbesitz ist zum Stillstand gekommen und wird sich in dem gleichen Umlaufe voraussichtlich auch vorerst — wenigstens soweit das Inland in Betracht kommt — nicht wiederholen. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die augenblicklichen Verhältnisse immerhin noch weitestgehend günstiger sind, als es vor zwei Jahren der Fall war. Damals hatten nahezu alle Werften unter spärlichem Auftragsmangel zu leiden, während heute noch

über die Hälfte der Betriebe bis in das Jahr 1929 hinein gut beschäftigt ist.

Es darf bestimmt angenommen werden, daß auch die Geschäftsabläufe für das Jahr 1928, sofern sie nicht allzusehr frisiert werden, denen des Vorjahres an Güte wenig oder gar nicht nachstehen werden. Im Vorjahre hat aber eine ganze Anzahl der Werften, und zwar vornehmlich die größten und am meisten ins Gewicht fallenden Betriebe, mit zum Teil

recht ansehnlichen Ueberschüssen

abgeschlossen. Genannt seien hier die Hamburger Firmen Blohm & Voß und Deutsche Werft A. G., die Deftschmag, die Deutschen Werke, Kiel, und von den kleineren Werken die Atlas-Werke, Bremen, und die Schiffbau-Gesellschaft Unterwieser.

Wir bezweifeln ja nun keineswegs, daß die Werftkapitäne nach der Verwirklichung ihrer Vertragsbedingungen

ohne Bedenken weitere Heere von Arbeitern und Angestellten auf die Straße legen

werden. Nötig wäre dieses aber nicht. Wenn man zunächst erst mal auch auf den Werften

den Arbeitsbestand wieder einsparen und außerdem auf die enorm vielen Ueberschüssen verzichten

wollte, die heute von den Arbeitern verlangt werden, so wäre dieses der menschlichere und volkswirtschaftlich bessere Weg. Jeder vernünftig urteilende Mensch wird ohne weiteres den Widerspruch herausfinden, der in den Klagen über den schlechten Geschäftsgang einerseits und dem starrsinnigen Festhalten an dem Neinstundentag plus Schichtarbeit und Ueberschundenleistung andererseits liegt.

Und nun kommen wir zu dem, was nach unserer Ansicht der Hauptgrund dafür ist, daß die Unternehmer gerade jetzt an allen Orten und in allen Tonarten gar so vernünftig ihr Klagegebet anstimmen und entsprechende Artikel in die ihnen zu Diensten stehende Presse lancieren. Wann kann über die Zukunftsaussichten des deutschen Schiffbaues verschiedener Meinung sein. Zur Zeit sind jedenfalls die Verhältnisse noch nicht so schlecht, daß sie diese jammervollen Klagen rechtfertigen. Die Unternehmer verfolgen damit einen ganz bestimmten Zweck. Der Öffentlichkeit und den maßgebenden Schlichtungsinstanzen soll mit aller Macht gerade jetzt suggeriert werden, daß es keinem Industriezweig so hundertmal schlechter geht wie dem deutschen Schiffbau, denn

am 30. September dieses Jahres läuft der zwischen den Vertretern der Werftbetriebe, der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes der Metallindustrieller geschlossene Tarifvertrag ab, und es wird in wenigen Wochen über neue Löhne verhandelt werden müssen. Das ist des Pudels Kern!

Es geht den Unternehmern in erster Linie darum, für diese Verhandlungen einen für die Werftbetriebe günstigen Boden zu schaffen. Ein Schlichter aber, der sich von vornherein mit dem Bewußtsein an den Verhandlungstisch setzt, daß die Unternehmenseite, selbst wenn sie den besten Willen dazu hätte, den Arbeitern auch nicht die geringsten Zugeständnisse machen kann, ist als ein nicht zu unterschätzender Vorteil für den Ausgang der Verhandlungen zu bewerten.

Auf diesen Zusammenhang muß mit allem Nachdruck hingewiesen werden. Wie sich die Sache dann später entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Ist der allgemeine große Werftsturz erst einmal Tatsache geworden, so haben die Werftindustriellen auf der ganzen Linie gewonnenes Spiel. Die ihnen heute so lästige Inlandskonkurrenz wird ausgeschaltet sein, und mit dem Auslande wird bei den jämmerlichen Stundenlöhnen von achtundsechzig bis achtundachtzig Pfennigen, die hier bezahlt werden, der Wettbewerb mit großem Erfolg aufgenommen werden können. Mögen dann ruhig noch ein paar weitere Betriebe stillgelegt werden. Für die Direktoren der betreffenden Werke wird auch dann wieder — wie bisher — mit in die 'zig Tausende gehende Abfindungssummen gesorgt werden, die ihnen selbst in dem Falle genug zum Leben bieten, wenn sie keine neuen Posten erlangen können, was nur ganz vereinzelt einmal vorkommen dürfte. Und was aus den Arbeitern und Angestellten wird, hat die Gründer der Kongerne noch nie bekümmert und wird es auch in Zukunft nicht tun.

Nationalisierung, Verstaatlichung und immer höhere Verdienste der Unternehmer auf der einen Seite, Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Verelendung der Massen auf der anderen Seite, das sind die Früchte der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Nur eine einheitlich organisierte Arbeiterschaft wird imstande sein, der sich immer fester zusammenschließenden Phalanx der Industriehereen mit Erfolg die Stirn zu bieten.

Ag. h. a.

Preissteigerung für Kartoffel und Gemüse

Während die Mehl- und Brotpreise sich im Monat Juli unter Einfluß der abflachenden Preisbewegung auf den Getreidemärkten im großen und ganzen nicht veränderten, ist für andere Agrarartikel eine starke Preisbewegung nach oben festzustellen. Das gilt insbesondere für die Kartoffel, wie folgende Aufstellung zeigt:

	neue Kartoffel (1 Kilogramm in Pfennigen ab Laden)	alte Kartoffel (1 Kilogramm ab Laden)
Juli 1913	11,7	9,1
Juli 1925	15,5	11,2
Juli 1926	16,4	—
Juni 1928	25,8	18,8
Juli 1928	21,3	13,1

Die Preisentwicklung wird mit der ungünstigen Kartoffelernte begünstigt. Allem Anschein nach werden die Erträge für geringere als im Jahre 1928; jedoch ist die Preisstellung, wie sie gegenwärtig vorliegt, durchaus unangenehm. Das gleiche gilt für Gemüse. Für Mohrrüben werden z. B. gegenwärtig rund 45 bis 46 Pfennig gefordert gegenüber 36 bis 37 Pfennig im Vorjahre. Bei Spinat liegt eine solche von 5 bzw. 6 Pfennig vor und bei Wirsing- und Weißkohl eine solche von 5 bzw. 2 Pfennig. Das sind Preissteigerungen, die keineswegs durch Umfang und Qualität der Ernte bedingt sind.

Alles wird teurer — die Börsenspekulation billiger

Der Berliner Börsenvorstand beschloß in einer Sitzung am Dienstag einleitend, die Mediolanbank ab Oktober 1928 einzustellen. Einen ähnlichen Beschluß faßte die Frankfurter Börse. Beide Beschlüsse bedürfen selbstverständlich noch der Zustimmung des preussischen Handelsministeriums.

Der beschlossene Fortfall des Mediolanhandels hat für diejenigen, die sich an der Börse betätigen, praktische Bedeutung. Bis jetzt ist es üblich, schwebende Engagements in Effekten zur Mitte des Monats (Medio) oder zum Schluß des Monats (Ultimo) zu verlängern, zu prolongieren. Diese Prolongation kostet natürlich Geld, wodurch sich auf Grund des Fortfalls der Mediolanbank eine Verbilligung der Börsenspekulation ergibt. Allem Anschein nach sind die großen Banken für den Fortfall des Medio zu haben gewesen, weil eine Verbilligung des Börsengeschäfts in den kommenden Monaten einer stagnierenden Konjunktur ihnen nicht unwillkommen sein wird.

Jahresgewinn 325 Millionen Dollar

Die Kölnische Zeitung gibt folgenden Bericht über den Abschluß der General Motors Co., der schärfsten Konkurrentin Henry Fords: „Rekordartig sind die Gewinne der General Motors im ersten Halbjahr 1928; der Reingewinn belief sich auf nicht weniger als 161 Mill. Dollar; nie hat bisher eine amerikanische Firma für ein Halbjahr dergleichen aufweisen können; auch in der ganzen Welt dürfte es keine Firma geben, die einen solchen Halbjahresabschluß vorlegen kann. Dieser Abschluß bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung des Gewinnes um 25 Prozent; im zweiten Vierteljahr 1928 belief sich dieser auf 91 Mill. Dollar, gegen 76 Mill. Dollar im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch dieser Vierteljahresgewinn bedeutet einen neuen Rekord. Im ersten Halbjahr 1928 verkauften General Motors an Händler 1043 000 Automobile, gegen 883 000 im gleichen Zeitraum des Jahres 1927; diese Händler verkauften an den Verbraucher 1 062 000 gegen 840 000 Wagen. Am 30. Juni standen der General Motors an Vermitteln und sofort greifbaren Werten 264 Mill. Dollar zur Verfügung. Die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung sind günstig; es wird mit einem Jahresgewinn von mindestens 325 Mill. Dollar gerechnet. Dieser glänzende Bericht kann allerdings keineswegs überraschen, denn heute, wo Ford immer noch nicht wieder richtig auf den Beinen ist, machen General Motors das Automobilgeschäft in Amerika, und ihre Wagen, vor allem der Buick, scheinen alle andern zu verdrängen.“

In Amerika ist es nicht anders als bei uns: Der Hauptanteil am Ertrag der ungeheuer gesteigerten Ertragskraft der Arbeit fließt den Kapitalisten zu und die Arbeiter müssen sich, trotz der im Vergleich zu Europa höheren Löhne, mit einem geringen Anteil begnügen.

Auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Brüssel hat der Vertreter der Vereinigten Staaten, der bekannte sozialistische Schriftsteller und Parteiführer Hillquit, über die Folgen der gewaltigen Nationalisierung der amerikanischen Industrie gesprochen. Die Nationalisierung bestand nicht allein in der Anwendung neuer und besserer Maschinen, sondern sie war verbunden mit dem, was die Kapitalisten als „wissenschaftliche Betriebsführung“ bezeichnen. Diese ist jener verrückte Prozeß der Intensivierung der Arbeit, der bis zur physischen Erschöpfung des Arbeiters führt. Kommen Sie — sagte Hillquit — zu uns nach Amerika, gehen Sie in unsere Stahlwerke, in unsere Automobilfabriken, sehen Sie sich dort selbst an, wie ein Gespenst über den Gesichtern der Arbeiter liegt, die an den Maschinen stehen, über diesen leeren Gesichtern, ohne Freude, ohne Ausdruck, auf denen bloß die Erschöpfung geschrieben steht. Wenn heute in einer Reihe von Ländern von Arbeitslosigkeit die Rede ist — in Amerika dürfte es 3 bis 4 Millionen Arbeitslose geben — so verdanken wir diese zum großen Teil diesem Antriebsysteme, das unter dem Namen der Nationalisierung besteht.

Herrschaft des Geldes in den Vereinigten Staaten

In der Gewerkschaftszeitung der amerikanischen Lokomotivführer, dem Locomotive Engineer Journal, lesen wir folgendes Beispiel der ausgeprägten Herrschaft des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten, einer Herrschaft, der auch die Regierung sich längst unterworfen hat:

Vor einigen Jahren schlossen sich die Belmonts und Anar-Interessen, die Union Trust Co. und die Gesellschaft The Morton Estate of New York mit dem bekannten Bankhaus Rothschild, London, zusammen, um eine Gesellschaft zum Bau des Cape-Code-Kanals zu gründen. Der Kanal sollte die Entfernung NewYork-Boston für die kleineren Schiffe um 8-12 Stunden Fahrzeit verkürzen und somit die Verbindung der beiden Städte in intensiver Weise fördern. Die Gesellschaft gab für 6 Millionen Dollar Aktien aus, verbündete daran entsprechend und behielt für sich die Mehrheit der Aktien, deren Dividende ebenfalls den Gründern der Gesellschaft zufließen sollte.

Aber die Handelswege wechselten bevor der Kanal vollendet war und man Gewinne aus ihm ziehen konnte. Boston blühte nicht mehr als der führende Atlantik-Hafen, und die Neuenlandstaaten verloren ihre Ueberlegenheit, die auf der Seeverbindung und der Ausnutzung der Wasserkräfte gegründet war, an den lohnemächtigen Mittelwesten und an den elektrifizierten Süden. So beschloßen denn die in der Kanalgesellschaft führenden Banken, für gewöhnlich üblich verfahren mit staatlicher Regie und Einrichtungen der öffentlichen Hand, durch ihre Kongreßleute, die angeblich demokratisch gewählten Volksvertreter, den unprofitablen Kanal an die Regierung zu verkaufen und zwar für 11 Millionen Dollar, also mit 5 Millionen Dollar Gewinn.

Der allzeit willfährige Kongreß unterlag diesem Einfluß, wie vorausgesehen war, und der ehrenwerte Präsident Coolidge gab mit seiner Unterschrift dem Ganzen die nötige Weihe. — Das ist das demokratische Amerika! W. K.

Ein Weg, der sich lohnt

und den Sie niemals bereuen. führt bei Bedarf in Bettstellen, Matratzen, Chaiselounges, Wollunterbetten, Steppdecken, Inletts, Bettfedern u. Reinigung — kompl. Schlafzimmer-Einrichtungen — Einzelrohrbänke Waschkommoden und dergl. dorthin, wo viele tausend Kunden den Wert eines vorteilhaften Einkaufs zu schätzen wußten, in das bestbekannte

Spezial-Geschäft **effen - Lipsia** Hauptgeschäft: **Gerberstraße 56** Zweiggeschäfte: **Alberisstraße 31** **Lützner St. 29, Täubchenw. 77b** Ecke Untere Münstersr., **Schoumannstr. 6**, Ecke Clara-Wieck-Str., **Telephon-Sammel-Nummer 17115** Auf Wunsch Zahl.-Erläuterung.

Bereit sein, ist alles

Im Leben. Dazu gehört heute unbedingt auch die Kenntnis über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik. Diese Kenntnisse vermittelt in fesselnder Form die illustrierte Wochenschrift „Die Umschau“. Verlangen Sie kostenlos das Probeheft 10 vom Verlag der Umschau in Frankfurt a. Main, Niddastraße 81/83. Die Umschau ist seit 30 Jahren auf dem Gebiete das beste Blatt

in der Welt!



PeterPunkt

wurde gefragt: „Wie erzielt man Erfolg, wie gelangt man zu Ansehen und Reichtum?“

Er gab die verblüffende Antwort: „Durch Freude an der Arbeit, durch Konzentration auf seine Tätigkeit und durch Ausdauer; diese drei sind die Stufen zu Erfolg, Reichtum und Ansehen und man steigt diese Stufen empor, wenn man die Kosmos Kairo-Zigarette raucht, weil ihr angenehmer Geschmack, ihre Milde, ihr würziger Duft uns immer Freude, Konzentration und Ausdauer beschert.“



KOSMOS MARKE KAIRO

ist ein ungemein feines, edles ...

ZIGARETTEN-FABRIK KOSMOS A-G DRESDEN-A-SEIT 1886



Nur Proleten

Sonntagstanz in Mädfers Festalen. Ein Jüngling mit Charlestonhosen, Foxrottshuhe und Schminnschuhen...

Prozess vor dem Oeder Schöffengericht gegen den Zolldirektor Streckmann, genannt „der Wofcha vom Niederrhein“.

Der Pfarrer Rechtfertigt in Knippsdorf wirt in einem offenen Briefe dem preußischen Kultusminister vor...

Wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es noch, die der Proletariatsverachtung der vielen hohen Beamten...

Platanenkrankheit und Almensterben

Die städtische Gartenbauverwaltung teilt mit: An verschiedenen Stellen des Stadtgebietes treten seit einigen Jahren zwei auf dem ganzen Kontinent sich verbreitende Baumkrankheiten auf...

Umstellung der Leipziger Stromversorgung

Der Rat macht bekannt: Aus betriebstechnischen und wirtschaftlichen Gründen sind die städtischen Elektrizitätswerke...

Die Verwendung der vorhandenen Motoren und elektrischen Einrichtungen ist daher bei einem beabsichtigten Umzuge...

An dieser Stelle erfolgt gleichzeitig die Beratung in den einschlägigen technischen Fragen sowie die Auskunft über die geltenden Anschaffungsbestimmungen.

Monarchische Straßennamen bleiben

Die Gemeindefammer deckt den Rat

In dem Kampfe der linken Stadtverordnetenmehrheit um die Beseitigung der monarchistischen Straßen- und Platznamen...

Von der Stadtverordnetenmehrheit ist nichts unversucht gelassen, das Straßennennungsrecht dem Räte zu entreißen.

Rates auf Grund von Paragraph 50 der Ortsbauordnung schon nur eine von den Stadtverordneten delegierte...

Demgegenüber berief sich der Rat auf Paragraph 97 Absatz 1 der Gemeindeordnung...

Die Gemeindefammer beruft sich auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts...

Die bürgerliche Ratsmehrheit hat mit Hilfe der Gemeindefammer einen Sieg erfochten und wird dafür sorgen...

Zum Brand in Möckern

Die Brandstiftung im Polizeigebäude Möckern hat, wie das aus solchen Anlässen wohl immer vorkommt...

Nach hat es den Anschein, als handele es sich um „eine politische Tat“ nach bemährtem Muster.

Es ist dem Berichterstatter der L. N. N., wie wir genau wissen, sehr gut bekannt gewesen, das irgendeine begründete Handhabung...

Ein tödlicher Anfall

Durch Selbstentladung eines Revolvers

Am Donnerstag, gegen 6,45 Uhr, wurde der 59 Jahre alte Wächter der Autobetriebsstoff-Firma Rheinania A.G. in der Plautstraße 41...

Von der Nordkommission wurde am Tatort folgendes festgestellt: B. hat am 15. August, gegen 22,30 Uhr...

Revolver aus der Tasche gegliiten und auf den Boden aufgeschlagen

ist. Dadurch hat sich die Waffe entladen. Die Kugel durchschlug das Skelett der Bank, drang dem Daraufliegenden in der Hüftgegend in den Rücken...

Die Arbeitsmarktlage in Leipzig

Im Arbeitsamtsbezirk Leipzig waren am 1. August 1928 12 887 (am 30. Juni 1928 13 428) männliche und 4497 (am 30. Juni 1928 3918) weibliche...

In der Fachabteilung für die Landwirtschaft fehlte es trotz roger Vermittlungstätigkeit auch weiterhin an jungen Burschen und Mädchen.

größerer Zahl gesucht, für die Nebenberufe war die Vermittlungstätigkeit geringer.

Nach Schluß der Saison konnten im Bekleidungsgerwebe Arbeitskräfte nur in geringer Zahl untergebracht werden...

Für Gastwirtspersonal belferte sich infolge des warmen Sommerwetters das Arbeitsangebot für Ausschäftsstellen wesentlich.

Messluftverkehr in Leipzig-Mockau

Man schreibt uns: Der diesjährige Flugbetrieb auf dem Flughafen Leipzig-Mockau hat sich weiterhin äußerst günstig entwickelt.

Die planmäßigen Strecken, die von der Nordbairischen Verkehrsflug G. m. b. H. besorgen werden, erfreuen sich wegen ihrer niedrigen Flugpreise...

Während der diesjährigen Leipziger Herbstmesse wird natürlich eine wesentliche Verdrichtung der über Leipzig-Mockau flührenden Luftverkehrsstrecken...

Table with flight routes and prices: 1. Berlin-Leipzig-Mockau, 2. Dresden-Leipzig-Mockau, 3. Plauen-Zwickau-Leipzig-Mockau, 4. Erfurt-Leipzig-Mockau.

Auskünfte auch über die verschiedenen Anschlußmöglichkeiten erteilen außer der Flugleitung auf dem Flughafen Leipzig-Mockau...

Warnung vor einem Probitionsbetrüger

Das Krimanalemt teilt mit: In letzter Zeit hat ein unbekannter Mann hiesige Lebensmittelhändler und Fleischer aufgesucht...

Wo ruft die Pflicht?

Gemeindevorsteher.

Engelsdorf, Baasdorf, Hirschfeld, Mitten, Wiskau, Zweinamendorf. Sonntag, 19. August, 9 Uhr, im Restaurant „Zum guten Tropfen“ in Engelsdorf wichtige Gemeindevorsteherkonferenz. Tagesordnung: Kommunalpolitische Richtlinien. Ref.: Genosse Grenz.

Markranstädt 4, Bühlitz-Ehrenberg 5. Arbeitsgemeinschaft. Sonntag, den 18. August, 19 Uhr, Konferenz, Kückmarsdorf, Ciesels Restaurant.

Funktionäre.

Marktseeberg. Wir treffen uns heute 19 Uhr am Schillerplatz zum Besuch der Gesamt-Funktionärversammlung Groß-Leipzig.

Cutzsch. Alle Funktionäre und Helfer haben sich Sonnabend nachmittag beim Genossen Herzog, Zeitungs-Filiale, zur Abholung der Flugblätter einzufinden. Erscheinen ist Pflicht.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Gohlis. Sonntag, Treffahrt aller Gruppen nach dem Bienenfeld, früh 7 Uhr, am Heim; 10 Pfennig mitbringen. Die Eltern treffen sich 8 Uhr zum Abmarsch am Heim. Gannis-Gruppe geht schon Sonnabend auf Zellfahrt. Alle Badezeug und Trinktische mitbringen.

Südost. Horde Liesl-Lotte geht am Sonntag auf Tagesfahrt, 60 Pfennig mitbringen. Alles Nähere am Sonnabend auf dem Jugendgelände.

West. Ostbezirk. Montag, den 20. August, 20 Uhr, ist Bezirks-Sicherheitsprechung im Turnerheim Baunsdorf.

Tauscha. Wir treffen uns Punkt 1 Uhr Ede Lindner- und Bahnhofstraße zum Kinderfest.

Osten II. Gruppe Max trifft sich Sonntag, 6 Uhr, zur Fahrt am Mohrenplatz. 20 Pfennig mitbringen.

Gruppe Helmut ist Freitag, den 24. August, 17,15 Uhr, auf der Wiese.

Mitglieder-Veranstaltungen

Marktseeberg. Die Monatsversammlung fällt diesen Monat aus.

Unterbezirk-Borna:

Sonntag, den 26. August, 9,30 Uhr, im Volkshaus Borna, Konferenz der örtlichen Bildungsausschüsse. Jede Ortsgruppe, auch dort, wo keine Bildungsausschüsse bestehen, hat einen Vertreter zu entsenden. Tagesordnung: Unsere Winterarbeiten.

Sonntag, den 26. August, 14 Uhr, im Volkshaus Borna, Konferenz der Arbeiterwohlfahrt. Alle Ortsausschüsse der Arbeiterwohlfahrt haben dazu Vertreter zu entsenden. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Klein-Leipzig, 2. Finanzielle Fragen.

Sonntag, den 9. September, 9,30 Uhr, im Volkshaus Borna, Unterbezirks-Konferenz. Bericht vom Internationalen Kongress in Brüssel, Genosse Engelbert Graf. 2. Die Veranstaltungen im Oktober. Zu dieser Konferenz haben alle Ortsgruppen Delegierte nach § 6 der Satzungen zu entsenden.

Der Unterbezirksvorstand.

Unfälle in Leipzig

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Privatautomobil und einem Motorrad-Eierwagen ereignete sich am Donnerstagnachmittag in der 13. Stunde, Ede Marktgraben und Petersstraße. Dabei wurde der Eierwagen durch die Wucht des Zusammenstoßes umgeworfen und die Beifahrerin, ein junges Mädchen von 16 Jahren, am Arm verletzt, kam sonst aber mit dem Schrecken davon. Beide Wagen wurden beschädigt, der Eierwagen mußte abgeschleppt werden.

Schwerer Verkehrsunfall. Heute mittag versuchte in der Zeiger Straße ein 14jähriger Marktbesitzer, der einen Handwagen fuhr, zwischen einem Lastauto und einem Postauto hindurchzukommen. Hierbei wurde er von einem in dem gleichen Augenblick in der Richtung nach Connewitz fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 11 angefahren und so zu Boden geschleudert, daß er auf den Kopf zu stehen kam. Der Verunglückte, der sich eine Halsverletzung und Hautabschürfungen am Bein zugezogen hatte, wurde nach der Sanitätswache im Volkshaus gebracht. Den Straßenbahnführer trifft keine Schuld.

Noch ein Verkehrsunfall. Heute um 11,25 Uhr rief in der Gohliser Straße ein Straßenbahnwagen der Linie 20 mit dem Eierwagen einer Dampfheizung zusammen. Der Autofahrer wollte einen Handwagen überholen. Der Zwischenraum war jedoch zu klein und der Handwagen wurde an die Hausmauer geschleudert. Eine hier stehende Frau wurde hierbei schwer verletzt und mußte nach der Sanitätswache gebracht werden.

Pflichtigkeits im Volkshaus. Das UBZ teilt mit: Der Film „Mobergsche Menschen“ wird heute, Freitagabend, bei günstiger Witterung im Volkshausgarten vorgeführt.

Jugendherberge Mühlstein. Partei-, Gewerkschafts- und Jugendgenossen, die bei Ausflügen und Wanderungen die Jugendherberge in Mühlstein für Übernachtungen vorsehen, wollen sich vorher mit dem Genossen Rose, Mühlstein, oder dem Genossen Artur Wanne, Roda bei Mühlstein, verständigen.

Flugverkehr zur Leipziger Herbstmesse. Wie das Leipziger Meßamt mitteilt, wird zur kommenden Leipziger Herbstmesse ein besonderer Meßflugverkehr durch die Norddeutsche Verkehrsflug G. m. b. H. von Berlin, Dresden, Blauen über Zwida, Erfurt nach Leipzig-Mockau vom 28. bis 31. August durchgeführt.

Reichsverkauf an den Freibänken. Morgen Sonnabend, den 18. August, an der Freibank I Nr. 3151 bis 5000 und Nr. 1 bis 1150; Freibank II Nr. 101 bis 2300. Von 10 Uhr an freier Verkauf.

Sächsische Angelegenheiten

Der sächsische Grenzlandfonds-Scandal

Der sächsische Grenzlandfonds-Scandal. Vor einigen Monaten haben die sozialdemokratischen Zeitungen Sachsens unter Mitteilung genauer Einzelheiten darauf hingewiesen, daß die sächsische Regierung eine Summe von 2½ Millionen Mark, die sie von der Reichsregierung aus dem Grenzlandfonds erhalten hatte, durchaus unweidmähig und unsachgemäß verwandt hätte. So wurden 200 000 Mark zum Bau eines Stadlors in Effer, 150 000 Mark für das städtische Museum in Bautzen und 30 000 Mark für ein Priesterseminar im Bistum Meißen ausgegeben. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte seinerzeit auch eine Anfrage eingebracht, auf die die Regierung in der bei ihr üblichen Art eine nicht-sagende Antwort erteilte. Jetzt befaßt sich die bürgerliche Presse erneut mit dieser Angelegenheit. Ein demokratisches Blatt schreibt u. a.:

„Der Grenzlandfonds ist geschaffen worden, um insbesondere die durch die neuen Grenzen Deutschlands in wirtschaftliche oder nationale Bedrängnis geratenen Gebiete in ihrem Existenzkampf zu stärken. Wir können es nach wie vor nur begrüßen, daß auch der Freistaat Sachsen an diesem Fonds beteiligt worden ist. Aber was die Heranbildung katholischer Klöster in Bautzen mit einer wirtschaftlichen und nationalen Bedrängnis der sächsischen Grenzgebiete zu tun haben soll, ist schlechthin unverständlich. Eben deshalb ist wohl auch dieses 30 000-Mark-Geschenk mit der Wahlbehinderungsfrage des sächsischen Zentrums in Verbindung gebracht und die Meinung geäußert worden, die Zuweisung an das Meißner Bistum sei der Preis dafür gewesen, daß das sächsische Zentrum seine Wahlbehinderungsfrage zurückgezogen hat. Da diese Meinung in der sächsischen Bevölkerung ziemlich weit verbreitet ist, können wir der Regierung heldi nur den guten Rat geben, die Gründe darzulegen, warum sie dem Meißner Priesterseminar ein derart hohes Geschenk aus einem Fonds gemacht hat, der für durchaus andere Zwecke bestimmt war.“

Im Übrigen möchten wir auch hier wieder betonen, daß wie mit der Vererbung der 2½ Millionen auch sonst durchaus nicht einverstanden sind. So sehen wir im Erzgebirge Straßenbauten, die offenbar aus dem Grenzlandfonds finanziert werden, deren Zweckmäßigkeit vielleicht zwar anerkannt, deren Dringlichkeit dafür aber ganz entschieden bestritten werden muß. Hätte man der betreffenden Gemeinde den Betrag, den man für Straßenbauten braucht, mit der Bestimmung überlassen, ein paar Wohnhäuser zu errichten, um die gerade im industriellen Erzgebirge fast ungläubliche Wohnungsnot zu lindern, so hätte man das Geld tausendmal besser verwendet, als für Straßenbauten, die meist nur dazu dienen, einen kleinen Umweg, den die dortigen Bewohner ihr Leben lang ohne Murren gemacht haben, nur deswegen abzukürzen, weil Geld da ist, für das die Regierung heldi keine bessere Verwendung gefunden hat.“

Die Kritik des demokratischen Blattes ist ganz gut und schön, aber wo waren die demokratischen Abgeordneten und der demokratische Innenminister, als die Sache im Landtage beraten und entschieden wurde? Es ist immer das selbe Spiel: im Parlament, wo es sich um die tatsächlichen Entscheidungen handelt, decken die sogenannten Demokraten jede reaktionäre Handlung und jeden Stand der Selbst-Regierung, und die demokratischen Zeitungen sind dazu da, die demokratische Wählerkraft über diese undemokratische Politik ihrer Abgeordneten hinwegzutreiben. Wir halten es für ausgeschlossen, daß das auf die Dauer gelingen kann. Vielmehr werden gerade die sächsischen Demokraten bei der nächsten Wahl ohne Zweifel die Früchte dieser unehrlichen Politik ernten.

Wieder eine kommunistische Paroleinade

Sie verlangen Landtagseinberufung wegen des Panzerkreuzers!

Die kommunistische Landtagsfraktion hat an das Präsidium des Landtages ein längeres Schreiben gerichtet, in dem sie aus Anlaß des Rabinettsbeschlusses, den Panzerkreuzer A zu bauen, sofortige Einberufung des Landtages fordert und beantragt, auf die Tagesordnung dieser Landtagssitzung folgenden Antrag zu stellen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung gegen den Bau des Panzerkreuzers Einspruch zu erheben und bei der Reichsregierung zu beantragen, die für den Panzerkreuzerbau in Aussicht genommenen Mittel für Schulförderleistung zu verwenden.“

Die Kommunisten wissen natürlich ganz genau, daß die Angelegenheit des Panzerkreuzers nur im Reich erledigt werden kann. Sie wissen, daß die sächsische Regierung für den Bau des Panzerkreuzers ist und daß sich in diesem Landtag keine Mehrheit finden würde, um ihr eine andere Haltung vorzuschreiben. Sie wissen, daß der Zusammentritt des Landtages in dieser Angelegenheit nicht den mindesten Nutzen hätte. Aber sie müssen sich wieder einmal bemerkbar machen und vielleicht eine neue Gelegenheit schaffen, um die Sozialdemokratie zu beschimpfen. Es braucht kaum noch betont zu werden, daß man eine solche „Politik“ nicht ernst nehmen kann.

Der Kampf um Lambach

Auf Einladung des Angestelltenauschusses der Deutschnationalen Volkspartei, Wahlkreis Ostachsen, versammelten sich in Dresden die Vertreter zahlreicher Gruppen der sächsischen Wahlkreise. Die hier beschlossene Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Die in Dresden versammelten Vertreter zahlreicher Grup-

pen der sächsischen Wahlkreise sehen gleich weitestgehend Kreisläufe und Befugnisse entstehen, die den Charakter der Partei bedrohen. Der Ausschluß Lambachs sowie verschiedener Angehöriger der Partei und die Umstände, unter denen die Ausschüsse erfolglos, erschüttern das Vertrauen zur bisherigen Haltung der Partei, nachdem den ausstehenden Kräften der Jugend und Arbeitermehrfach Verständnis entgegengebracht und Gelegenheiten gegeben wurde zu einer Mitwirkung an der sächsischen und staatlichen Gestaltung und nachdem ihre freie Meinungsäußerung gesichert war.“

Der sächsische Landesauschuss der Angestellten in der Deutschnationalen Volkspartei ist der festen Überzeugung, daß Lambach die Gefinnungskräfte, die für die Partei und darüber hinaus für Volk und Staat von größter Bedeutung sind, verkörpert. Es wird erwartet, daß die Partei die lebendigen, für die Zukunft bedeutsamen jungen Kräfte erkennt und sie einzugliedern verstehen lernt.“

In dieser Hoffnung dürften sich die sächsischen Angestelltenvertreter der Deutschnationalen Volkspartei allerdings täuschen. Eine noch schärfere Entschließung hat die Ortsgruppe Pirna des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes angenommen. Sie wendet sich an den Abgeordneten Lambach u. a. mit folgenden Worten:

„Die jüngsten Auseinandersetzungen in der Presse haben gezeigt, daß es nicht mehr um den Monarchisten, sondern um den Sozialpolitiker Lambach geht, wodurch eine vollkommen neue Situation entstanden ist. Wir glauben, daß es manchem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten auf der sozialreaktionären Seite recht ist, Grund gefunden zu haben, Sie als den Vertreter unserer sozialpolitischen Grundtatsache aus der Deutschnationalen Volkspartei zu verdrängen. In den letzten Tagen ist versucht worden, auch den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband mit Schmutz zu bewerfen. Es scheint hier also schon der Klassenkampf zum Ausdruck zu kommen. In diesem Kampfe werden wir, falls er uns ausgezungen würde, an unseren gewerkschaftlichen Forderungen festhalten und zu unserem Teil dazu beitragen, diejenige Stellungnahme zu bekunden, die zu Zeiten notwendig ist, um den Angriff abzuwehren.“

Die Ortsgruppe Pirna des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes bittet Ihr Aufzreten und Eintreten für die bedrohten Rechte der Angestellten und stellt sich hinter Sie.“

Wann werden die deutschnationalen Angestellten und Handlungsgehilfen aus diesen schon ganz erfreulichen Erkenntnissen die notwendigen Folgerungen ziehen?

Schwere Unwetter in Sachsen

Am Mittwochabend gingen über verschiedene Gebiete des Freistaates Sachsen schwere Gewitter nieder. In der Chemnitzer Gegend, im Erzgebirge, und zwar hauptsächlich in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg sowie in und um Pirna brach mit dem Wetter gleichzeitig Hagelwetter und Sturmwind los. Das Wasser ergoß sich in Chemnitz in ungeheuren Mengen auf die Straßen. Der Chemnitzfluß schwoll stark an und gefährdete verschiedene Bauten. In Weiskdorf im Erzgebirge, wo das Hagelwetter ungefähr eine halbe Stunde wütete, zerfielen die Hagelkornen, die Laubeneigröße erreichten, unzählige Fensterscheiben. Die Regenmassen überschwebten fast einen ganzen Ortsteil, stülten durch Häuser und setzten Keller und Schuppen unter Wasser. In Pirna waren die Wassermengen so gewaltig, daß die Schützen der Straßen nicht in der Lage waren, das Wasser zu lassen. Auch hier drangen die Wassermengen vielfach in Keller und Hausfluren ein. An verschiedenen Orten wurden auch durch das Unwetter Fernspreitleitungen zerstört und an den Obstbäumen Schaden angerichtet. Der an Gebäuden und Mobiliar angerichtete Schaden ist allerdings sehr bedeutend.

Glückliches Dresden

Nach einer soeben veröffentlichten Hauptübersicht über das Vermögen der Stadtgemeinde Dresden nach dem Stande vom 31. März 1927 bleibt bei einer Schuldenlast von 119,82 Millionen Mark und einem Gesamtvermögen von 391 Millionen Mark ein Reinerwerb von der Stadtgemeinde von 272,37 Millionen Mark, das sich durch das Reinerwerbvermögen des Schulbezirks noch um 48,02 Millionen Mark erhöht. Ohne Anrechnung des Vermögens der Grundrenten- und Hypothekenaufsicht der Stadt Dresden und der vom Rat verwalteten Stiftungen beläuft sich das Reinerwerbvermögen der Stadt Dresden auf 320,39 Millionen Mark.

Sauereien eines Bäckermeisters

Auf keinem Gebiete der kapitalistischen Produktion wird bekanntlich so viel gefälscht wie auf dem der Nahrungsmittelherstellung, und wenn es auch bei uns zu Lande kaum noch vorkommt, daß die Knackwürst mit rotem Planell gefüllt, daß eine an Tuberkulose verendete Sau in die Sülze gehakt, daß Gips für Auszugemehl verkauft oder Streuland unter den klaren Zucker gemengt wird, so bleiben doch immer noch genug Schweinegeleien übrig, die sich tagtäglich kleine wie große Meister um des Profites willen aufzubeden kommen lassen.

Dieser Tage hatte sich wieder mal vorm Dresdner Amtsgericht so ein Innungsmann zu verantworten. Man war infolge der an Kriegszeit unangenehm erinnernden Beschaffenheit des Brotes auf den Bäckermeister Oskar Rohrbach in Dresden-Rähnitz aufmerksam geworden und hatte diesen wegen Streichung des Brotteiges mit gefälschten Kartoffeln angezeigt. In der Verhandlung bestritt R., vorsätzlich oder auch nur fahrlässig gegen das

FleckFips Fleckenwasser
brennt nicht hinterläßt keine Ränder
50 & 85

Zugreifen

Ich bin weiter billig!

Beachten Sie auch meine **Sonder-Abteilung für Gelegenheits-Käufe** auf Extra-Tischen zur Selbstbedienung

Reichsstraße 26

M. FRIED

Windmühlenstr. 1-5

Leinenspannen
beige, grau, blond
alle Größen 2⁹⁰
3.90 und

Leder - Niedertreter
43/46 2.25 36/42 2.75
31/35 2.45 27/30 2.25
25/26 1.95 23/24 1.65
20/22 1.35

Haferl- u. Bindschuhe
41/46 10.90 36/40 9.80 5.45
31/35 7.95 27/30 6.95 25/26 5.45

**Opanken für Damen, beige
fabrikant billig 6⁹⁰**

Rindbox-Kinderstief. 5.45
31/35

Herrenhalbschuh 7⁹⁰
Rindbox, weiß gedoppelt.

Sandaletten 6⁷⁵
modellarbig für Damen

Dachschuhe 30
kleine Größen

Leder-Kinderstiefelchen 60
17/20

Lastingschuhe in 1⁶⁵
mehr. Größen, hoch 1.95 halb

Lederspannen 3⁴⁵
31/35 . . . 3.95 27/30

unerhört billig!
mod. Schnür- und Spannen Orig. L.-XV.-Absatz 5⁹⁰

Rindleder-Sandalen 2⁶⁵
Lederkappe, Lederbrändsohle
42/46 . . 5.95 36/41 . . 4.95
31/35 . . 3.95 27/30 . . 3.45
23/26 . . 2.95 21/22

Wahrungsmittelgesetz vom 5. Juni 1927 verstoßen zu haben, und behauptet, daß von ihm lediglich in zwei Fällen einige beim Mittagsessen konsumierte Kartoffeln unter den Teig gemischt worden seien, da damals „das Mehl gewisse Mängel aufwies, und er eine gute Backware (!) habe erzielen wollen“. Zwei Geschworene bestätigten jedoch, daß in den Monaten Januar und Februar größere Mengen Kartoffeln zugesetzt wurden, worauf Kohrbach zu zweihundert Markern Geldstrafe sowie zur Publikation des Urteils in der Dresdner Presse verurteilt wurde!

Dieser Fall zeigt wieder einmal, daß kleine und auch große Innungsanstalten — die kleinen, weil sie sich kaum noch über Wasser zu halten wissen; die großen, weil sie noch mehr Profit machen möchten — vor keinem Mittel zurückschrecken, wenn es um ihre Geldinteressen geht. Vor Schweinigeleien aller Art geschützt ist die Masse der Verbraucher nur in den Konsumgenossenschaften; je stärker diese werden, um so mehr verschwinden die unrationellen und vielfach schmutzigen Kleinbetriebe, um so bessere Garantie hat das Publikum, einwandfreie Ware zu erhalten!

K. Dresden. Schwerer Unfall. Der Gärtnereibesitzer Robert Richter wollte mit Gartenerzeugnissen nach der Dresdner Hauptmarkthalle fahren. In der nach Niederwartha zu gelegenen Kurve wurde das Gefährt plötzlich von einem Kraftwagen mit ungeheurer Kraft gerammt. Richter stürzte mit seinem Wagen die Böschung hinab und mußte mit inneren Verletzungen nach seiner nahegelegenen Behausung gebracht werden. Schlimme Folgen hatte der Unfall aber für den Besitzer des Kraftwagens, den Alpeftweber Starke aus Köpchenbröda, und seinen Mitfahrer! Starke erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eingetreten sein dürfte, während sein Begleiter sich eine sehr schwere Gehirnerschütterung, Querschwunden und andere Verletzungen zuzog.

Dresden. Drei Wochen Gefängnis für Beamtenbeleidigung. Am 29. September 1928 hatte der Kaufmann Reinhold Glieck aus Niederzieditz bei Dresden auf der Fahrt von Riesa nach Berlin in einem Mitropa-Speisewagen die Beamtenhaft des Berliner Reichsbahn-Zentralamtes als „Lumpen“ bezeichnet, die „sämtlich keine rechte Wäste hätten“. Zufällig waren drei Vertreter dieser Behörde Zeugen der Verhörung gewesen und hatten den Namen des Delinquenten feststellen lassen. Jetzt wurde nun Glieck wegen öffentlicher Beleidigung vom Dresdner Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Böbau. Selbstmord eines Reichswehrsoldaten. Nachts hat sich hier in der Nähe eines Bahmüberganges ein Soldat des Ausbildungs-Bataillons des 10. Regiments vom Zuge überschlagen lassen; er wurde mit dem Rumpfe getrennten Kopfe morgens gefunden. Der Grund dürfte in der bevorstehenden Dienstentlassung wegen Epilepsie zu suchen sein; daneben hat möglicherweise eine gebührende Arreststrafe wegen eines geringfügigen Diebstahls eine Rolle gespielt.

St. Egidien. Vergiftungen mit tödlichem Ausgang. Im Hause des Landwirts Conrad erkrankten nach dem Genuß einer Reisepilse sechs Personen unter schweren Vergiftungsercheinungen. Auf ärztliche Anordnung wurden die Betroffenen nach dem Glauchauer Stadtkrankenhaus übergeführt. Noch während des Transports nach dort starben zwei der Personen, die die Reisepilse genossen hatten. Ein weiterer Tischgast liegt hoffnungslos danieder. Vermutlich hat sich in dem Reisgericht irgend ein hartes Gift befunden. Die polizeilichen Nachforschungen werden ergeben, ob Fahrlässigkeit oder beabsichtigte Vergiftung vorliegt.



Klein-Boisdam im Zorgauer Kreis

Wer Schwarzrotgold hilt, wird bestraft!

Ein unerhörter Vorfall ereignete sich anlässlich der Verfassungsfeier in dem kleinen Elbsiedelchen Dommisch bei Zorgau. Seinen Bürgermeister scheint der Ruhm, den sich das Zorgau des Herrn Gerete als Hofburg der Reaktion in Mitteldeutschland erworben hat, nicht schlafen zu lassen, und er entschloß sich zu einer wichtigen Akte gegen die verhassten Reichsfarben. Der brave Bürgermeister von Dommisch gab zunächst einmal in der Schulvorstandssitzung durch seine Vorstandsstimme den Ausschlag dafür, daß das Schulgebäude nicht mit der schwarzrotgoldenen Reichsfarbe am Verfassungstage besetzt werden dürfe. Man hatte sich dabei aber insofern verrechnet, als der Schulleiter, Rektor Marr, gegen diesen Beschluß protestierte und erklärte, er werde entsprechend den dienstlichen Vorschriften trotzdem flagen. Der Beschluß des Schulvorstandes sei ungeschicklich. Der Herr Bürgermeister von Klein-Boisdam ritt daraufhin eine schneidige Akte gegen die Reichsfarbe, denn er erschien am 10. August vormittags bei dem Schulleiter und ließ sich von diesem die der Schule gehörige Reichsfarbe aushändigen und schickte dafür eine in den Stadtfarben! (Müß der die Reichsfarben lassen!) Der Schulleiter fand natürlich einen Ausweg und ließ auf eigene Kosten eine neue Reichsfarbe herstellen, um am Verfassungstage flagen zu können. Am Abend des 10. August erschien der Bürgermeister, nachdem er sich wohl in Zorgau über die Dienstvorschriften erkundigt hatte aber wieder und brachte die Schulfarbe zurück. Er verbot jedoch dem Schulleiter, diese Farbe zur Verfassung zu verwenden, sonst würde er ihn bestrafen. Nur dem Eingreifen des Schulleiters bleibt es zu danken, daß trotzdem am Verfassungstage das Schulgebäude im Gegenlicht zu den übrigen Dienstgebäuden in Dommisch mit den Reichsfarben besetzt war.

Das Vorgehen des Dommischer Bürgermeisters erfordert ein sofortiges Eingreifen des Staatsanwaltes. Es liegt hier nicht nur Nötigung zu einer ungesetzlichen Handlung, sondern auch ein Verstoß gegen das Republikanengesetz vor. Wir erwarten, daß der Staatsanwalt diesem eigenartigen republikanischen Bürgermeister sofort zeigt, daß die Republik nicht mit sich spaßen läßt. Ebenso wird es Aufgabe der Aufsichtsbehörde sein, festzustellen, ob ein solcher Bürgermeister nach derartigen Vorgehens noch weiter amtieren darf.

a Markranstädt. Glänzender Verlauf des Gewerkschaftsfestes. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft feierte zum 23. Male ihr Gewerkschaftsfest. Während man bisher die alte Form des Festes beibehielt, konnte das letzte unter Leitung des rührigen Festausschusses einen anderen Charakter aufweisen. Hatte schon die Revue der freien Turner unter Beteiligung von Vertretern der Gewerkschaften und Mitführung von roten Bannern sowie Plakaten einen guten Eindruck hinterlassen, so konnte man über den sich an den Nachmittagsstunden durch die Straßen der Stadt bewegenden Festzug feststellen, daß er in seiner diesmaligen Ausgestaltung glänzend gelungen war. Erstmals stellten einige Gewerkschaften, Festwagen, die dem Festzug ein besonderes Gepräge

gaben. Die Metallarbeiter, Holz- und Maschinenbauern, die Bekleidungsarbeiter und der Verkehrsverein je einen, sowie der Konsumverein Leipzig-Plagwitz drei Wagen. Die Ausschmückung der Festwagen fand allgemeine Anerkennung. Weit über 1000 Festzugsteilnehmer zogen nach dem Heim der freien Turnerschaft, wo sich das Festprogramm abwickelte. Genosse Jäger begrüßte in einer lehrreichen Ansprache die zahlreich erschienenen Besucher, worauf Genosse Haas-Weipzig eine dem Feste entsprechende Ansprache hielt. Darbietungen der freien Musikvereinigungen, des Volkshotels, der freien Turnerschaft und der Arbeiterrabfahrer, gaben dem Fest ein abwechslungsreiches Gepräge. Belustigungen für jung und alt waren reichlich vorhanden, dem rührigen Festausschuss gereicht es zur Ehre, daß das 23. Gewerkschaftsfest einen solchen würdigen Verlauf nahm.

Pegau. Aus dem Stadtparlament. Verschiedene Stadterordnere sind noch so recht in Ferienstimmung. An Stelle des kommunistischen Stadterordneten Kramer, der von seinem Mandat entbunden wird, tritt Herr Gangloff, der bereits früher einmal dem Kollegium angehörte. Bezüglich der Sperrung der Neugasse für Lastkraftwagenverkehr wird der Volkserordnere zugestimmt. Mit dem für Kraftfahrzeuge vorgesehenen Partplatz war man nicht ganz einverstanden; der Rat wird ersucht, einen anderen Platz zu bestimmen. Für Straßenreinigung sind im Haushaltsplan 200 Mark eingelegt. Da diese geringe Summe selbstverständlich nicht ausreicht, müssen 450 Mark nachbewilligt werden. Für Straßeninstandsetzung werden 4500 Mark gefordert. Ausgebessert sollen werden die Culauer und die Lindenstraße. Genosse Michaelis wies darauf hin, daß im Haushaltsplan nicht ein Pfennig für Straßenbauten eingelegt sei. Mit dieser Sparpolitik könne nicht gearbeitet werden, da unerlässliche Arbeiten doch gemacht werden müßten. In Zukunft müßten im Haushaltsplan Beträge für Straßenbauten eingelegt werden. Größere Straßenbauten machen sich bei der Bahnhofstraße dringend notwendig und erfordern die Aufnahme einer Anleihe. Die geforderte Summe wird einstimmig bewilligt. Nach dem Beschluß des Rates sollen zwei Stadterordnere in den Ausschuss für Gasfernverföhrung gewählt werden. Vom Rat ist der Bürgermeister und Stadtrat Friedrich bestimmt worden. Das Stadterordnerekollegium wählt darauf auf Vorschlag des Genossen Michaelis drei Vertreter, und zwar die Herren Waldapfel, Michaelis und Häßelbarth. Eventuell soll ein Vertreter des Rates zurücktreten. Dem Zufall zum Pachtvertrag des Ballspielvereins wird einstimmig zugestimmt. Für Anzugsunterstützung werden Herrn Silber gegen vier Stimmen der KPD 200 Mark, Frau Landmann 120 Mark einstimmig bewilligt.

Eilenburg. Tot aufgefunden wurde der 19jährige Sohn Kurt des Schmiedemeisters Webemann aus Raundorf bei Eilenburg. Der junge Mann war zum Arzt nach Schönwölkau gegangen und wurde schon einige Tage vermißt. Nun fand man ihn am Hakenberg, in der Nähe des Raguhner Bahnhofs, auf den Schienen tot vor. Er hat sich von dem Zug überfahren lassen.

Zusammenstoß zweier Autos. An der Ede Schreder- und Bahnhofstraße fuhr eine Kraftdroschke beim Einbiegen von hinten in einen Kraftwagen. Der Kraftwagen wurde durch den Anprall zur Seite geschleudert. Hierbei wurden beide Wagen erheblich beschädigt, aber zum Glück niemand verletzt.

Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Heute: Gedämpfte Rinderrippe mit Klößen 1,00 — Morgens: Geflügelbraten mit Spargel 65 ¢ Sauerbraten mit Klößen 1,00 Schlachtost.

Gewerkschaftliche Anzeigen

Verkaufsschub des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Zeiser Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Leipzig

Tei. 34021 u. 34011. Geschäftsst. vorm. 9-12 Uhr. nachm. 4-5-7 Uhr. Sonnabends vorm. 9-12 Uhr

Achtung, erwerbslose Metallarbeiter!

In der Woche vom 20. bis 25. August 1929 kommt an alle bezugsberechtigten Mitglieder (52 Wochenbeiträge), welche am 11. August arbeitslos, ausgeteilt, krank oder als invalide gemeldet waren, eine Extrazustellung zur Auszahlung. Die Auszahlung erfolgt gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches und der Stempelfarte in Gutscheinen vom Konsumverein.

Teilzahlung

Moderne Herren-, Damen-, Kinder-Konfektion

Teppiche - Gardinen - Decken

anerkannt preiswert

Liebau

Roßplatz 8 1. Etage

Gegründet 1890

In unserer Verlage erichten

Die freien Gewerkschaften in der großen Krise

Bürgerblock und Gewerkschaften

von Johannes Kreten

Preis 60 Pfennig

Alle Ansträger und Filialen der Volksgesundung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abteilung Buchhandlung - Tauscher Straße 19/21

LINOLEUM

In neuen künstlerischen Mustern und zu Preisen, die es Ihnen auch bei größter Sparsamkeit ermöglichen, unser heutiges Angebot auszunutzen.

<p>Linoleum-Läufer gemustert, ver-schied. Dessins m. unbedeut. Schönheitsfehln. ca. 110 cm br. Mtr. 3.30, ca. 100 cm br. Mtr. 3.00, ca. 90 cm br. Mtr. 2.70, ca. 87 cm br. 2.10</p> <p>Linoleum-Läufer mit Kante, mit tadelloser ein-fachlin. Schönheits-fehl. ca. 110 cm br. Mtr. 4.00, ca. 90 cm br. Mtr. 3.00, ca. 87 cm br. Mtr. 2.00</p> <p>Linoleum-Läufer mit Kante, wandfeste Qual., in groß. Musterausw. ca. 138 cm br. Mtr. 5.75, ca. 110 cm br. Mtr. 4.75, ca. 90 cm br. Mtr. 3.75, ca. 87 cm br. Mtr. 2.80, ca. 87 cm br. Mtr. 2.50</p> <p>Linoleum-Läufer mit Kante, durchgehend, best. Fabrikat, in reich. Musterauswahl, ca. 138 cm br. Mtr. 10.25, ca. 110 cm br. Mtr. 8.55, ca. 100 cm br. Mtr. 7.75, ca. 90 cm br. Mtr. 6.95, ca. 87 cm br. Mtr. 5.15</p> <p>Linoleum-Teppiche tadellose ein-fachlerfreie Ware in Perser- u. modernen Mustern Gr. ca. 300x400 cm 66.90, ca. 250x350 cm 48.50, ca. 200x300 cm 29.80, ca. 200x250 cm 24.85, ca. 200x150 cm 14.85</p> <p>Linoleum gerant, in vielen Farb. 200cm br. □ m 5.25</p>	<p>Linoleum-Teppiche Ind., beste Qualität in reich. Musterausw., Größe ca. 200x300 cm 58.00, 53.00, 51.00, ca. 200x250 cm 48.50, 44.50, 42.50, ca. 200x150 cm 29.00, 26.50 25.50</p> <p>Linoleum-Vorlagen gemust., Größe ca. 67x115 cm 3.75, ca. 67x90 cm 2.85, ca. 50x90 cm 1.95, ca. 45x65 cm 1.40, ca. 40x40 cm 75 ¢</p> <p>Linoleum Indid., in Perser- u. modernen Must., 200 cm breit □ m 8.45 7.10</p> <p>Linoleum gemustert, in Perser- u. modernen Zeich-nungen, 200 cm breit □ m 3.95</p> <p>Linoleum gemustert, mit id. Schönheitsfehlern, circa 2.95</p> <p>Linoleum gemust., m. id. Schönheitsfehl., ca. 200 cm br. p. □ m 2.50</p> <p>Linoleum für Tischbelag, Granit, in allen üblichen Breiten p. □ m 5.35</p> <p>Linoleum f. Tischbelag, glatt grün, in allen üblichen Breiten p. □ m 4.00</p>
---	--

Stragula, der billige Fußbodenbelag

Fabrikat der deutschen Linoleumwerke A.-G.

<p>Läufer mit Kante, in Perser- und Blumenmustern, ca. 110 cm br. 2.65, ca. 90 cm br. 2.10, ca. 87 cm br. 1.70, ca. 80 cm br. 1.55</p> <p>Vorlagen ca. 65 x 100 cm 1.60, ca. 65 x 50 cm 80 ¢</p>	<p>Teppiche mit Kante, in Perser- u. Blumenmust., ca. 200x200 cm 17.50, ca. 200x250 cm 14.75, 8.75 ca. 200x150 cm</p> <p>Auslegeware ca. 200 cm breit, in Parkett- u. Persermust. . . □ m 2.10</p>
--	---

ALTHOFF

Frau Meier und ihre „Nurje“

Es wird in Deutschland nicht besser.

eg. Kinder haben ist ein Vergnügen, wenn man Geld hat. Kinder haben kann eine harte Pflicht bedeuten, wenn man arm und geplagt ist. Kinder haben, bedeutet einen Beruf — beim Kindermädchen. Man wird nicht behaupten können, daß dieser Beruf ein Vergnügen ist, es ist eben der Beruf, von dem man lebt, nicht leicht und meist auch nicht gut.

Wie ist es denn bei einem großen Teile der Kindermädchen? Ein Teil ist bei Menschen beschäftigt, die selbst arbeiten. Da geht es meist noch halbwegs; denn arbeitende Menschen wissen doch in der Regel, wie schwer Arbeit ist, jede Arbeit. Aber dann gibt es noch einen anderen Typ von „Herrschaffen“; das sind die, denen es so gut geht, die so ausgiebig andere Menschen für sich arbeiten lassen, daß sie vor Uebermut gar nicht wissen, was sie anstellen sollen. Wenn solche Menschen Kinder haben, dann nehmen sie sich ein Kindermädchen, das sie stolz „Nurje“ nennen. Die Nurje muß dann in Schwestertracht gehen, vornehm und seriös mit einem Schleier von protestantisch-phanthastischer Jungfräulichkeit hinter der Herrschaft den Kinderwagen einherziehen, wenn es am Sonntag zum Promenadengang geht, auf daß die Bekanntheit vor Neid springt.

So ein Kindermädchen klagte nun vor dem Arbeitsgericht auf 11 Tage Lohn. Sie war nämlich von ihrer Dienstherrin, Frau Meier heißt sie, fristlos entlassen worden und verlangte Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist. — „Warum haben Sie das Mädchen entlassen?“, fragt der Vorsitzende. „Ja, wissen Sie, Herr Rat, die Person hat uns Schande gemacht, sie hat sich wie ein ganz gewöhnlicher Diensthote benommen, aber nicht wie eine Nurje. Das konnte ich nicht dulden, und meine Nachbarin, die Frau Direktor, die hat schon Bemerkungen gemacht, daß bei uns wohl nicht mehr alles in Ordnung sei!“ Man ist über diese Rede, die im Tone ehrlicher bourgeois Enttäuschung vorgetragen wurde, etwas erschrocken. Was wird nur das arme, kleine, kaum neunzehnjährige, etwas verhungert aussehende Geschöpf angestellt haben. „Na, die wird halt auf den Strich gegangen sein, oder vielleicht hat sie einen Soldaten mit heraufgebracht?“, meint ein Herr, der neben mir sitzt.

Na, dann ist es ja gleich herausgekommen, was es war: Also das Mädchen war als „Nurje“ aufgenommen, dazu gehörte diese berühmte weltliche Schwesternuniform. Eines schönen Tages war nun die oft und oft gestickte und gestopfte, ausgebesserte und renovierte Uniform endgültig kaputt, war nicht mehr und unter keinen Umständen verwendbar. Da hatte dann das Kindermädchen, das sich bei monatlich 30 Mark Barlohn nützlich keine neue Tracht anschaffen konnte, seine „Amtstätigkeit“ in gewöhnlicher Kleidung ausgeführt und das hatte nun das Entsetzen und die Empörung seiner „Herrschafft“ erregt. Einerseits weil es weniger vornehm aussieht, nicht mehr zum Staatmachen diene, andererseits? Nun, die Nachbarin begannen zu tratschen und klatschen, daß sich Meiers nur mehr ein „gewöhnliches“ Kindermädchen halten können und seine vornehme Nurje. — Das war der einzige Grund zur fristlosen Entlassung.

Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß der Vorsitzende die auf Kosten ihrer Angestellten vornehme Frau Meier über ihre Rechte und Pflichten ihrem Kindermädchen gegenüber aufklärte und daß Frau Meier schließlich, „der Not gehorchend“, nicht dem eigenen Triebe“, sich verpflichtete, Lohn und Verpflegungsgeld für 14 Tage zu zahlen. Erst jetzt war ja die „gnädige Frau“ nicht darüber, sie rauchte empört aus dem Sitzungssaal, und da ich ihr galanterweise beim Hinausgehen die Türe öffnete, teilte sie mir vertrauensvoll mit, daß es in Deutschland „seit der Republik überhaupt keine anständige Rechtsprechung mehr gäbe“, und daß sie im übrigen schon ihrem Mann gesagt habe, daß es solange mit Deutschland nicht besser werden würde, als ein „einfacher Diensthote“ ihre Herrschaft vor Gericht „zerren“ könne. Womit Frau Meier von ihrem Standpunkt recht hat. Wir haben nur für sie noch die Angst, daß es in der Beziehung immer schlechter für die ganzen „Herr-

Bilderbogen vom Amtsgericht

Früchte der Erziehungsheime

Vor dem hiesigen Schöffengericht fanden am 14. August zwei Fürsorgezöglinge aus dem Erziehungsheim Mittweida im Alter von 18 und 20 Jahren. Sie waren angeklagt, am 19. und 20. April 1928, gemeinsam zwei schwere Diebstähle ausgeführt zu haben.

Am 16. April flohen sie aus dem Erziehungsheim Mittweida und wandten sich nach Leipzig. In Rodau drangen sie, am 19. April nachts, in eine Maschinenfabrik ein, wo sie einen Schraubenschlüssel und eine Mäße im Werte von 1.50 Mark mitnahmen. In der Nacht vom 20. zum 21. April drangen sie dann noch in Connewitz in eine Bäckerei ein. Hier nahmen sie, was ihnen in die Hände fiel, wie Schokolade, Torten, Bratlingen und 2 Flaschen Wein im Gesamtwerte von etwa 110 Mark. Mit dieser Beute kamen sie aber nicht weit. Am Kreuz in Connewitz wurden sie von einem Schussmann angehalten und mit zur nächsten Wache genommen.

Beide Angeklagten gaben zu, die Tat ausgeführt zu haben. Auf die Frage, weshalb sie aus der Erziehungsanstalt ausgetrieben waren, antworteten sie: „Wir hatten es satt und wollten in Freiheit!“ Das Gericht verurteilte nach einhelfständiger Beratung den jüngeren zu einer Strafe von 6 Wochen und den älteren Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis.

Beiden wurden, obwohl sie mehrmals vorbestraft sind, mildernde Umstände zugesprochen. In der Begründung wurde gesagt: Beide Angeklagte seien jung und seit längerer Zeit in Zwangserziehung, da sie sich draußen im öffentlichen Leben nicht bewährt haben. Zu Gunsten der Angeklagten spreche, daß sie aus Freiheitsdrang aus der Anstalt entsprungen sind. Sie hätten sich in einer gewissen Zwangslage befunden, denn schließlich hätten sie ja etwas zu essen haben müssen. Außerdem soll noch in Erwägung gezogen werden, ob es nicht angebracht sei, bei dem 18 jährigen Fürsorgezögling eine Aussetzung der Strafe zu gewähren, damit seine Erziehungsmaßnahmen nicht gefährdet (!) werden.

Eine 43 jährige Kaufmannsweibin glaubte dadurch der wirtschaftlichen Not zu entgehen, daß sie Arztrechnungen aus-

stellte und diese gefälschten Rechnungen der Kaufmannsweibin Kranken-Kasse Halle vorlegte, von der sie den Betrag dafür auch gezahlt erhielt. Diese Fälschungen führte die Frau vom November 1926 bis Oktober 1927 insgesamt 16mal aus.

Nun stand sie wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug vor den Richtern. In allen Fällen gab sie die Tat zu. Ihr Mann sei zu dieser Zeit sehr lange erwerbslos gewesen. Mit 19 Mark Unterstützung konnte sie nicht auskommen, zumal ihre beiden Kinder im Alter von 15 bis 19 Jahren ebenfalls ohne Einkommen waren.

Der Staatsanwalt beantragte eine Strafe von 5 Monaten Gefängnis. Es sei nicht zu verkennen, daß sich die Angeklagte in einer gewissen Notlage befunden habe. Jedoch sei ihr Treiben gemeingefährlich gewesen, da sie dadurch die Kassennützlichkeiter gefährdet habe.

Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 4 Monaten Gefängnis.

Ein auswärtiger 27jähriger Stellmacher war im August 1927 in Leipzig. Hier besuchte er die Kleinmesse, wo er sein ganzes Vermögen in Höhe von 25 Mk. umsetzte. Zuletzt war er in einer Gastwirtschaft am Neißplatz eingelehrt. Als er diese verlassen wollte, sah er im Hausflur ein nicht angehängenes Fahrrad stehen. Da er kein Geld für die Fahrt mehr hatte, bestieg er das Rad und fuhr damit auf und davon nach Bauhen. Das Rad hat er noch vier Wochen im Besitz gehabt, dann für 9 Mk. verkauft.

Deswegen stand er jetzt vor dem Amtsrichter.

Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn wegen Rückfalls diebstahls 8 Monate Gefängnis. Mildernde Umstände kämen bei dem Angeklagten nicht in Frage, da er sich in keiner Notlage befunden habe. Ein Fahrrad sei heute kein Luxusgegenstand mehr, sondern ein wichtiges Verkehrsmittel.

Der Angeklagte hat trotzdem den Richter um mildernde Umstände.

Mildernde Umstände wurden ihm aber nicht gewährt. Er erhielt wegen Rückfallsdiebstahls 6 Monate Gefängnis.

Warnung vor einem Betrüger

Vom Polizeipräsidium wird uns geschrieben: Am 10. August, gegen 10 Uhr, erschien in einem Uhrengeschäft in der Gohliser Straße ein unbekannter Mann und suchte sich eine goldene Herrenuhr mit Sprungdeckel, 585 gestempelt, und eine goldene Damenarmbanduhr mit Gliederarmband, 585 gestempelt, aus. Hierbei erklärte er, daß er sie als Hochzeitsgeschenk für seine Schwester und seinen Schwager brauche. Die Uhren sollten nach seiner Wohnung in der Gohliser Straße gebracht werden, wo sofortige Bezahlung erfolge. Er sei Arzt und habe von 1/11 Uhr an Sprechstunde. Von einem Angestellten des Geschäfts wurden die Uhren dorthin gebracht. Der Unbekannte empfing den Boten an der Vorfaule der Wohnung und führte ihn in ein Zimmer. Hier nahm er ihm die Uhren ab und ging in ein Nebenzimmer, um angeblich das Geld zu holen. Nach längerem Warten mußte der Angestellte feststellen, daß der Unbekannte durch das Nebenzimmer die Wohnung verlassen hatte. Das Zimmer, hatte der Betrüger sofort von der Wohnungsinhaberin abgemietet. Vor ihm werden insbesondere Geschäftsleute und Vermieterinnen nachdrücklich gewarnt. Er machte den Eindruck eines Arztes, war 35 bis 36 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, schwächlich, hatte dunkelblondes, linsenförmiges Haar, braune Augen, bartloses, gesundfarbiges Gesicht, im Oberkiefer vorn einen Goldzahn, an einer der Wangen eine große, breite Narbe, und sprach rheinischer Dialekt. Bekleidet war er mit dunkelbraunem Anzug, weißem Hut und braunen Halbschuhen. Beim Wiederauftreten lasse man ihn festnehmen. Zur Feststellung seiner Person dienliche Angaben werden an das Kriminalamt erbeten.

schaften“ dieser Art werden wird, die vornehmes Auftreten ihres Kindermädchens, eine besondere Schwestertracht und alles mögliche andere umsonst haben wollen und sich getränkt und ins Unrecht gesetzt fühlen, wenn diese Form der unverschämtesten Ausbeutung einmal mißglückt.

Schmerzen des Gastwirteverbandes

Polizeistunde, Getränkesteuer, Kantinen, Gemeindebetriebe.

In Verbindung mit der Dibege tagte hier der Verband sächsischer Gastwirte, der sich mit einer ganzen Reihe von Dingen beschäftigt, die auch die Öffentlichkeit stark berühren. So verlangte er z. B. die Aufhebung der Polizeistunde, die er als eine ungerechtfertigte „Bewormung des freien Bürgers“ bezeichnete. Natürlich war es nicht sofort die verleihte Bürgerfreiheit, als die erhoffte Geschäftsbelebiger, die die Gastwirte zu dieser Stellungnahme führte. Eine weitere Entschlieung richtete sich gegen die vom Deutschen Städtetag erstrebte Wiedereinführung der Getränkesteuer auf Wein und Spirituosen und Erhöhung der Biersteuer.

Eine dritte Entschlieung wendet sich gegen die Mietsteuer und fordert die sofortige Entlastung aller gewerblichen Räume von dieser Steuer. Nummer 5 der Entschlieungen wendet sich gegen die Kantinen, wie sie Sportvereine und andere Vereinigungen errichten. Schließlich wurde auch ein Sturmlauf gegen gemeindliche Unternehmungen in Szene gesetzt. Strom, Kraft, Licht- und Wasserleitungen, Post und Eisenbahnen will man ruhig der öffentlichen Hand überlassen. Darüber hinaus aber hört die Freundschaft der Gastwirte gegenüber den Regiebetrieben auf. Klagen wird es nichts.

KLEINER ANZEIGER

Verkäufe

Kartoffel-Ausgabe
Obenwälder Blaue
täglich von 8 bis 11 und 2 bis 5 Uhr
neben Gartenverein Goldene Höhe, Pariser Straße, Gohlis.
Ailwin Neumann, L.-N. 21, Tel. 53972

Grünes Büschlofa, Tisch, Bett, elcter. Kronleuchter d. bill. Goldtastl. 23. I. *
Gbr. Hobalbinke, Zwinpen 0.30, Schränke 2-billig zu verk. W 33, Burgauenstraße 15.
Gbr. Nähmasch. Ritterstr. 4., Schuba Nähmasch.-Geschäft.

Auf Kredit Damengarderobe
mit kleiner Umkleekabine
Hans Hoffmann
Fahrlstraße 10, I. Etage

Gutes halbes Maßanzüge
wie neu, sehr bill.
Altmanns
Tardorobageschäft
Brauhausstr. 11, U. I.
gegenüb. Althoff

Maurer
Reibung, Meißelung,
Kost, Schirmer,
Straße 23, Uden.

Auf Kredit Bettstellen mit Matratzen
mit 5 Jähr. Umkleekabine
Scherbel
Markt 2 (Statbaustraße)

Nur ein Germania
FAHRRADE
FÜR SPORT UND BERUF
ANTIEGELICHTVOR
Seidel-Naumann Dresden
Schnitt- und stabil!
bequeme Teilzahlung!
Osterwald G. m. b. H. Leipzig C I
Katharinenstr. 10 / Ruf 30287

Räumungs-Ausverkauf!
wegen Geschäftsverlegung.
Reformbetten m. Dreilaufg. 45.- an
Dolzbetten mit Pat. Matratze 44.- an
Kinderbetten 18.- an
Chaiselongues (Korbstühle)
Eventuell Zahlungsvereinfachung.
Betten-Enke, Elsterstr. 46, I. Etg.

Nordheimer Stock
im 1. Stock
Horuh. 5

Jetzt auch noch **Petersstr. 48**
I. Stock

Ständige Gelegenheitskäufe auf Extra-Tischen

Wir bringen diese Woche Einzelpaare für Damen zu **6.85** und **8.85**
Eine Gelegenheit zum Sparen

Möbelhaus Poll
Eulritzer Markt
Straß. 14, 16, 12
Holzbetten
pa. Qualität
Mk. 35.-
Teillzahlung!

Kinderwagen
30 Mk. an
Klappwagen
9 Mk. an
Puppenwagen
8 Mk. an
ev. 3 Bld.-Erlaßstr.
Elsterstr. 46, I. Etg.

Kinderwagen
guterhalt., billig zu verk. N 21, Wittenberger Str. 57, 5.

Wachwannen
bill. Dumboldstr. 20

Kleine Anzeigen
Leipziger Volkszeitung
Große Erfolge!

Stahlbetten Mk. 35.-
Mk. 35.-
in Raten wöchentl. 1 Mk.
Gute Stahlfedermatratze
Haber & Hilsenrath
Weststraße 32
Straßenbahn 2, 8, 19

Diverses

Haben Sie Stoff?
oder haben Sie keinen Stoff?
dann fertige ich Ihnen einen modernen **Anzug** oder **Mantel** aus Ihrem **29 Mk.** mit Zutat Stoff für nur **u. Arbeitslohn** Von meinen Stoffen, gute Qualitäten, in der Preisliste von **Mk. 36.50** an mit Zutat und Arbeitslohn. **Eigene Werkstätten.**
Paul Noack, Leipzig C I,
Elsterstraße 55, part.

29.- Anzug
oder Mantel, gutpassend, fertige ich Ihnen aus Ihren **Stoffen**
37.- einschließlich haltbarer Futterzutaten zu nebenstehenden Preisen innerhalb 8-10 Tagen **Neueste Modelle** Sorgfältig. Bedienung **Elegante Herrenmoden**
„Fortschritt“
Anfertigung im eigenen Betrieb
Leipzig, Weststr. 61, ptr.

Ein Schlag in die Bude: Der Zivil-Pitaval

Gemischte Gefühle erregt in Richterkreisen die vorzeitig in die Öffentlichkeit geforderte Kunde von einem bald zu verwirklichenden literarischen Unternehmen, das in einer fortlaufenden Reihe von Bänden unter dem Namen „Der Zivil-Pitaval“ interessante Zivilprozesse schildern wird.

François Gnot de Pitaval (1673-1743) war zuerst in Lyon Soldat, mit 40 Jahren Advokat und veröffentlichte unter dem Titel „Causes célèbres et intéressantes“ eine Sammlung bemerkenswerter Strafprozesse, zuerst 20 Bände in Paris, dann weitere 4 in Basel. J. C. de Laville setzte sie später fort, der Parlementsadvokat Richer bearbeitete sie neu. Eine neubändige Uebersetzung ins Deutsche erschien 1747-68 in Leipzig.

Man kann aus dieser kurzen Aufzählung ungefährt ermessen, wie stark das Interesse des Publikums an derartigen Vorfällen war, und die zahlreichen Kriminalromane beweisen, daß die Wirklichkeit gar nicht so viele Ereignisse dieser Art produzieren kann, wie die Leser wünschen, und daß die Dichtphantasie das Manco decken muß. Aber immer handelt es sich um Kriminalfälle.

Man muß freilich ohne weiteres zugeben, daß diese sehr geeignet sind, jenes angenehme Schauergelühl zu erregen, das viele Leser suchen, und daß gerade Strafprozesse, die ja immer mit dem vollen Siege der Gerechtigkeit enden, moralisch erhebend und befriedigend auf den wirken, der nicht „so“ ist. Besonders gilt das für die Fälle aus Pitavals Zeit selbst, wo es noch Folter und komplizierte, von perverfen Gehirnen erdachte Todesstrafen gab, in deren Schilderung man schwelgen konnte; zu eine Hinrichtung dauerte ja oft Stunden, nicht wie heute nur Sekunden, so daß der, der das Glüd hat, einem solchen Triumph der Gerechtigkeit als Zuschauer beizumohnen zu dürfen, überhaupt gar nicht zum rechten Genuß kommen kann.

Aber trotzdem ist es ein Irrtum, zu glauben, daß nicht auch Zivilprozesse unterhaltend und in angenehmer Weise beschreibend sein können; im Gegenteil, bürgerliche Rechtsstreitigkeiten sind vielseitiger, und der Aufwand an Geist ist in ihnen meist viel erheblicher, sowohl von seiten der Parteien, die ihren Zweck erreichen wollen, als auch von seiten der Richter, die sich ihrer Bestimmung, Schlichter des Beßten und des behördlichen Ansehens zu sein, bewußt sind. Schämt doch auch der Zivilrichter sich selbst höher ein als den Strafrichter, natürlich ohne diesen deshalb etwa gering zu schätzen; dies ist ein Zug, der durch die ganze Justizhierarchie geht: zuerst kommt der Verwaltungsjurist, Regierungs- und dergl. Beamte, der im allgemeinen nur mit seinen Untergebenen und Vorgesetzten zu tun hat und mit der „Canaille“ so gut wie überhaupt nicht in Berührung kommt, es sei denn, daß er genötigt ist, einmal im Parlament aufzutreten; dann kommen von richterlichen Beamten die Zivilrichter, die abgesehen von den Amtsrathen, hauptsächlich mit Rechtsanwältin, nur ausnahmsweise mal mit der Canaille, der Partei selbst, zu tun haben, und dann erst die Strafrichter, die ihr Beruf nötigt, mit gewöhnlichen Sterblichen, ja sogar mit dem Anwurf davon, dieselbe Luft zu atmen und sich außerdem auch noch mit Schöffen und Geschworenen herumzuzugern; und ganz zuletzt kommen die Rechtsanwältin, die zum Teil von ihrer persönlichen Tätigkeit leben müssen, wenn sie besser leben wollen als der Durchschnitt ihrer Kollegen.

Die Presse pflegt, von den Arbeitsergebnissen abgesehen, nur Berichte über Strafprozesse zu bringen. Ueber Zivilprozesse könnte sie schon aus technischen Gründen nur schwer berichten, weil diese meist in viele Termine zerfällt werden und weil der Grundsatz der mündlichen Verhandlung fast nur auf dem Papier steht. Und doch wäre eine Zivilprozeßberichterstattung für die Öffentlichkeit wichtiger, schon weil viel mehr Menschen, auch der Arbeiterklasse, mit dem Zivilgericht zu tun haben, und weil durch das Zivilgericht nicht so sehr viel mehr Menschen zu Grunde gerichtet werden als durchs Strafgericht. Die breite Masse der Proletariat könnte so durch ihre Zeitung spielend zu juristischen Kenntnissen kommen, und man hätte nicht so oft das erschütternde Schauspiel, daß arme Menschen nur durch ihre Unkenntnis mit wohlfeilste Handwerkskneifen abgewürgt werden.

Aber wie gelangt, die Presse kann hier beim besten Willen nicht helfen, und da ist es wirklich zu begrüßen, daß der Zivil-Pitaval zu helfen sucht.

Wenn ich diesfalls von „gemischten Gefühlen“ in Richterkreisen sprach, so meine ich natürlich nicht, daß die Richter jetzt Angst haben, daß ihnen auf die Finger gesehen wird. Ein Richter hat überhaupt keine Angst. Seine Aufgabe ist ja nicht, das Richtige zu finden, sondern eine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen zu treffen; ist sein Wissen schlecht, so ist es doch sein „bestes Wissen“, und ob er nach seinem „besten Gewissen“ entschieden hat, dafür ist nur er selbst maßgebend, niemand anders kann darüber urteilen. Der Richter ist auf jeden Fall geduldet. Und doch ist es natürlich ärgerlich, daß man nun auf einmal, nachdem man so lange „unter sich“ war, an die Öffentlichkeit gedrückt und kritisiert werden soll.

Auch meinen manche, daß es für das Volk nicht gut ist, zu wissen, welchem Zweck die Rechtspflege eigentlich dient; ich denke dabei vor allem an Prozesse gegen Behörden. Das Volk hat den dummen Spruch: „Was recht ist, muß recht bleiben.“ Das ist natürlich Unsinn, dabei kann kein Staat bestehen. Die Justiz ist ein Organ des Staates, und wenn ein Privatmann einen Anspruch mit einer Gaunerei einer Behörde, also eines anderen Organs des Staates, begründet, so kann doch unmöglich das eine Organ bestätigen, daß das andere Organ tatsächlich geäußert hat; da ginge ja der Staat aus den Fugen. Folglich muß das Gericht entscheiden, daß der Privatmann unrecht hat, und wenn es nicht anders geht, so muß es z. B. alles Befehlende, was der Privatmann vorgebracht hat, aus dem sogenannten Tatbestand weglassen, um mit Zug sagen zu können, daß das „Vorbringen des Klägers“ — und „Vorbringen“ ist nur das, was im „Tatbestand“ steht! — keine Gaunerei erkennen lasse, wie es z. B. im ersten Bändchen der Sammlung, dessen Manuskript ich einsehen konnte, von einem Oberlandesgericht berichtet wird. Es ist natürlich wichtiger, daß das Ansehen einer Behörde gewahrt wird, als daß ein obskurer Privatmann sein Geld bekommt.

Gewiß wird der Unkundige, der so etwas zum erstenmal liest, zunächst erschrecken, empört sein, aber eben nur, weil er unfähig ist. Allmählich wird er sich in die richtigen, d. h. richterlichen Gedankengänge einleben und verstehen lernen, daß eben nur durch solche Mittel das Wesliche eines Staates erhalten werden kann. So wird der Zivil-Pitaval im besten, staatsverhaltenden Sinne aufklärend wirken. Zugleich aber gewährt es hohen intellektuell-ästhetischen Genuß, die großartigen gedanklichen Wendungen hoher Richter zu beobachten, mit denen sie alles zum besten führen, „wie sie es verstehen“.

Natürlich bringt der Zivil-Pitaval nicht lauter aufregende, große Fälle; er verhält sich manchmal zum Kriminal-Pitaval wie ein Frühlingsgedicht zu einem Drama. Aber auch das kann nett sein. Ob handelt es sich nur um eine geistvolle Begriffsprägung, wie z. B. dort, wo ein Mensch samt Ehefrau vom Landgericht mit seinem Armenrechtsgeheim „wegen Ausschließlichkeit der Rechtsverfolgung“ abgemietet wurde und nun in seiner Beschwerde beim Oberlandesgericht die Forderung hilt, zu verlangen, daß drei ältere

gelehrte Richter wie die drei Landrichter „so viel Denkfähigkeit und Gemüthsstärke haben sollten, um zwischen objektiver Unrichtigkeit und arglistiger Täuschung unterscheiden zu können“; das Oberlandesgericht schuf hier, um das Landgericht zu schämen, den entzückenden Begriff der „fahrlässigen arglistigen Täuschung“. Solchen kleinen Juwelen wie der fahrlässigen Arglist stehen dann aber auch wieder größere, ernstere Ereignisse gegenüber, die fast so schön sind wie eine Kriminalgeschichte mit komplizierter Hinrichtung. Es muß nicht immer sichtbar Blut fließen, auch der Anblick eines Menschen, der langsam innerlich verblutet im Kampf um sein Recht, kann seine Reize haben.

Sein Debüt

Von Roger Régis.

Herr Rogne, der Untersuchungsrichter, beschäftigte sich eifrig mit der Pflege seiner Nägel, als der Angeklagte hereingeführt wurde: diese Beschäftigung sollte dazu dienen, seine Aufmerksamkeit zu bemänteln. Er war tatsächlich sehr erregt — mehr als jemals während seiner ganzen Karriere. Kein Wunder! Bisher in einem Provinznest amtierend, hatte Herr Rogne nur Leute zu verhören gehabt, die Hühnerdiebstähle begangen, im bezweifelten Zustand etwas Ungehöriges angeht, sich gepörrt oder die Nachtrude geltend machten. Und nun war ihm das Glück in ganz unerhörter Weise günstig gewesen! Einer seiner Bettern war Depu- tierter geworden und da hatte man sich im Ministerium des ver- gessenen Herrn Rogne erinnert. Ganz in der Stille, im Handum- drehen war er Untersuchungsrichter in Paris geworden! Nun er das erste Affenbündel in der Hand hielt und den ersten Angeklagten vor sich hinstreten sah, lästete die Bürde seines Richteramtcs be- sonders schwer auf seinen Schultern. Der vor ihm Erschienene, eine Bürgersgröße, war ein Mann, der ein luxuriöses Leben geführt und vor dem noch geltend alle ihre Hüfte tief gezogen hatten.

Herr Rogne ließ endlich seine Nagelstiele fallen, richtete den Kiemer zurecht, strich durch seinen Bart, blickte auf und sagte im schroffen Ton, der ihm im Augenblick zu Gebote stand: „Sehen Sie sich! Sie sind Herr Célestin Moufflette, 54 Jahre, Bankier, wohnhaft in der Rue de Châteaudun Nr. 157! Stimmt das? Schön. Ich danke!“

Herr Moufflette erwiderte mit lächelnder Miene, als befände er sich in einem Salon:

„Ich freue mich ungemein, Ihre Bekanntschaft zu machen. Während meiner schon langjährigen Tätigkeit bin ich öfter in Be- rührung mit manchem Ihrer Herren Kollegen gekommen. Ich wage zu hoffen, daß sich auch unsere Beziehungen auf das ange- nehme gestalten werden.“

Herr Rogne brachte diese Unbefangenheit aus dem Konzept.

„Haben Sie noch keinen Anwalt?“ fragte er kurz.

„Nein!“ entgegnete der andere, sein Lächeln beibehaltend. „Ich glaube, das ist überflüssig. Wenn wir uns einige Augenblicke unter- halten haben, werden Sie, dessen bin ich sicher, die Haltlosigkeit der gegen mich erhobenen Vorwürfe einsehen und die Einstellung des Verfahrens verfügen.“

Herr Rogne brachte diese Unbefangenheit aus dem Konzept.

„Gestatten Sie! Ihr Fall liegt schlimm genug. Die Anklage ruht auf Verhören gegen das Geleß über die „Gesellschaft“; Ver- trauensbrüche, Irreführungen, betrügerische Handlungen werden Ihnen zur Last gelegt.“

„Was beweist das? Der anständigste Mensch kann angeklagt werden.“

Vor sozialer Sicherheit verlor Herr Rogne ein wenig den Kopf. Er brante auf:

„Schließlich behaupten Sie auch noch, daß Ihre Sozialität zur Gewinnung von Radium am Nordpol ein ernst zu nehmendes Ge- schäft ist?“

„Behaupte ich natürlich. Es wird sich Ihrer Kenntnis nicht entziehen, daß Radium ein ebenso seltenes wie kostbares Metall ist. Die detaillierten Fundstätten erschöpfen sich. Ich wollte nach neuen fahnden. Ein mir befreundeter Ingenieur hatte Radium im Norden Grönlands entdeckt. Das Unternehmen war so lochend, daß die Subskribenten zur Emission in Massen herbeiströmten.“

„Und das Geld der Dummlöpfe — das unterliegt keinem Zwei- fel — floß in Ihre Tasche.“

„Sie kennen mich sehr schlecht! Die Expedition ist in Vor- bereitung. Ich ermangelte nicht, die mir anvertrauten Depots in Schachanweisungen anzulegen.“

„Haben Sie vielleicht auch Obligationen der tripolitischen Eisenbahn gekauft?“

„Nein!“ versetzte der andere im ruhigen Ton von der Welt. „Diese Eisenbahnvaleurs sind stark heruntergegangen. Ihre Bauffe dauert an.“

Herr Rogne erbläute. Er entsann sich plötzlich, daß die ganze Mühsal seiner Frau in Obligationen dieser Art angelegt war. Einen Augenblick vergaß er seine Rolle als Vernehmer und Richter. Er sah nur: sein Ruin stand bevor.

Er wendete sich zu dem Schreiber, der schattenhaft, diskret, dazwischen: „Wollen Sie mir einen Gefallen tun? Ich brauche ein Buch — Sie werden es in der Bibliothek finden — das — den dritten Band der „Basilicorum“ von Heimbach! Wir warten!“

Als der Schreiber sich entfernt hatte, beugte sich Herr Rogne zu dem Bankier und fragte ängstlich:

„Die Papiere der tripolitischen Bahnen sinken, meinen Sie?“

„Gewiß! Wenn Sie welche haben, verkaufen Sie, solange es noch Zeit ist!“

„Ja. Aber verkaufen ist nicht alles — es muß wiedergekauft werden!“

Herr Moufflette blinzelte verständnisvoll und sagte leise: „Sie möchten, daß ich Ihnen einen Rat gebe?“

„Nun nicht gerade einen Rat — einen leisen Wink!“

„Wissen Sie, daß es gar nicht so leicht ist, einen Wink dieser Art zu geben?“

„Nun, mein lieber Herr Moufflette! Wir stehen uns jetzt nicht mehr als Angeklagter und Untersuchungsrichter gegenüber. Ich hoffe, wie Sie eben ganz richtig sagten, in ebenso gute Be- ziehungen zu Ihnen zu treten wie meine Kollegen. Ich zeige mich zuerst etwas schroff. Das verlangt das Meiste. Entschuldigen Sie!“

„Auch Sie, lieber Herr, sind mir außerordentlich sympathisch, und es wäre bedauerlich, wenn wir wegen der unbedeutenden Affäre, die mich herher geführt, nicht auf eine Basis des Verständens gelangen würden.“

„Wir werden uns verstehen! Die sichersten Papiere sind?“

„Rein. Zweifel, daß ich im guten Glauben gehandelt habe! Einstellung des Verfahrens ist unerlässlich!“

„Ich fange an, es zu glauben. Die sichersten Papiere...?“

„Danke! Nach dieser freundlichen Zusage habe ich nur noch das Recht, mich Ihnen als Freund zu erwählen... Sie wünschen? Ach ja, die Papiere! Nichts einfacher! Ich bitte um eine Schreib- gelegenheit!“

„Nehmen Sie auf meinem Stuhle Platz! Da können Sie besser schreiben!“

Herr Moufflette ließ sich nicht zweimal bitten. Er setzte sich in den Stuhl des Untersuchungsrichters, nahm die Feder und notierte mit schönen Schriftzügen:

„Hafenaktien Agadir, 6 Prozent; erstklassige Anlage, große Zu- kunft. In fünf Jahren Verdoppelung des Kapitals. Obligationen Ras Palmas 5 1/2 Prozent — großartige Bananenerploitatio. Kaufhausaktien — notiert 207 Franken, rückzahlbar mit 500, Pet- rolinen.“

Der über die Tafel sich beugende Herr Rogne rieb sich inzwischen die Hände.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von H. K.)

Wie er Limonade trinken wollte

Von Michail Sossitchenko.

Ich bin kein „Trinker“. Wenn ich auch hin und wieder einmal trinke, so geschieht es nur anstandslos oder um mir eine gute Gesellschaft nicht zu versperren.

Mehr als zwei Flaschen trinke ich mir bei keiner Gelegenheit. Meine Gesundheit erlaubt es nicht. Ein einziges Mal, an meinem Namenstage, brachte ich es auf vier Flaschen.

Das war aber in meiner Jugendzeit, als mein Herz noch vor Leidenschaft schwoll und der Kopf voller Ideen tat.

Jetzt beginne ich zu altern.

Ein mir befreundeter Veterinär, Genosse Bliskin, untersuchte mich unlängst und tat erschreckt. „Sie gehen ja ganz auseinander“, erklärte er, „es läßt sich gar nicht mehr feststellen, wo Ihre Blase liegt und wo die Leber.“

Ich wurde wütend, wollte ihn verprügeln, dann besann ich mich aber und ging zum richtigen Arzt. Der gab mir besseren Bescheid: „Alle Organe sind gesund. Auch die Blase ist in Ordnung und Ihr Herz ausgezeichnet, sogar etwas breiter und weiter als nötig wäre. „Indessen“, fügte er hinzu, „geben Sie das Trinken auf, sonst könnte Sie ein Herzschlag treffen.“

Selbstverständlich will ich nicht sterben. Dazu bin ich immerhin noch zu jung, erst 33jährig, sozusagen im kräftigsten Alter. Und die gesunde Blase gestattet mir, an ein langes genüßreiches Leben zu denken. Das Trinken, sagte ich mir, will ich nun lieber lassen.

Ich gab es auf. Versagte mir den Trunk eine Stunde lang, zwei Stunden. Um 5 Uhr ging ich zum Essen ins Gasthaus.

Ich esse eine Suppe, verzehre den Braten, — da meldet sich der Durst. „Schön, rede ich mir zu, doch kein starkes Getränk. Ich bestelle mir Mineralwasser oder Limonade.“

Die Limonade wird mir gebracht, auf einem feinen Unterfah in einer Karaffe. Ich schenke davon in meinen Becher ein und trinke.

„Was ist das?“ frage ich mich erstaunt. „Schmeckt wie Wodka!“ Ich trinke von neuem. „Wahrscheinlich, wie Wodka!“ Ich gieße den Rest ein, trinke. Die reinste Wodka!

„Mehr Limonade!“ rufe ich. Sie kommt. Ich koste wieder davon. Kein Zweifel — unverfälschter Schnaps!

Bei der Abrechnung stelle ich den Kellner: „Ich habe Limonade verlangt, und was hast du mir gebracht, du dummes Huhn?“

„Entschuldigen Sie“, lautet die Antwort, „dies Getränk heißt bei uns nicht anders, hat von jeher so geheißen; die Bezeichnung ist eingeführt und gilt als richtig. Wirkliche Limonade — wenn Sie die meinen — führen wir nicht. Es besteht keine Nachfrage danach.“

„Nun gut.“ schloß ich die Auseinandersetzung. „Bringe mir noch eine letzte Flasche!“

So schlug mein Versuch, das Trinken einzustellen, fehl; die Umstände vereitelten die Erfüllung meines heißen Wunsches. Ja, ja, das Leben, sagt man, schafft sich sein eigenes Geleß. Man muß sich fügen.

(Deutsch von S. Liebke.)

Kleine Chronik

Zuteilung des Brietz-Preises. Das in Genf uraufgeführte Drama „Exaltation des Duse“ Biographen Edouard Schneider wurde mit dem Brietz-Preis ausgezeichnet. Es ist dies das erstmal, daß dieser für ein Drama sozialen In- halts gestiftete Preis verliehen wird.

Gunnar Tolnaes verläßt Max Reinhardt. Der vor allem als Filmstar bekannte nordische Schauspieler Gunnar Tolnaes hat die Direktion Reinhardt verläßt, weil diese ihren Verpflichtungen aus einem Engagement des Schauspielers für die Wiener Uraufführung der deutschen Uebersetzung von Gerards Robert und Marianne nicht nachgekommen ist. Trotz aller Versprechungen habe die Rolle ein anderer Schauspieler erhalten und Tolnaes sei immer wieder auf einen späteren Termin ver- trätet worden. Da seitdem ein Jahr vergangen ist, hat Tolnaes die Angelegenheit einem Anwalt übergeben. Reinhardt erklärt dagegen, Tolnaes selber sei von dem Vertrage zurückgetreten.

Der Regisseur Pudovkin hat seinen neuesten Film „Sturm über die Ufer“ fertiggestellt und wird nunmehr für Prometheus-Film an eine Verfilmung von Jolas „Germinal“ gehen.

Der Violinvirtuose Professor Henri Marteau ist als Hochschullehrer für Violine an das Dresdner Konservato- rium verpflichtet worden und beginnt seine Lehrtätigkeit dort am 1. September.

Neues Theater. Morgen Sonnabend letzte Vorstellung der Wasse-Bummelstudeuten. — Die neue Opernspielzeit beginnt Sonntag, den 19. August, mit Freischütz.

Ein Taxifahrer macht Moralstatistik. Der Chauffeur eines Pariser Taximeters beschloß, die Unständigkeit der Kunden eines Tages statistisch festzulegen, nahm ein paar alte Schuhe, packte sie vorsichtig ein und legte sie in seinen Wagen. Von 31 Passagieren nun machten ihm 11 davon Mitteilung, daß in dem Wagen etwas vergessen worden sei, 1 nahmen überhaupt keine Notiz davon — 17 aber hatten das Paket in der Hand, als sie zahlten und wollten damit verschwinden. Und von diesen 17 hatten zwei noch die Freiheit, sich zu enträuten, als der Chauffeur ihnen den Diebstahl auf den Kopf zusagte. Auf die Polizei allerdings gingen auch diese beiden nicht mit.

K. K.

Filmschau

Hoffentlich ist vom Täter nicht jede Spur nicht ein Zufallsergebnis der Ufa-Produktion, sondern Erfolg einer Absicht. Dieser Kriminalfilm ist nämlich gegen die bisherige Regel ganz vernünftig, ohne Sensationsmacherei. Der Mörder ist kein brutales Unier, und sein Gegner, der Kriminalbeamte, kein Phantastendetektiv mit den Gebärden eines Heßhundes der Ordnung. Nein, hier werden in nüchternen Bildern die Milieuerwägungen des Täters klar, und der Kriminalist ist sympathisch, weil er fähig ist, eigenen Irrtum und fremde Not zu würdigen. Die Mitwirkung der Polizei erlaubt, einmal einen Blick in ihren inneren Betrieb, vor allem auf die Arbeit der Mordkommission zu tun. Ein schon vielfach ver- steter Konflikt, neu und interessant verknüpft, filmisch und dar- stellerisch vorzüglich. (Albert Halle.)

Das ist Leben, das kennen zu lernen uns not tut, und das zu zeigen der Film verpflichtet ist. Und nur auf diesem Wege kann es mit ihm aufwärts gehen. Man muß sich aber von ihm abwenden, wenn er wie in Die von der Infanterie uns mit einer wehmütigen Träne auf den Kasernehof zurückweisen will, dem wir mit allen Kräften endlich erwachender Menschenwürde entgegen wollen. Ob die „Stimmungsbilder“ aus dem böhmischn Kaserneleben der Vorkriegszeit ernst sind oder heiter — wir betrachten sie als einen Anreiz zur Barbarei. Wir haben einfach kein Organ mehr für sentimentale Freude am „bunten Rod“ und den dahinter stehenden Schwundel, aber auch nicht für die dämliche Fels- heit eines selbwebelnden Nazitums. (Stafa.)

HL